

PB.E-01 Eine Einladung

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-E Eine Einladung

1 **DEUTSCHLAND. ALLES IST DRIN.**

2 **Programm zur Bundestagswahl 2021**

3 **Eine Einladung**

4 Liebe Wählerinnen und Wähler,

5 durch Wahlen entscheidet eine Gesellschaft, wer sie sein will. Das gilt erst recht für diese
6 Bundestagswahl am 26. September. Mit ihr endet eine Ära, und eine neue kann beginnen.
7 Zukunft ist aber nichts, was uns einfach widerfährt. Sie, liebe Wählerinnen und Wähler,
8 können mit Ihrer Stimme selbst entscheiden, welche Richtung sie nimmt.

9 Wir, BÜNDNIS 90/Die Grünen, legen mit diesem Programm unser inhaltliches Angebot an Sie vor.
10 Wir tun dies in einer Zeit des globalen Ausnahmezustands. Die Pandemie hat uns alle bis ins
11 Mark getroffen. Sie hat im Guten gezeigt, zu welcher Gemeinsamkeit, Innovationskraft und
12 Widerstandsfähigkeit wir Menschen fähig sind. Sie hat aber auch die Schwachstellen unserer
13 Gesellschaft schonungslos offengelegt, und das in einer ohnehin verwundbaren Welt. Die
14 globalen Krisen dieser Zeit – zuallererst die Klimakrise als wahre Menschheitskrise – wirken
15 in unser aller Leben hinein und gefährden Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

16 Wir haben aber die Wahl: Wir können entscheiden, ob uns die Krisen über den Kopf wachsen
17 oder wir über sie hinaus. Die Erfahrungen in der Pandemie zeigen, dass wir Krisen in
18 gemeinsamer Kraftanstrengung bewältigen können. Durch die Solidarität, mit der unsere
19 Gesellschaft den Verletzlichsten den stärksten Schutz gegeben hat. Durch Rücksichtnahme, die
20 so viele Menschen an den Tag legen. Durch Forschung und Fortschritt. Täglich wachsen in der
21 Pandemie Menschen über sich hinaus – im Krankenhaus, im Altersheim, im Supermarkt, im Labor,
22 Kinder und Eltern im Homeschooling, Jugendliche allein zu Hause, Selbständige, die sich
23 ständig neu erfinden müssen. Jetzt ist es Zeit, dass die Politik über sich hinauswächst.

24 Wir können aus Fehlern lernen. Wir haben erlebt, wie fragil der Status quo ist, wie
25 zerbrechlich eine rein auf Profit ausgerichtete Wirtschaft, aber wie stark unsere
26 Gesellschaft. Wir haben erfahren, wie begrenzt nationale Antworten auf globale Fragen sind,
27 gesehen, wie viel Unsicherheit entsteht, wenn man nur auf Sicht fährt, und wie notwendig
28 eine Politik mit Weitblick ist. Je besser wir vorsorgen, je widerstandsfähiger wir werden,
29 je besser wir schützen, umso freier können wir leben.

30 Als Gesellschaft haben wir den Schlüssel für so vieles schon in der Hand. Wir wissen, wie
31 man eine Industriegesellschaft sicher ins Zeitalter der Klimaneutralität führt. Wie man
32 dafür den Kohleausstieg beschleunigt und Versorgungssicherheit gewährleistet, wie viel mehr
33 Strom aus Wind und Sonne gewonnen werden kann. Wir wissen, wie man eine sozial-ökologische
34 Marktwirtschaft entwickelt, die zukunftsfähige Jobs, sozialen Schutz und fairen Wettbewerb
35 in Deutschland und Europa zusammenbringt, wie man der Globalisierung klare Regeln setzt und
36 Tech-Konzerne angemessen besteuert. Wir wissen, wie wir in eine starke Gesundheitsversorgung
37 und eine moderne Infrastruktur, in gute Schulen und öffentliche Räume, in einen gut

38 funktionierenden und bürger*innennahen Staat investieren können. Es ist möglich,
39 Ungleichheit zu verringern, gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Dorf, in der Kleinstadt
40 und in der Metropole herzustellen und Kinder ins Zentrum zu rücken. Wir können volle
41 Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern erreichen und eine vielfältige
42 Einwanderungsgesellschaft gestalten. Wir sind in der Lage und fest entschlossen, Europa als
43 Wertegemeinschaft demokratisch zu stärken und im globalen Systemwettbewerb gerechter und
44 handlungsfähiger zu machen. Aber Worte allein reichen nicht, wir müssen es auch tun. Jetzt
45 ist die Zeit fürs Machen.

46 Reaktive Politik hat die letzten Jahre über das Schlimmste verhindert. Aber es geht darum,
47 das Beste zu ermöglichen. In weniger als 30 Jahren eine klimagerechte Gesellschaft zu
48 werden, ist eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Wir wollen einen Aufschwung
49 schaffen, der über das rein Ökonomische hinausgeht. Einen Aufschwung, der das ganze
50 gesellschaftliche Leben in seiner Stärke und Vielfalt erfasst: Bildung und Kultur, Arbeit
51 und Digitalisierung, Spitzenforschung und Wissenschaft.

52 Dieses Programm ist dafür ein Anfang. Es schlägt konkrete und ehrgeizige Projekte für
53 politisches Handeln in einer Bundesregierung in den kommenden vier Jahren vor. Die Aufgaben
54 sind groß, die Widerstände ebenfalls. Aber die letzten Jahre haben gezeigt, dass viele
55 Menschen in der Gesellschaft der Politik weit voraus sind. Lassen Sie uns also gemeinsam die
56 politische Arbeit auf die Höhe der Zeit bringen. Wenn Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, uns
57 das Mandat dafür erteilen und wir diese Projekte mit Ihnen Schritt für Schritt umsetzen
58 dürfen, schaffen wir zusammen die Grundlagen für ein Jahrzehnt des mutigen Vorangehens, des
59 Machens, des Gelingens. Macht ist in einer Demokratie nur geliehen. Diese Leihgabe
60 verpflichtet zu sauberer Politik – zu einer Politik, die das Wohl der Bürgerinnen und Bürger
61 über das persönliche Interesse stellt, die Rechenschaft ablegt und sich selbst Grenzen
62 setzt. In diesem Sinne werden wir handeln.

63 Wir werden manch gute Tradition auf neue Weise zum Tragen bringen, manch Neues begründen,
64 manch Gewohntes ablösen, aber wir schaffen Sicherheit im Übergang. Nach einer Ära der
65 politischen Kurzfristigkeit bringen wir den langem Atem, den klaren Kompass und die
66 Durchsetzungsfähigkeit mit, um unser Land – im Herzen Europas, der Welt zugewandt – in eine
67 bessere Zukunft zu führen. Ja, zu führen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik
68 kämpfen wir, BÜNDNIS 90/Die Grünen, um die politische Führung in diesem Land, inhaltlich und
69 personell. Wir stehen auf einem festen Wertefundament und sind tief verwurzelt in der
70 Gesellschaft. Wir haben ein klares Ziel für dieses Jahrzehnt vor Augen: klimagerechten
71 Wohlstand. Wir sind gewachsen und gestärkt durchs Regieren in Kommunen, Ländern und im Bund.
72 Mit Erfahrung und Kompetenz, mit Herz und Weitblick, mit Zuversicht und Leidenschaft, offen
73 und lernfähig, so gehen wir in dieses Jahrzehnt, so ist unser Angebot und so werben wir um
74 Mehrheiten für die kommenden vier Jahre. Wir laden Sie ein, mit uns diesen Weg zu gehen.

PB.L-01 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-L Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

- 1 Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine
2 Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses Jahrzehnts
3 konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir die Krise
4 noch stemmen. Klimaneutralität ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr
5 soziale Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.
- 6 Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hitzesommern, Waldsterben und Dürren die Vorboten
7 der Krise gespürt. Sie haben dramatische Konsequenzen: etwa für die Gesundheit der Menschen
8 – und es sind vor allem die mit den geringsten Einkommen, die den Preis dafür zahlen, dass
9 der ökologische Fußabdruck der Reichsten am größten ist. Oder für die Bäuerinnen und Bauern,
10 denen zunehmend die Grundlage entzogen wird. Und für den Zusammenhalt in unserer
11 Gesellschaft. Alle diese Folgen werden sich vervielfachen, wenn wir jetzt nicht umsteuern.
12 Je entschiedener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen sichern wir für jetzige
13 und künftige Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur Klimaneutralität gehen.
- 14 Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser
15 Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir
16 lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-
17 Pfad führen. Klimaschutz ist eine Frage des politischen Kanons. Wir begreifen es als unsere
18 Aufgabe, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch klare politische
19 Ordnungsrahmen entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen Freiheit.
- 20 Natürlich bedeutet Klimaneutralität Veränderung, aber diese Veränderung schafft Halt in der
21 Zukunft. Wir bringen Energie, Wärme, Verkehr und Industrie zusammen und sorgen so für eine
22 effiziente Verzahnung dieser Bereiche. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das
23 Energiesystem auf Sonnen- und Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren
24 festzuhalten, schaffen wir eine neue Mobilität mit E-Autos, der Bahn oder dem Rad. Statt
25 Ölheizungen werden Wärmepumpen, Power-to-Heat und Strom aus erneuerbaren Energien die
26 Heizquellen der Zukunft. Die Zukunft wird damit leiser, sauberer und gesünder. Weniger Autos
27 in der Stadt bedeuten mehr Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen
28 besonders jenen, die sich nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote
29 an klima- und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbusse oder Carsharing,
30 erleichtern zu pendeln und befördern ein gutes Leben auf dem Land.
- 31 Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue Industriezweige, neue
32 Arbeitsplätze. Andere Bereiche werden sich wandeln, einige völlig neu entstehen, wieder
33 andere verschwinden. Für viele Menschen ist das auch eine große Herausforderung, ja
34 Zumutung. Die sozial-ökologische Transformation gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles dafür
35 tun, Verluste zu verringern und Brücken zu bauen. So müssen diejenigen, die neue Chancen
36 oder Weiterbildung brauchen, sie auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge dafür zu
37 tragen, dass die Kosten und Belastungen dieser Veränderung gerecht verteilt sind.
38 Klimagerechter Wohlstand bedeutet Ökologie und Soziales zusammenzudenken und den Übergang

39 gut zu gestalten: für Menschen in der Stadt und auf dem Land. Für die Handwerkerin wie für
40 den Stahlarbeiter.

41 Wenn wir unsere Lebensgrundlagen schützen wollen, wenn wir auch die zweite große ökologische
42 Krise, das Artensterben, eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer Kurskorrektur, dann
43 brauchen wir einen neuen Kurs. Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer
44 Politik und verändern entsprechend die Wirtschaftsweise. Wir setzen Prioritäten. Von jetzt
45 an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und was
46 zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und Schritt für Schritt überwunden
47 werden. Indem wir den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und der Böden, der Tiere und
48 der Pflanzen zum Bestandteil unseres Wirtschaftssystems machen, kann es gelingen, die
49 Stabilität der Ökosysteme und unserer Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Und damit auch
50 unsere Grundlagen für ein gutes und friedliches Zusammenleben.

51 **Wir schaffen klimagerechten Wohlstand**

52 **Mehr Lebensqualität durch Klimaneutralität**

53 Der Weg in die Klimaneutralität bietet riesige Chancen auf mehr Lebensqualität: Städte mit
54 weniger Staus und Abgasen, mit Platz, um sicher Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen, zu
55 spielen und zu leben. Dörfer, die endlich angebunden sind an den öffentlichen Nahverkehr.
56 Wälder, in denen auch unsere Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können. Gesundes
57 Essen, hergestellt unter Wahrung von Tier- und Umweltschutz. Klimaschutz ist so viel mehr
58 als reine Technik, er ist der Weg in eine bessere Zukunft. Überall in Deutschland haben sich
59 Kommunen, Unternehmen, Initiativen und Bewegungen längst auf diesen Weg begeben. Sie
60 brauchen endlich Rückenwind von der Politik. Wir wollen Kommunen befähigen, bei sich die
61 Mobilitätswende voranzubringen. Die Bahn und den ÖPNV machen wir fit für dieses Jahrhundert.
62 Wir sorgen für den Erhalt unserer wertvollen Wälder, Moore und Flüsse. Und wir begründen
63 einen Gesellschaftsvertrag zwischen Politik, Landwirt*innen und Verbraucher*innen.

64 **Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften**

65 Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Nicht nur der Strom, auch das Benzin
66 in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Öl für die Heizung und das Gas im
67 Industriebetrieb müssen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Das ist nichts weniger
68 als eine Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die
69 Erneuerbaren. Daran hängt die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere
70 Versorgungssicherheit. Mit einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform wollen wir dafür
71 sorgen, dass die Sektorenkoppelung vorankommt und Strom zu verlässlichen und
72 wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden ist. Das Energiemarktdesign ändern wir, sodass
73 erneuerbarer Strom nicht länger ausgebremst und doppelt belastet wird, sondern für Speicher
74 und die Produktion von Wärme oder Wasserstoff nutzbar gemacht wird – nach dem Prinzip
75 „nutzen statt abschalten“. Verteilnetze und Verbraucher*innen statten wir mit intelligenter
76 Technik aus, damit sie flexibel reagieren können, wenn gerade viel erneuerbarer Strom
77 produziert wird.

78 **Ein Ordnungsrahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft**

79 Wir müssen unsere Wirtschaft auf die Ziele der Klimaneutralität ausrichten und eine
80 Kreislaufwirtschaft etablieren. Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der Corona-Krise und die
81 ökologische Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu braucht es eine sozial-
82 ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in
83 Form von Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und
84 europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen.
85 Faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Forschung und
86 Innovationen für klimagerechtes Wirtschaften wollen wir stärker fördern. Die öffentliche

87 Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten Produkte und
88 Dienstleistungen aus. So machen wir unsere Wirtschaft zum Spitzenreiter bei den modernsten
89 Technologien und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

90 **Grüne Digitalisierung**

91 Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer Energie
92 oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen Innovationen
93 können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei
94 Zukunftstechnologien führend werden. Hierzu fördern und priorisieren wir digitale
95 Anwendungen und Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder nachhaltiger
96 sind als analoge. Rebound-Effekte gilt es zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen.
97 Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so anzupassen, dass möglichst ökologisch
98 nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz kommen. Bei IT-Beschaffungen des Bundes
99 müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit, Folgebeschaffung, technische Offenheit,
100 Reparaturfähigkeit und Nachhaltigkeit zwingend in die Bewertungen einfließen und
101 Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen alle
102 Rechen- und Datacenter des Bundes nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie betreiben
103 und zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen.

104 **Neue Arbeitsplätze mit guten Bedingungen**

105 Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind die
106 beste Chance, um bestehende Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und neue zu schaffen.
107 Die ökologische Modernisierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen und
108 kann zur einer Renaissance von Industriearbeitsplätzen führen. Auf dem Weg zur
109 Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren Hunderttausende neue Jobs entstehen – Green
110 Jobs. Sie entstehen im Handwerk und der Bauwirtschaft, in neuen Industriebereichen und der
111 Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der Wasserstoffindustrie sowie in
112 neuen Dienstleistungsfeldern. Unser Anspruch ist, dass die neuen Jobs gut bezahlt und
113 tarifvertraglich organisiert sind sowie der betrieblichen Mitbestimmung unterliegen. Darauf
114 werden wir auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.

115 **Sicher im Wandel mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld**

116 Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem Weg hin zu
117 einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich Jobprofile
118 grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht in der ökologischen
119 Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu
120 wollen wir ein Recht auf Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld auch für
121 Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen. Mit einem
122 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation
123 ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren. Die
124 Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng an die Sozialpartnerschaft. Zudem wollen wir die
125 betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation stärken.
126 Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte wissen gemeinsam am besten, wie die
127 Transformation zu gestalten ist.

128 **Transformationsfonds für die Regionen**

129 Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine große
130 Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren
131 Unternehmen zu unterstützen, wollen wir regionale Transformationsfonds auflegen. Die
132 Förderung richtet sich an Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen Strukturwandel
133 nicht bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind und dort
134 bleiben wollen. Regionale Akteure aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften

135 sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo die Region sozial und
136 wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte. Gleichzeitig wollen wir neue Formate wie Reallabore
137 und Experimentierräume fördern, in denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und
138 Kommunen gemeinsam an Lösungen für Herausforderungen vor Ort arbeiten und forschen.

139 **Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen**

140 Zentrale Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des
141 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das
142 Überschreiten von relevanten Kipppunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher
143 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles
144 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Doch aktuell lahmt der Ausbau der erneuerbaren
145 Energien, der Kohleausstieg kommt zu spät, im Verkehrs- und Gebäudesektor geht es kaum
146 voran. Wir werden ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren
147 sofort wirksame Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse beseitigt, naheliegende
148 Einsparmöglichkeiten umsetzt. Wir werden das ungenügende Klimaschutzgesetz und den
149 Klimaschutzplan überarbeiten und – im Einklang mit dem höheren neuen europäischen Klimaziel
150 – das deutsche Klimaziel 2030 auf -70 Prozent anheben. Nur so kann es gelingen, dass wir
151 Europäer*innen deutlich vor Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden.

152 **Klimagerechtes Wirtschaften belohnen**

153 Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Da derzeit die
154 Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, nur sehr gering
155 eingepreist werden, sind klimafreundlichere Alternativen oftmals noch nicht
156 wettbewerbsfähig. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen und
157 Förderung sowie Ordnungsrecht ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung
158 von CO₂ erreichen, müsste der Preis 180 Euro betragen, was unweigerlich zu erheblichen
159 sozialen Unwuchten führen würde. Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht mehr
160 teilhaben. Wir sehen in der CO₂-Bepreisung also ein Instrument von vielen, das wir wirksam
161 und sozial gerecht einsetzen wollen. Das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) ist im
162 Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren, um seine Lenkungswirkung endlich
163 voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen Reduzierung von Emissionszertifikaten und
164 der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen wir einen CO₂-Preis im Bereich
165 Strom und Industrie, der dafür sorgt, dass erneuerbare Energie statt Kohlestrom zu Einsatz
166 kommt. Sollte das auf europäischer Ebene nicht schnell genug gelingen, setzen wir auf einen
167 nationalen CO₂-Mindestpreis im ETS für Industrie und Strom. Für die Bereiche Verkehr und
168 Wärme wurde in Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO₂-
169 Preis eingeführt, dessen Lenkungswirkung aber weiter verbessert werden muss. Wir wollen die
170 Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis
171 so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben
172 die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert.

173 **Energiegeld einführen**

174 Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an
175 die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein
176 Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle
177 zusätzlichen CO₂-Einnahmen an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf. So
178 kann man mit Klimaschutz Geld verdienen und es findet ein sozialer Ausgleich im System
179 statt. Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem
180 Menschen mit hohem Einkommen belastet. Bezieher*innen von Transferleistungen wie
181 Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die
182 Grundsicherung angerechnet werden soll. Um zum Beispiel Pendler*innen mit niedrigen
183 Einkommen bei der Anpassung zu unterstützen, legen wir einen Fonds für

184 Transformationszuschüsse auf, der mit großzügigen Hilfen unterstützt, etwa beim Umstieg auf
185 ein emissionsfreies Auto.

186 **CO₂-Bremsen für alle Gesetze**

187 Wir wollen Klimaschutz systematisch in unserer Rechtsordnung aufnehmen. Die Vorgaben des
188 Pariser Klimavertrages wollen wir im Grundgesetz verankern und dem Staat mehr Möglichkeiten
189 geben, durch eine intelligente Steuergesetzgebung klimaschonendes Verhalten zu belohnen und
190 die fossilen Energieträger den wahren Preis zahlen zu lassen. Für Genehmigungsprozesse
191 führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO₂-Bremsen machen wir
192 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit den
193 nationalen Klimaschutzzielen messen und ihre Klimawirkung entsprechend prüfen.

194 **Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren**

195 **Schneller raus aus der Kohle**

196 Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038 dem
197 Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen nicht vereinbar. Wir
198 setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden. Um nicht erneut den
199 Kohlekonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, wollen wir die massiven Klimaschäden
200 der Kohleverstromung einpreisen. Das ist am sinnvollsten über den EU-Emissionshandel zu
201 regeln – mit einem lenkenden CO₂-Preis, der dem neuen EU-Klimaziel entspricht. Ein
202 beschleunigter Kohleausstieg bedarf im Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven
203 Ausbaus der erneuerbaren Energien. Zugleich wollen wir für den Gesundheitsschutz die
204 Grenzwerte für Immissionen, insbesondere Quecksilber, aus Großfeuerungsanlagen anheben.
205 Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause verlassen müssen.

206 **Auf jedes neue Dach eine Solaranlage**

207 Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter*innen wie
208 Hausbesitzer*innen. Unsere Dächer können zu Kraftwerken werden – jedes Dach mit Solaranlage
209 hilft dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird dezentral und vor Ort erzeugt
210 und genutzt. Unser Ziel sind 1 Million neue Solardächer in den kommenden vier Jahren.
211 Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten,
212 öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen Standard
213 perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing- und Pachtmodelle können hier
214 unterstützend wirken. Die Mieterstrom-Regeln werden wir deutlich vereinfachen. Mit allen
215 diesen Maßnahmen schaffen wir eine Verdoppelung der derzeitigen Photovoltaik-Zubaurate.

216 **Photovoltaik in die Fläche bringen**

217 Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche bringen.
218 Neue Flächenkonkurrenzen wollen wir dabei vermeiden. Der Ausbau soll neben Autobahnen und
219 Schienen auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen und Brachen und auf Konversions-
220 oder Bergbauflächen, erfolgen und nicht auf wertvollem Ackerland. Agri-Photovoltaikanlagen,
221 d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche,
222 können einen wichtigen Beitrag für Klimaschutz und Ökologie leisten. Wenn man es richtig
223 anstellt, können Freiflächen-Anlagen zu kleinen Biotopen werden. Landwirtschaftsbetriebe
224 sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und so zusätzliche Erträge erzielen. Wichtig
225 zudem ist die Möglichkeit, direkte langfristige Stromlieferverträge abschließen zu können.
226 Bei der Planung gilt es die Bürger*innen frühzeitig einzubeziehen und zu beteiligen, von den
227 Erlösen müssen die Kommunen profitieren.

228 **Mit Windenergieausbau den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern**

229 Auch beim Ausbau der Windkraft müssen wir schneller vorankommen. Unser Ziel ist ein
230 jährlicher Zubau von 5 bis 6 GW Wind an Land, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035
231 erreichen. Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren,
232 Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung zu beschleunigen. In einem
233 ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die
234 Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Alle
235 Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen,
236 etwa über exzessive Mindestabstände zu Siedlungen, müssen der Vergangenheit angehören. Mit
237 frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung, klaren Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie
238 mit Ausschlussgebieten sorgen wir für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche
239 Standortwahl und stärken den Populationsschutz bei Vögeln. Wir werden die Planungs- und
240 Genehmigungsverfahren durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche
241 Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Repowering wollen wir erleichtern, sodass alte
242 Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungsstärkere ersetzt werden können.
243 Wir bauen unsere Offshore-Parks weiter aus und verbinden sie in der Europäischen
244 Energieunion mit den Solarparks der Mittelmeerstaaten, mit der Wasserkraft Skandinaviens und
245 der Alpen. Je vernetzter, desto stärker. Ein Kontinent ist für die Energiewende eine gute
246 Größe.

247 **Unsere Energieinfrastruktur klimaneutral machen**

248 Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht
249 einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Die Planung unserer
250 Infrastruktur für Strom, Wärme und Wasserstoff braucht daher ein Update und muss
251 Klimaneutralität in den Mittelpunkt stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die
252 wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb nur geben, wenn sie bereits Wasserstoff-
253 ready geplant und gebaut werden. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff,
254 insbesondere wenn man die zusätzlichen Emissionen bei seiner Förderung und dem Transport mit
255 einrechnet. Öffentliche Gelder für neue Import-Infrastruktur wollen wir daran binden, dass
256 die fossilen Energieträger darüber nur noch in einem begrenzten Zeitrahmen transportiert
257 werden. Neue Erdgas-Pipelines wie Nord Stream 2 zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten
258 von klimaschädlichen Ressourcen und konterkarieren die Energiewende. Sie sollten daher – im
259 konkreten Fall von Nord Stream 2 – auch aus geopolitischen Gründen gestoppt werden. Damit
260 stärken wir unsere energiepolitische Souveränität.

261 **Eine grüne Wasserstoffstrategie**

262 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ist zentral für eine klimaneutrale Welt. Deutschland
263 ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff vorne, diese Führungsrolle wollen wir
264 weiter ausbauen. Mit einer klaren Priorisierung und einem umfassenden Förderprogramm werden
265 wir die Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Die Infrastruktur
266 für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Wir werden faire Kooperationen mit wind-
267 und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen, um zusätzlich Wasserstoff zu importieren.
268 Für den Erfolg dieser Kooperationen ist es unabdingbar, die lokale Bevölkerung
269 einzubeziehen, Menschenrechte zu schützen und sich an den nachhaltigen Entwicklungszielen zu
270 orientieren. Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren
271 Energien hergestellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte. Die Vorstellung, alte
272 fossile Technologien wie Verbrennungsmotoren mit Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen
273 zu betreiben, ist bestenfalls eine Illusion, schlimmstenfalls eine Verzögerungstaktik. Die
274 Herstellung von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen ist extrem energieintensiv und
275 teuer, die direkte Nutzung von Strom durch Batterien oder Wärmepumpen viel effizienter. Es
276 gilt daher Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe dort zum Einsatz zu bringen, wo sie
277 wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie oder beim Flugverkehr.

278 **Einen Markt für Ökostrom schaffen**

279 Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor über 20 Jahren war der
280 Startschuss für die Energiewende in Deutschland. Doch jetzt, bei einem Erneuerbaren-Anteil
281 von fast 50 Prozent im Strombereich, brauchen wir ein Energiemarktdesign, das Ökostrom in
282 den Mittelpunkt rückt und zugleich die Sektorenkopplung unterstützt. Unser Ziel ist, dass
283 erneuerbarer Strom künftig stärker marktgetrieben und systemdienlich vergütet wird. In einem
284 ersten Schritt werden wir dafür sorgen, dass auch außerhalb des EEG langfristige
285 Lieferverträge zwischen Ökostromerzeugern und Verbraucher*innen geschlossen werden können.
286 Zudem wollen wir den Ökostrommarkt für neue EEG-Anlagen öffnen, sodass Endkund*innen deren
287 Strom direkt kaufen können. In einem zweiten Schritt geht es darum, nicht die Arbeit,
288 sondern die zur Verfügung gestellte Leistung zu entlohnen. Damit stärken wir
289 Sektorenkopplung und Versorgungssicherheit. Wenn bei fossilen Energien die CO₂-Kosten
290 stärker eingepreist und neue Instrumente etwa für Refinanzierung und Mietermodelle
291 geschaffen sind, kann in einem dritten Schritt die EEG-Umlage für Neuanlagen auslaufen.

292 **Die Bürger*innen an der Energiewende beteiligen**

293 Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir
294 Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und die Kommunen
295 verbindlich an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen beteiligen. Gerade der ländliche
296 Raum kann so von den Gewinnen profitieren. Bürger*innen-Energieprojekte wollen wir mit einer
297 Ausnahmeregelung bei den Ausschreibungen wieder stärken. Zudem wollen wir Mieterstrom
298 fördern und entbürokratisieren, damit Mieter*innen stärker die Möglichkeit bekommen, vom
299 Ausbau der Erneuerbaren zu profitieren.

300 **Netzausbau beschleunigen**

301 Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die Stromleitungen
302 schneller ausbauen. Sie sorgen dafür, dass der Strom von dort, wo er erzeugt wird, so
303 schnell wie möglich dorthin gelangt, wo er benötigt wird. Voraussetzung für einen weiteren
304 Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden,
305 die bestehenden Netze optimal auszunutzen. Zentral ist eine frühzeitige
306 Bürger*innenbeteiligung. Sie erhöht die Qualität der Planung und trägt nachweislich dazu
307 bei, dass potenzielle Klagegründe bereits zu Beginn gemeinsam ausgeräumt statt am Ende vor
308 Gericht geklärt werden. Klar ist auch: Die Erneuerbaren genießen Vorrang im Netz. Da
309 Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und zugleich kritische Infrastruktur darstellen,
310 wollen wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken. Dazu wollen wir nach Möglichkeit die
311 staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland erhöhen und sie in
312 eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen. Wir treiben außerdem eine Reform der
313 Netzentgelte voran, um über einheitliche Netzentgelte zu mehr Fairness zwischen Stadt und
314 Land und Nord und Süd beizutragen.

315 **Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden**

316 Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und umfassende Sanierungen klimaneutral erfolgen.
317 Dreh- und Angelpunkt sind hohe Baustandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem
318 Passivhausstandard entspricht, im Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für
319 denkmalgeschützte Gebäude. Die Sanierungsquote muss deutlich gesteigert werden. Für den
320 Bestand muss gelten: Sobald ein Eigentümerwechsel erfolgt, wird ein Sanierungsfahrplan
321 erstellt. Wenn im Gebäudebestand ein Heizungsaustausch ansteht oder umfassend saniert wird,
322 sollen Erneuerbare, wo immer möglich, verbindlich zum Einsatz kommen. Wir legen dazu ein
323 Investitionsprogramm für 2.000.000 Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme
324 wollen wir dekarbonisieren. Dabei ist es für die Energieeffizienz maßgeblich, von der
325 Einzelbefuerung weg und hin zu verknüpften Systemen zu kommen, in denen aus verschiedenen

326 Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Solarthermie oder Power-to-Heat Wärme eingespeist wird.
327 Solche verbundenen Energiesysteme werden wir fördern, besonders in städtischen Gebieten.

328 **Wärmewende fair gestalten**

329 Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter Förderung einhergehen.
330 Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche
331 Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen, sodass sie
332 für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die
333 Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die
334 Mieter*innen abgewälzt werden können. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem Klimawohngeld,
335 ermöglichen wir auch Empfänger*innen von Wohngeld, in klimafreundlichen Wohnungen zu leben.
336 Eigenheimbesitzer*innen werden wir mit Steuervergünstigungen und zielgerichteten
337 Förderprogrammen helfen.

338 **Atomausstieg vollenden – Endlagersuche zum Erfolg führen**

339 Wir werden Ende 2022 den Atomausstieg in Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine
340 Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe
341 hergestellt und exportiert. Unser Ziel ist es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen durch
342 eine restriktivere Exportpolitik stark einzuschränken und perspektivisch zu schließen. Zum
343 Atomausstieg gehört auch, einen Endlagerstandort für den hochradioaktiven Atom Müll zu
344 finden. Wir bekennen uns zum verabredeten Pfad der Endlagersuche. Entscheidend für den
345 Endlagerstandort sind höchste Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen
346 Bedingungen und Rückholbarkeit; die Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und
347 mit größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen. Auch in der EU
348 wollen wir den Einstieg in den Ausstieg vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, den Euratom-
349 Vertrag zu reformieren. Gemeinsam mit anderen engagierten Mitgliedstaaten wollen wir dafür
350 sorgen, dass nicht mehr die Atomkraft privilegiert wird, sondern die erneuerbaren Energien
351 stärker gefördert werden.

352 **Wir sorgen für nachhaltige Mobilität**

353 **Investitionen für starke Bahnen in Stadt und Land**

354 Die Bahn ist ein öffentliches, soziales Gut und das Rückgrat einer nachhaltigen
355 Mobilitätswende. Wir wollen den Bahnverkehr ausbauen, alle deutschen Großstädte mit
356 regelmäßigen Verbindungen an den Fernverkehr anschließen und in ländlichen Räumen in
357 größerem Umfang Anschlüsse an das Schienennetz reaktivieren. Entwidmung von Bahnstrecken
358 soll es nicht mehr geben. Auch den grenzüberschreitenden Zugverkehr gilt es im Rahmen eines
359 Europataktivs deutlich zu stärken, ein attraktives europäisches Schnell- und Nachtzugnetz
360 aufzubauen und die Lücken in regionalen, grenzüberschreitenden Nahverkehrsverbindungen zu
361 schließen. Bahnhöfe wollen wir zu modernen Mobilitätsstationen aufwerten und die Kombination
362 von Fahrrad und öffentlichem Verkehr stark verbessern. Die Investitionsmittel für die Bahn
363 werden wir dafür massiv anheben. Den Deutsche-Bahn-Konzern wollen wir transparenter und
364 effizienter machen, die Strukturen für mehr Schienenverkehr neu ordnen und in neuer
365 staatlicher Verantwortung am Gemeinwohl ausrichten. Der Bund muss zudem mehr Verantwortung
366 für das Schienennetz und die Koordinierung des Zugverkehrs im Deutschlandtakt übernehmen.
367 Wir setzen auf ein Wachstum der Schiene und sichere Arbeitsplätze im Bahnbereich.

368 **ÖPNV ausbauen**

369 Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den
370 Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der
371 öffentliche Personennahverkehr attraktiver und innovativer und mit dem Fernverkehr verknüpft
372 werden. Zusammen mit den Ländern werden wir eine Zukunfts- und Ausbauoffensive starten,

373 Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen, die Mittel für den Betrieb von
374 Regionalbahnen ausweiten und die Finanzierungsinstrumente an das Ausbauziel anpassen. Auch
375 die Beschaffung von emissionsfreien Bussen wollen wir durch attraktive Konditionen für die
376 Kommunen vorantreiben. In Modellprojekten sind Kommunen dabei zu unterstützen, auf einen
377 umlagefinanzierten preiswerten ÖPNV umzusteigen.

378 **Fahrradnetz für ganz Deutschland**

379 Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Um es auszuschöpfen, wollen wir
380 Deutschland zum Fahrradland machen. Radfahren muss sicher und attraktiv sein – überall.
381 Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen von Dorf zu Dorf wie auch touristische
382 Radwege sollen sich durch hohe Qualität und eine gute Beschilderung auszeichnen. Unsere
383 Vision ist ein lückenloses Fahrradnetz in ganz Deutschland. Wir richten die Verkehrspolitik
384 an den Zielen und Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans aus, erhöhen die
385 Förderprogramme für Ausbau und Modernisierung der Radinfrastruktur und reformieren das
386 Straßenverkehrsrecht, damit Radfahrer*innen besser geschützt sind und mehr Platz im
387 Straßenraum bekommen.

388 **Mobilpass einführen**

389 Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der digitale
390 Fortschritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Wir wollen die
391 deutsche Mobilitätswirtschaft zum Vorreiter für neue Mobilitätslösungen machen und die
392 Chancen der Digitalisierung für eine Verkehrswende nutzen. Echtzeitinformationen und ein
393 einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden. Damit man problemlos überall von
394 A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote von 120 Verkehrs- und
395 Tarifverbänden in Deutschland verknüpfen und Sharing- und Ridepooling-Dienste so
396 integrieren, dass Sozial- und Umwelt-Dumping ausgeschlossen sind. Wir wollen den Wechsel zu
397 Fahrrad, Bus und Bahn für alle möglich machen und auch finanziell fördern. Deshalb wollen
398 wir mit dem Mobilpass auch attraktive Tarife und Sozialtarife fördern. Ein Haushalt, der
399 sein Auto dauerhaft abmeldet, soll zudem für ein Jahr eine Mobilitätsprämie für die Nutzung
400 umweltfreundlicher Verkehrsmittel bekommen. Für autonomes Fahren schaffen wir einen
401 Rechtsrahmen mit Schwerpunkt auf dem öffentlichen Verkehr.

402 **Mehr Sicherheit im Straßenverkehr**

403 Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt ihre Ziele
404 erreichen können. Damit mehr Menschen auf das Fahrrad steigen, öfter zu Fuß gehen – sei es
405 zur nächsten Haltestelle oder S-Bahn-Station – und auf diese Weise Städte vom Autoverkehr
406 entlasten, sind zeitgemäße Verkehrsregeln, die folgenschwere Verkehrsunfälle verhindern,
407 entscheidend. Unser Ziel ist die Vision Zero, d. h. keine Toten und Schwerverletzten mehr im
408 Straßenverkehr. Wir wollen Kommunen ermöglichen, in geschlossenen Ortschaften das Regel-
409 Ausnahme-Verhältnis beim Tempolimit umzukehren. Für die Autobahnen wollen wir ein
410 Sicherheitstempo von 130 Stundenkilometern. Um die vielen Unfälle von Fahrradfahrer*innen
411 und Fußgänger*innen in Innenstädten durch abbiegende Schwerlasttransporter zu verhindern,
412 wollen wir verpflichtende Vorgaben für Lkw-Abbiegeassistenzsysteme einführen.

413 **Autos der Zukunft bauen**

414 Das Auto der Zukunft wird im Sinne der Lebensqualität aller leiser, digitaler und
415 klimaneutral sein. Der technologische Wettlauf ist in vollem Gange. Damit das Auto der
416 Zukunft weiter in Deutschland entwickelt und produziert wird, braucht es klare politische
417 Leitplanken. Ab 2030 sollen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum
418 Beispiel durch eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos. So sorgen wir für
419 saubere Luft in Innenstädten, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele, und die
420 Automobilindustrie kann ihre Entwicklungsarbeit verlässlich auf Elektromobilität ausrichten.

421 Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen uns für
422 schärfere europäische CO₂-Flottengrenzwerte ein. Den Kauf emissionsfreier Autos wollen wir
423 über ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer fördern. Saubere Autos werden billiger,
424 klimaschädliche teurer. Wir beenden die Dieselsubvention und gestalten die
425 Dienstwagenbesteuerung ökologisch um. Wir beschleunigen den flächendeckenden Ausbau einer
426 einheitlichen Ladeinfrastruktur, inklusive Schnellladesäulen und öffentlicher Ladepunkte im
427 ländlichen Raum. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa schnell und bequem
428 möglich sein.

429 **Moderne Verkehrsinfrastruktur**

430 Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie
431 reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat
432 keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten.
433 Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die an den Zielen der Mobilität für alle
434 und an Klimaneutralität ausgerichtet ist und den Fokus auf den Ausbau von Schienen, Radwegen
435 und auf eine intelligente Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel legt. Auch die
436 Vermeidung von Verkehr, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die
437 Wiederkehr der Nahversorgung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen. Wir werden
438 einen Bundesnetzplan 2050 erarbeiten, in dem der Neu- und Ausbau der Verkehrsträger Straße,
439 Schiene und Wasserstraßen im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele neu bewertet wird.
440 Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir nutzen, um nicht
441 planfestgestellte Straßenneubauprojekte, insbesondere Autobahnabschnitte, noch einmal auf
442 den Prüfstand zu stellen und mit einem Klima- und Umweltcheck neu zu bewerten. Die
443 Investitionen werden wir umschichten zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und des
444 Ausbaus der Schienen- und Radwegeinfrastruktur.

445 **Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie**

446 Das Auto ist für viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar und gerade für viele
447 Familien im ländlichen Raum kaum wegzudenken. Dort setzen wir deshalb an erster Stelle auf
448 die Chancen der Antriebswende. Das E-Auto ist insbesondere im Paket mit Solaranlagen auf dem
449 Dach, einem Stromspeicher im Keller und einer Wallbox in der Garage eine zukunftsfähige
450 Lösung, die wir gerade im ländlichen Raum ausbauen wollen. Doch auch auf dem Land muss
451 Mobilität ohne Auto möglich sein, das Angebot muss wachsen, gerade für Pendler*innen,
452 Jugendliche und ältere Menschen. Wir wollen die Länder dabei unterstützen, eine
453 Mobilitätsgarantie mit Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einzuführen, erweiterte
454 Angebote an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen zu entwickeln und Radwege
455 auszubauen. Gerade in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige und
456 verlässliche Anbindung an den ÖPNV, an Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-
457 Demand-Verkehre sowie öffentliche Stromtankstellen.

458 **Mobilitätswende in der Stadt**

459 Nirgendwo wird die Mobilitätswende sehnlicher erwartet als in den Innenstädten: Unfälle,
460 Staus, Abgase, Lärm, zu wenig Platz für Kinder zum Spielen – die autozentrierte Stadt ist
461 nicht nur klimaschädlich, sondern auch kein schöner Ort zum Leben. Wir wollen die Städte bei
462 der Mobilitätswende gezielt unterstützen, es ihnen erleichtern, sichere Radwege und
463 attraktive Fußwege anzulegen und verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und
464 Stadtviertel zu schaffen. Die Städte sollen mehr Möglichkeiten bekommen, regulierend in den
465 Autoverkehr einzugreifen und öffentlichen Raum neu aufzuteilen, zum Beispiel indem Autos
466 nicht mehr überall, sondern nur noch auf gekennzeichneten Plätzen parken dürfen. Die
467 Ausweitung von umweltfreundlichem Carsharing werden wir fördern, damit der Pkw-Bestand in
468 den Städten abnimmt.

469 **Flugverkehr klimaneutral ausrichten**

470 Fliegen hat unsere Welt näher zusammengebracht. Zugleich ist es wegen seines immensen
 471 Kerosinverbrauchs die klimaschädlichste Fortbewegungsart. Nach der Pandemie wollen wir kein
 472 Zurück zum blinden Wachstum des Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität
 473 ausrichten. Kurzstreckenflüge wollen wir bis 2030 überflüssig machen, indem wir die Bahn
 474 massiv ausbauen. Die Zahl von Langstreckenflügen gilt es zu vermindern und das Fliegen
 475 gleichzeitig zu dekarbonisieren. Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen,
 476 wollen wir die bestehende Beimischungsquote erhöhen und einen Anstiegspfad festschreiben.
 477 Den Aufbau von Produktionsanlagen und moderner Flugzeugtechnologie fördern wir.
 478 Umweltschädliche Subventionen im Flugverkehr sind abzubauen und Finanzhilfen für
 479 unwirtschaftliche Regionalflughäfen zu beenden. Neben einer Reduktion des Fluglärms durch
 480 weniger und bessere Flugzeuge braucht es ein echtes Nachtflugverbot.

481 **Zukunftsfähiger Güterverkehr**

482 Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert, heute zumeist
 483 in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem klimaneutralen Deutschland muss
 484 auch der Güterverkehr zukunftsfähig sein. Wir setzen auf regionale Wirtschaftskreisläufe,
 485 die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung bei der Organisation der Logistik und wollen
 486 mehr Güter mit der Bahn transportieren. Dazu wollen wir die Kombination von Straße und
 487 Schiene ertüchtigen und dafür sorgen, dass Industrie und Gewerbe wieder ans Bahnnetz
 488 angeschlossen werden. In der Schifffahrt heißt es: weg vom Schweröl und stattdessen den
 489 Einsatz alternativer Kraftstoffe und Antriebe forcieren. Den ausufernden Lkw-Verkehr wollen
 490 wir durch eine CO₂-orientierte Maut regulieren. Zusammen mit ambitionierten CO₂-
 491 Flottengrenzwerten und der Förderung klimafreundlicher Antriebe werden auch Lkw absehbar
 492 emissionsfrei. Für mehr Sicherheit im Lkw-Bereich braucht es eine bessere Durchsetzung von
 493 Arbeitszeitvorschriften. Auch die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer*innen müssen erheblich
 494 verbessert werden. In der städtischen Logistik wollen wir den Einsatz von Lastenrädern und
 495 neue Verteilkonzepte wie Cityhubs oder Güterbeförderung auf Schienen fördern.

496 **Wir schützen Natur und Umwelt für ein gutes Leben**

497 **Artensterben stoppen**

498 Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken müssen daher
 499 unser Handeln definieren – als „Barometer des Lebens“. Um die Krise der Artenvielfalt zu
 500 überwinden und das massenhafte Artensterben zu beenden, brauchen wir vor allem eine andere
 501 Landnutzung. Wie beim Klimaschutz zählt beim Naturschutz jeder Tag. Deshalb werden wir hier
 502 ein Sofortprogramm Artenschutz auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz verringern, den
 503 Einsatz von Glyphosat untersagen, den Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flächen zur
 504 Bebauung und die Entwässerung von moorigen Standorten im Bundesbesitz stoppen. Wir werden
 505 Naturschutzkorridore schaffen, Natura-2000-Gebiete gemeinsam mit den Ländern verteidigen und
 506 verbessern sowie Schutzgebiete, wo möglich, vergrößern bzw. neue schaffen. 10 Prozent der
 507 Gelder aus dem Energie- und Klimafonds sollen für Klimaschutz durch Naturschutzmaßnahmen
 508 eingesetzt werden. Mit einem Wildnisfonds wollen wir dafür sorgen, dass sich auf mindestens
 509 2 Prozent der Landesfläche wieder echte Wildnis entwickeln kann. Um Natur zu retten, gilt es
 510 bis 2030 den Flächenverbrauch zu halbieren. Bei neuer Straßenverkehrsinfrastruktur sowie
 511 Siedlungs- und Industriegebieten muss mehr auf den Naturschutz geachtet werden. Das werden
 512 wir bei Bundesinfrastrukturprojekten umsetzen und zugleich Landes- und Kommunalverwaltungen
 513 dabei unterstützen, nicht mehr benötigte versiegelte Flächen der Natur zurückzugeben oder im
 514 Innenbereich zu verdichten.

515 **Unseren Wald retten**

516 Unser Wald ist durch die Klimakrise stark bedroht. Wir erleben heute schon ein Waldsterben,
517 das weitaus größere Schäden anrichtet, als in den 80er Jahren durch den sauren Regen
518 entstanden sind. Naturnahe, artenreiche und klimastabile Waldökosysteme sind
519 widerstandsfähiger als Monokulturen. Wir wollen gesetzliche Mindeststandards für eine
520 naturnahe Waldbewirtschaftung festlegen und den Umbau und die Wiederbewaldung nach
521 ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben unterstützen. Das dient auch dem ökonomischen
522 Mehrwert. Die Bewirtschaftung von Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische
523 Kriterien – im Wald nach FSC, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau zertifiziert – geknüpft
524 werden. Wir wollen 5 Prozent unserer Wälder komplett aus der Nutzung nehmen. Dazu weisen wir
525 Naturwälder aus und machen sie zu Urwäldern von morgen. Weitere Dürrejahre vergrößern die
526 Waldbrandgefahr. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern wollen wir eine bundesweite Präventions-
527 und Bekämpfungsstrategie erarbeiten.

528 **Biologische Vielfalt an Land und im Meer schützen**

529 Der Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume schreiten auch global weiter
530 voran. Wir werden uns für ein ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zum Erhalt der
531 biologischen Vielfalt einsetzen. Es sollen entsprechend der Biodiversitätsstrategie der
532 Europäischen Union mindestens 30 Prozent der Landfläche und 30 Prozent der Meere geschützt
533 werden, davon 10 Prozent der EU-Landflächen und 10 Prozent der EU-Meeresgebiete mit strengen
534 Schutzvorgaben, nötig ist außerdem ein Entwaldungsstopp für die Schutzgebiete an Land. Die
535 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir in einem solchen Abkommen als neue
536 Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik sorgen. Insbesondere im
537 Meeresbereich verfolgen wir eine gemeinsame internationale Meeresstrategie. Wir werden uns
538 dafür einsetzen, den Schutz der Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen,
539 Vollzugsdefizite und Regellücken zu schließen und damit den Schutz des Meeres in den Fokus
540 zu rücken, damit legale Verschmutzung, wie zum Beispiel Tankwäschen auf hoher See, verboten
541 und Übernutzung verhindert wird.

542 **Flüsse und Moore schützen**

543 Die Renaturierung von Flüssen und Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren – all das
544 schützt nicht nur seltene Lebensräume und die Biodiversität, sondern auch das Klima.
545 Naturnahe Bäche und die letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe müssen erhalten bleiben,
546 einen Ausbau der Oder lehnen wir ab. Flüsse mit weiten Auen und Überschwemmungsgebieten sind
547 auch der beste Schutz gegen Hochwasser. Daher werden wir die Aufgaben der
548 Bundeswasserstraßenverwaltungen stärker ökologisch ausrichten. Spezifische Programme für
549 wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir
550 stärken und die EU-Wasserrahmen-Richtlinie konsequent umsetzen. Moorschutz ist Klimaschutz.
551 Daher wollen wir unsere Moore so schnell wie möglich wiedervernässen. Dazu legen wir
552 gemeinsam mit den Ländern ein großflächig wirksames Moor-Renaturierungsprogramm auf.
553 Wiedervernässte Moore müssen zu einem Teil Schutzgebiete werden, ein anderer Teil sollte
554 nachhaltig genutzt werden. Daher wollen wir Paludikultur stärken, also die
555 landwirtschaftliche Nutzung von nassen Hoch- und Niedermooren.

556 **Sauberes Wasser ist Leben**

557 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Nitrat, Waschmittelrückstände und
558 Medikamentenreste, die Grundwasser, Seen und Flüsse belasten, gehören nicht ins Abwasser.
559 Deshalb wollen wir klare gesetzliche Vorgaben etwa zur Flächenbindung der Tierhaltung und
560 des Pestizideinsatzes verankern. Ein Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe
561 sollen so zu einer fairen Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung
562 führen. Durch eine Stärkung der Produktverantwortung von Herstellern und genaue
563 Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente können wir die Gefahren von
564 Arzneimittelrückständen im Wasser und Resistenzen von Keimen verringern. Setzen wir das EU-

565 Recht konsequent um, reduzieren wir den Eintrag von hormonverändernden Stoffen und
566 Mikroplastik im Wasser. Den Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung gegenüber gewerblicher
567 Nutzung gilt es sicherzustellen, Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von
568 Regenwasser wollen wir regeln und Anreize zum Wassersparen schaffen.

569 **Meere schützen, Plastikmüllflut stoppen**

570 Die Meere befinden sich in einem katastrophalen Zustand – und dieser droht sich durch
571 weitere Versauerung, Überdüngung, Verschmutzung und Plastikmüll noch zu verschlechtern. Um
572 die Plastikmüllflut zu stoppen, wollen wir ein Sofortprogramm mit verbindlichen
573 Müllvermeidungszielen auflegen. Wir wollen Technik und Maschinen fördern, die eine Bergung
574 der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee ermöglichen. Um die Fischbestände zu
575 stabilisieren und Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben, wollen wir eine
576 regionale, umwelt- und artenschonende Fischerei unterstützen und die Betriebe fördern, die
577 Fangmengen und Netzlängen reduzieren, die neue bzw. althergebrachte Fanggeräte erproben oder
578 einsetzen und sich für touristische Angebote öffnen. In Meeresschutzgebieten regulieren wir
579 die Schleppnetz- und Stellnetzfisherei sowie die touristische Nutzung. Aus den
580 Erdölförderanlagen in der Nordsee treten durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit
581 Bohrabfällen und auch durch die Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für
582 ein Ende der Förderung fossiler Energieträger ein. In der deutschen Ausschließlichen
583 Wirtschaftszone (AWZ) wollen wir einen sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen umsetzen
584 sowie ein Förderende bis 2025. Auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für
585 ein Ende der Öl- und Gasförderung in der gesamten Nord- und Ostsee ein. Wir wollen auch den
586 Ausstieg aus dem Kies- und Sandabbau vorantreiben. Für lebendige Weltmeere sind die
587 Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und verbindliche Abkommen über Fangquoten,
588 ein Ende der Fischereisubventionen, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die Ausweisung von
589 großflächigen Meeresschutzgebieten überlebensnotwendig.

590 **Das Ende des Mülls**

591 Der Mehrweganteil bei Getränken sinkt seit Jahren. To-go-Becher werden nur für wenige
592 Minuten genutzt, bevor sie zu Müll werden. Ausgediente Handys und Tablets verstauben in
593 Schubladen, obwohl sie wiederverwendet oder recycelt werden könnten. Unser Ziel ist Zero
594 Waste. Es soll kein Müll mehr verursacht und die Ressourcenverschwendung gestoppt werden.
595 Dafür wollen wir das komplizierte Pfandsystem entwirren. Jede Flasche soll in jeden
596 Pfandautomaten passen, den To-go-Mehrwegbecher machen wir bis 2025 zum Standard. Auf
597 europäischer Ebene treten wir für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit Ressourcenschätze aus
598 alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir ein Pfand auf Handys,
599 Tablets und energieintensive Akkus. Das Verpackungsgesetz entwickeln wir zu einem
600 Wertstoffgesetz weiter, das Mehrwegquoten und Pfand auf alle Einweg-Plastikflaschen
601 vorsieht. Die Kreislaufwirtschaft wird das neue Normal. Im Kreislaufwirtschaftsgesetz räumen
602 wir allen ökologisch vorteilhaften Mehrwegprodukten Vorrang ein. Wir setzen uns für ein
603 Verbot des Exports von Plastikmüll in Länder außerhalb der EU ein.

604 **Giftfreie Produkte im Alltag**

605 Plastikrückstände befinden sich bereits in den Körpern von Kindern und Jugendlichen. Die
606 Weltgesundheitsorganisation sieht in hormonstörenden Chemikalien eine globale
607 Gesundheitsbedrohung. Wir wollen giftige Chemikalien, die Erkrankungen wie Krebs, Diabetes
608 oder ungewollte Kinderlosigkeit auslösen können, aus allen Alltagsprodukten verbannen, indem
609 wir das EU-Recht im Chemikalienbereich schnell und konsequent umsetzen. Im Rahmen der
610 Chemikalienverordnung REACH wollen wir weitere Einschränkungen für gefährliche Stoffe und
611 werden entsprechende Vorschläge machen. Besonderes Augenmerk richten wir auf Spielzeug,
612 Kinderpflegeprodukte und andere Alltagsprodukte wie Textilien, Möbel oder Elektronik.
613 Deutschland sollte dem Beispiel Frankreichs folgen und nachgewiesen giftige Chemikalien wie

614 Bisphenol A in Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen oder per- und polyfluorierte
615 Kohlenwasserstoffe in Papier und Pappe verbieten. Unser Ziel ist, dass die Menschen gesund
616 in einer gesunden Umwelt leben können.

617 **Saubere Luft zum Atmen**

618 Wir alle brauchen saubere Luft zum Atmen. Doch Abgase aus dem Verkehr, aus Kohlekraftwerken
619 oder alten Ölheizungen machen krank. Schlimmer noch: Nach Berechnung der Europäischen
620 Umweltagentur sterben allein in Deutschland pro Jahr 70.000 Menschen vorzeitig durch von
621 Luftverschmutzung verursachte Krankheiten. Um die Luft zu verbessern, bietet die ökologische
622 Modernisierung riesige Chancen. E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere Luft. Wir
623 wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Minderungsziele für Luftschadstoffe und die
624 Grenzwert-Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation schnellstmöglich umsetzen.

625 **Klimaanpassung und mehr Natur in der Stadt**

626 Schon heute hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit Hitzesommern,
627 Waldsterben und Dürren längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten,
628 die in schwierigeren Umständen leben. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an
629 Erderhitzung kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. Unsere Städte
630 wollen wir besser gegen Hitzewellen wappnen – mit mehr Stadtgrün, Fassadenbegrünung und
631 Trinkbrunnen. Es gilt unsere Städte so umzugestalten, dass sie mehr Wasser aufnehmen und
632 speichern und im Sommer kühlend wirken. Öffentliche Trinkwasserversorgung muss Vorrang vor
633 einer Privatnutzung haben. Auch für Tiere und Pflanzen sind unsere Städte immer wichtigere
634 Lebensräume. Wir wollen die Natur in der Stadt ausweiten und dafür zum Beispiel die
635 Lichtverschmutzung eindämmen, die sich negativ auf Menschen und Tiere auswirkt.

636 **Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur**

637 **Landwirtschaft fit für die Zukunft machen**

638 Wir wollen Umwelt-, Tier-, Klima- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung
639 miteinander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen – das begreifen wir
640 als Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit der Natur zusammen und mit einem
641 Verständnis von Natur, das sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz
642 verpflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme,
643 aber auch faire Bezahlung von Landwirt*innen und ein geändertes Ernährungssystem. Wir werden
644 vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige Anbausysteme wie Agroforst ebenso stärken wie
645 die Nutzung von robusten Pflanzensorten und Tierrassen. Digitale Anwendungen können bei
646 entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und klimafreundlicher machen, müssen
647 aber auch – zum Beispiel über Sharing-Konzepte – kleineren Betrieben offenstehen und
648 bezahlbar sein. Den Ökolandbau wollen wir umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür
649 schaffen, dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller umstellen.
650 Monokulturen und chemische Dünger führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden für
651 Gesundheit und Umwelt, während Kleinbäuer*innen durch europäische Dumpingexporte,
652 patentiertes Saatgut und Landraub weiter in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf
653 Nahrung muss garantiert sein, kleinbäuerliche Strukturen sollten gestärkt werden. Dafür
654 unterstützen wir mit unserer Agrar- und Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische
655 Agrarwende.

656 **Öffentliches Geld für öffentliche Leistung**

657 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU sollte zu einem Instrument für eine ökologische
658 Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft.
659 Das muss der Ausgangspunkt für einen Gesellschaftsvertrag zwischen Bäuer*innen,
660 Verbraucher*innen und Politik für Klima- und Naturschutz sein. Wir wollen eine Reform, damit

661 die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-,
662 Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden. Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft
663 gemeinsam mit den Bäuer*innen voranzutreiben, gilt es die nationalen Spielräume für die
664 bevorstehende Förderperiode bestmöglich zu nutzen. Dazu gehören ein Ökolandbau-Anteil von 30
665 Prozent sowie eine Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes bis 2030. Wir wollen
666 das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die
667 konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Bis zum Jahr 2028 wollen wir für die
668 Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht haben.

669 **Pestizide reduzieren**

670 Es gibt viele Gründe, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich
671 herunterzufahren. Der Schutz der menschlichen Gesundheit gehört dazu. Vor allem sind weniger
672 Pestizide der wichtigste Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Wir wollen den
673 Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit unserer Landwirtschaft schnell und machbar gestalten:
674 durch eine systematische Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders
675 umwelttoxische Wirkstoffe und das besonders häufig eingesetzte Pestizid Glyphosat. Um den
676 Einsatz von Pestiziden insgesamt zu reduzieren, führen wir eine Pestizidabgabe ein. Um
677 wirksamen Artenschutz zu betreiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen wir die
678 Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten untersagen.
679 Die Landwirt*innen werden durch Gelder der Pestizidabgabe dafür entschädigt. Wir werden
680 außerdem den Export von Pestiziden beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von
681 Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die
682 Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel verbessern und so Transparenz und
683 Unabhängigkeit stärken sowie ein kombiniertes Forschungs-, Umsetzungs- und Beratungsprogramm
684 für nicht synthetischen Pflanzenschutz auflegen.

685 **Vielfältiges Saatgut ohne Patente**

686 Eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beginnt beim Saatgut. Es ist
687 nötig, die Zucht von robusten Sorten voranzutreiben. Angesichts der Klima- und
688 Biodiversitätskrise wollen wir sowohl die Forschung für ökologisches Saatgut stärken als
689 auch neue Ansätze fördern. Gentechnikfreie Produktion muss durch vorsorgeorientierte
690 Zulassungsverfahren und Kennzeichnungspflicht geschützt bleiben. Die Opt-out-Richtlinie der
691 EU setzen wir vollständig in nationales Recht um. Die Risiko- und Nachweissforschung sowie
692 innovative Ansätze, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen, werden
693 wir stärken. Wir wollen das Patentrecht so ausrichten, dass es keine Patente auf Pflanzen
694 und Tiere sowie deren genetische Anlagen mehr gibt.

695 **Gerechte Einkommen und Arbeitsbedingungen für Bäuer*innen**

696 Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden daher mit Hilfe des
697 Wettbewerbsrechts gegen Dumpingpreise im Lebensmittelhandel vorgehen. Wir wollen
698 Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspekulation
699 und den Ausverkauf ländlicher Fläche ergreifen. Dazu gehört, dass wir die Flächen der
700 bundeseigenen BVVG in eine Bundesstiftung überführen, die die Flächen vorzugsweise an
701 kleinere Betriebe statt an große Investoren verpachtet. Auch in der Lebensmittelerzeugung
702 und -verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und
703 Gesundheitsschutz für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie ebenso wie mehr
704 Rechte für die Arbeitnehmer*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften sind
705 notwendig.

706 **Regionale Vermarktung stärken**

707 Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu kaufen, beim
708 Bäcker, in der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Wir wollen die regionale

709 Erzeugung und Vermarktung stärken und so dem Betriebssterben der letzten Jahre
 710 entgegentreten. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch
 711 lokale Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von
 712 regionalen Produkten für Schutz vor Betrug. Öffentliche Fördergelder sollen vorrangig den
 713 kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben und Handwerker*innen zugutekommen. Forschung und
 714 Beratung zur Regionalvermarktung, innovative und partizipative Ansätze wie solidarische
 715 Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

716 **Lebensmittel retten**

717 Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in Deutschland leicht
 718 zugänglich sein. Ernährungsbedingte Krankheiten aufgrund von Fehlernährung wollen wir
 719 gezielt eindämmen. Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen
 720 unterstützen wir dabei, mehr nachhaltiges, gesundes und regionales Essen anzubieten. Gutes
 721 Essen scheitert allzu oft an mangelndem Angebot und Transparenz. Um das zu ändern, wollen
 722 wir die Ernährungsindustrie in die Pflicht nehmen. Wir brauchen verbindliche
 723 Reduktionsstrategien für Zucker, Salz und Fett. Für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder
 724 richtet, wollen wir klare Regeln, die sich an den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation
 725 orientieren. Klimaschutz heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte
 726 produzieren und konsumieren werden. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver
 727 und zugänglich für alle Menschen machen. Pflanzliche Milchalternativen sollen steuerlich mit
 728 Milchprodukten gleichgestellt und mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden.
 729 Auch gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir vor. Wir wollen mit einem Rettet-die-
 730 Lebensmittel-Gesetz verbindliche Reduktionsziele einführen, Lebensmittelhandel und -
 731 produzenten verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben statt wegzuworfen.
 732 Lebensmittel aus dem Müll zu retten – das sogenannte Containern – muss entkriminalisiert
 733 werden.

734 **Klare Lebensmittelkennzeichnung**

735 Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit verständlichen
 736 Informationen über Zutaten, Herkunft und Herstellung wollen wir für die nötige Transparenz
 737 sorgen. Wir werden daher eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch und
 738 andere tierische Produkte einführen. Die Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir
 739 ausbauen und europaweit für alle Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die
 740 Transparenz über die Herkunft von Lebensmitteln verbessern. Transparenz muss auch bei der
 741 Lebensmittelhygiene gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen in Form
 742 eines Hygienebarometers für alle erkennbar sein.

743 **Wir ermöglichen Tieren ein besseres Leben**

744 **Tierhaltung mit mehr Platz für weniger Tiere**

745 Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis
 746 getrieben: Bäuerinnen und Bauern werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr
 747 produzieren, um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben
 748 immer kürzer, die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Es braucht einen
 749 Ausweg. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden als bisher und
 750 diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Damit Tierschutz wirtschaftlich
 751 machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen durch eine Umbauförderung, faire Preise für ihre
 752 Arbeit und verpflichtende Haltungskennzeichnungen auf den Produkten für alle Tierarten
 753 unterstützen. Die Tierhaltung soll an die Fläche – nicht mehr als zwei Großvieheinheiten pro
 754 Hektar – und Obergrenzen pro Stall gebunden werden. Den Umbau in tiergerechte Ställe werden
 755 wir durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte ebenso gezielt fördern wie die
 756 Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Qualzucht,

757 Amputationen, Eingriffe ohne Betäubung und Anbindehaltung wollen wir beenden, den Einsatz
758 von Antibiotika senken und Tiertransporte auf vier Stunden begrenzen. Lebendtiertransporte
759 in Drittstaaten außerhalb der EU gehören ganz verboten.

760 **Tiere schützen und respektieren**

761 Tiere brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Tierhaltung
762 verbessern. Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir eine besondere Verantwortung.
763 Wir wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben frei von Schmerzen, Angst und
764 Stress ermöglichen. Dafür gilt es gemeinsam mit den Ländern und Kommunen auf einen
765 effektiveren Vollzug hinzuwirken und wirkungsvollere Sanktionen bei Tierschutzvergehen im
766 Tierschutzgesetz zu verankern. Wir werden ein Verbandsklagerecht für anerkannte
767 Tierschutzorganisationen einführen. Die anerkannten Tierschutzorganisationen und ein*e
768 Bundestierschutzbeauftragte*r sollen Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen, die für
769 den Tierschutz zuständigen Behörden kontrollieren und Rechtsverstöße beanstanden. Die
770 Haltung von Wildtieren in Zirkussen gehört nicht mehr in unsere Zeit. Den Online-Handel mit
771 Tieren wollen wir strikt regulieren. Wir streben die weitere konsequente Reduktion von
772 Tierversuchen in der Wissenschaft an und wollen Tierversuche mit einer klaren
773 Ausstiegsstrategie und innovativen Forschungsmethoden schnellstmöglich überflüssig machen.
774 Deswegen muss die zukunftsorientierte Forschung sichergestellt sein, genauso wie auch
775 tierfreie Modelle für verbesserte Medikamenten- und Sicherheitsprüfungen weiterentwickelt
776 und gefördert werden müssen.

777 **Wildtierhandel an die Leine legen**

778 Die Covid-19-Pandemie muss eine Lehre sein, die Gesundheit von Umwelt, Tier und Mensch
779 zusammenzudenken. Sie basiert auf einer Zoonose, einer vom Tier zum Menschen übertragenen
780 Infektionskrankheit. Solche neuartigen Krankheiten werden durch die fortschreitende
781 Zerstörung der Natur und das Vordringen der Menschen in die letzten natürlichen Lebensräume
782 begünstigt. Dem gilt es entgegenzuwirken. Wildtiere gehören in die Wildnis, der Handel mit
783 ihnen muss strenger reguliert, Importe von Wildfängen, die Trophäenjagd, ihr Handel auf
784 Online-Portalen und Wildtierbörsen müssen ganz verboten werden. Auch die industrielle
785 Tierhaltung kann zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten Nerzen gezeigt hat.
786 Die Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur Eindämmung möglicher Zoonosen
787 auszurichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Pelztierfarmen nicht mehr erlaubt sind.

PB.W-01 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-W Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

1 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne
2 Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren Wasserstoff sind
3 wir Europäer*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das Pariser
4 Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische
5 Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die
6 Märkte der Zukunft klimaneutral sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr. In den
7 Unternehmen, den Köpfen und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der Wille, in
8 die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer*innen neue Ideen
9 und Geschäftsmodelle entwickeln. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative
10 Handeln, die Dynamik eines fairen Wettbewerbs, die Stärke von gesellschaftlicher Kooperation
11 innovativ Probleme löst.

12 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser
13 Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus und
14 weitgehend unregulierten Tech-Giganten behaupten. Die Pandemie hat viele Wirtschaftszweige
15 hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die
16 Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist unser
17 Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Menschen bezweifeln zunehmend, dass ein
18 blindes Wachstum, das zu großen sozialen und ökologischen Problemen führt, richtig ist. Wenn
19 wir es jetzt aber klug anstellen, können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen.
20 Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft in Europa begründen, die Wohlstand und
21 Wachstum mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist
22 Ausgangspunkt für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft,
23 Lebensqualität sichert und uns Menschen freie Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten
24 Wohlstand schaffen kann.

25 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht,
26 weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse,
27 verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben Unternehmen
28 Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.

29 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und sozial
30 gestalten, können sie mit ihrer Wucht Innovationen entfachen, die wir für die Transformation
31 brauchen. Damit das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und
32 ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir schaffen
33 Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische Regeln, um
34 nachhaltig zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren. Wir geben dem Wachstum eine
35 Richtung und bemessen Wohlstand neu. Wir starten eine umfassende Investitionsoffensive,
36 öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen und
37 Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken. Dafür setzen wir auf eine
38 vorsorgende Haushaltspolitik.

39 Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und sorgen dafür, dass sich
40 sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung stärker stellen.
41 Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der
42 demokratischen Politik zu behaupten. Hohe Einkommen und Vermögen sollen mehr zur
43 Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit
44 gering ist, sind zufriedener Gesellschaften.

45 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer*innen können wir
46 mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und Innovationen
47 vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz des
48 europäischen Marktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir uns für
49 eine gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot des
50 internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit nachhaltiges
51 Wirtschaften befördert. Als Europäer*innen investieren wir gemeinsam in Klimaschutz,
52 Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein Green New Deal. In einer
53 Bundesregierung werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union der erste CO₂-freie
54 Wirtschaftsraum wird.

55 Mit all diesem legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa erfolgreiche
56 Industriestandorte mit hoher Wertschöpfung, starkem Sozialstaat und guten Arbeitsplätzen
57 bleiben. Dafür, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden,
58 dass zukunftsfähige neue Jobs im Handwerk, bei Start-ups und in der Dienstleistungsbranche
59 entstehen – in traditionsreichen und innovativen Industrieunternehmen, im Maschinenbau, in
60 kleinen und mittelständischen Betrieben. Wir wollen, dass Deutschland und Europa auch bei
61 neuen Technologien die Spitze beanspruchen – seien es E-Autos, saubere Batterien,
62 Quantencomputer, Künstliche Intelligenz oder moderne Biotechnologie. Mit einer aktiven
63 Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten zukunftsfähigen
64 Unternehmen gute Bedingungen. So machen wir aus der Marke „Made in Germany“ ein Gütesiegel
65 für zukunftsfähige Industrie in einem klimaneutralen Europa.

66 **Wir fördern Unternehmergeist, Wettbewerb und Ideen**

67 **Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

68 Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Das
69 Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn Jahre
70 sträflich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch der Staat
71 seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel
72 ausgerichtet werden, wird Europa den Anschluss an moderne Zukunftstechnologien halten und
73 sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten in der nächsten
74 Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. In schnelles Internet, überall. In
75 Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie. In klimaneutrale
76 Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse und moderne
77 Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im
78 Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird, und in diesem Jahrzehnt
79 pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. So gelingt die sozial-ökologische
80 Transformation, so schaffen wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die Wettbewerbsfähigkeit
81 unseres Landes in einer handlungsfähigen Europäischen Union.

82 **Neustart nach der Corona-Krise**

83 Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich hoch
84 verschulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten ihr
85 Geschäft aufgeben. Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und
86 Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen getroffen.

87 Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt den besonders betroffenen Branchen
88 helfen. Damit sichern wir Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und setzen zielgenaue
89 konjunkturelle Impulse. Hierfür dehnen wir den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen
90 attraktive und zeitlich begrenzte Abschreibungsbedingungen ein und helfen kleinen und
91 mittleren Unternehmen, sich mit vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu
92 aufzustellen, ohne Insolvenz anmelden zu müssen. Falls Corona-Soforthilfen zurückgezahlt
93 werden müssen, benötigen die Unternehmen großzügige Stundungen. Für Selbständige braucht es
94 vor allem sichere Aufträge durch handlungsfähige Kommunen, die wir unter anderem durch eine
95 abgestimmte Kulturförderpolitik stärken wollen.

96 **Klimaschutztechnologien made in Germany**

97 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in Germany
98 soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und innovative
99 Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und
100 Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche Investitionen
101 realisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen setzen.
102 Dafür erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen sollen
103 zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können. Die
104 steuerliche Förderung von Forschung für KMU erhöhen wir. Öffentliche Investitionszuschüsse
105 sollen gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen, dauerhafte
106 Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

107 **Ein Gründungskapital einführen**

108 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue Gründer*innenwelle. Mit einem
109 unbürokratischen Gründungskapital, das Gründer*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000
110 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee an zu wenig Eigenkapital
111 scheitert. Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein Verwaltungsdickicht zu
112 quälen, sollen sie Information, Beratung und Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle
113 erledigen können – überall in Deutschland. In den ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend
114 von Melde- und Berichtspflichten befreit werden. Frauen sind bei Gründungen noch
115 unterrepräsentiert, sie wollen wir gezielt fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds
116 nur für Frauen. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut werden,
117 hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen Vergabe
118 beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und Regeln zur
119 Eignungsprüfung. Gerade bei ausbleibender Finanzierung wollen wir die gemeinwohlorientierte
120 Entwicklung von digitalen Lösungen fördern.

121 **Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien**

122 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des
123 deutschen CO₂-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze und sind
124 ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum Technologievorreiter
125 bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim weltweiten
126 Einsatz grüner Technologien „made in Germany“ eine Schlüsselrolle einnehmen. So bekämpfen
127 wir die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Mit
128 Investitionszuschüssen und einer degressiven Abschreibung fördern wir direkt die
129 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung treiben wir die
130 Dekarbonisierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contract for Difference), die die
131 Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten
132 erstatten, sorgen für Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler
133 Grundstoffe schaffen wir Leitmärkte für CO₂-freie Produkte. In der Chemieindustrie wollen
134 wir die Transformation weg von Öl und Plastik hin zu nachwachsenden Rohstoffen voranbringen.

135 **Automobilindustrie im Aufbruch**

136 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der Wettbewerb um das
 137 emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch die
 138 Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es Entschlossenheit und
 139 Zusammenarbeit, damit unsere Autobauer in Zukunft wieder die Nase vorn haben. Klar ist: Der
 140 fossile Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie
 141 Autos neu zulassen. Wir unterstützen bei Forschung und Innovation und sichern einen
 142 schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und eine weitere Förderung des Markthochlaufs
 143 von emissionsfreien Fahrzeugen zu. Aktuell haben Deutschland und Europa den Anschluss bei
 144 der Batteriezellenproduktion und damit viel Wertschöpfung verloren. Das darf sich bei den
 145 Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender sind, nicht
 146 wiederholen. Wir wollen Europa zum Weltmarktführer einer ökologischen
 147 Batteriezellenproduktion machen, zu der ein wirksames Recyclingsystem gehört sowie die
 148 Forschung und Entwicklung der nächsten Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare
 149 Vorgaben bei den Ökostandards und ein umfassendes Forschungs- und Förderprogramm. Wir wollen
 150 zudem die besonders betroffenen Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und -
 151 fonds unterstützen.

152 **Europäische Halbleiterindustrie stärken**

153 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn auch
 154 gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale Strukturförderung,
 155 wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Batteriezellfertigung oder Förderung der
 156 Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung entscheidend. Um kritische
 157 Abhängigkeiten zu verringern, soll die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie wie
 158 von der EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut
 159 werden. Das gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie für
 160 industrielle Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in denen eine
 161 besonders dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist. Hierzu müssen Investitionen
 162 entlang der Halbleiter-Wertschöpfungskette erhöht werden.

163 **Kreislaufwirtschaft mit einer Reparatur- und Recyclingindustrie**

164 Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe – die
 165 endlich sind und uns abhängig machen. Ob Verpackung, Auto oder Laptop – wir schaffen die
 166 gesetzlichen Grundlagen dafür, um alle Produkte lange zu verwenden, reparieren und recyceln
 167 zu können. Im Ergebnis heißt das bis 2050: kein Müll mehr, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in
 168 einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von
 169 Ressourcen und Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit stärkeren
 170 Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten und gezielten Förderprogrammen.
 171 Bis 2030 werden wir alle Güter und Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem
 172 digitalen Produktpass ausstatten, der alle wichtigen Informationen über Design,
 173 Reparierbarkeit und Materialien enthält, die wir für die Kreislaufwirtschaft brauchen.

174 **Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskultur beleben**

175 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards geforscht.
 176 Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung – müssen
 177 aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstoffefolge machen dabei Mut: Aus einer
 178 Zufallsentdeckung wurde eine völlig neue Technologie, die in Rekordzeit die Entwicklung und
 179 Produktion gleich mehrerer Corona-Impfstoffe ermöglicht hat. Vielfach mangelt es in der
 180 deutschen Wissenschaft an einer lebendigen Gründungskultur, strukturelle Hemmnisse
 181 verhindern Ausgründungen. Die bestehenden Förderprogramme reichen nicht aus. Wir wollen den
 182 Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und Entrepreneurship-

183 Ausbildungen vorantreiben. Statt unattraktiver Lizenzregelungen wollen wir die stille
184 Beteiligung der öffentlichen Institutionen zum neuen Ausgründungsstandard machen.

185 **Frauen an die Spitze**

186 Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen diverse
187 Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich deshalb
188 auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft abbilden. Obwohl
189 Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Freiwillige
190 Regelungen haben nichts gebracht. Deshalb soll zukünftig mindestens ein Drittel der
191 Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei einer Neubesetzung an eine Frau
192 gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende Elternzeitregelungen
193 im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen bei Neubesetzungen
194 einen Frauenanteil von 40 Prozent anstreben. Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind
195 oder an denen der Bund beteiligt ist, sollen mit klaren Plänen für paritätische
196 Betriebsstrukturen als gutes Beispiel vorangehen. Die Wirtschaftsförderung wollen wir
197 geschlechtergerechter ausgestalten und Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit
198 gezielten Maßnahmen fördern, zum Beispiel durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds nur für
199 Gründerinnen.

200 **Fachkräftemangel bekämpfen**

201 Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Menschen im
202 erwerbsfähigen Alter um 6 Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der
203 Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken. Dem
204 wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und berufsbegleitende
205 Bildung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine
206 Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen,
207 Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft
208 noch im Weg stehen, bauen wir ab. Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der
209 Einführung einer Talentkarte und einer schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und
210 Berufsabschlüsse, auch wechselseitig in der EU. Geflüchtete sollen die Möglichkeit zum
211 Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr Rechtssicherheit
212 und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen Betriebe,
213 die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben, bei
214 Bedarf durch Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

215 **Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik**

216 Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig. Hier
217 entstehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert Wertschöpfung in
218 den Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus
219 Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer
220 breitenwirksamen Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und Genehmigungen und einer
221 effizienten, digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und
222 Transformation. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben
223 ausgetestet und mit Anwender*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen gemeinsam
224 verbessert werden. Dafür ist die konsequente Anwendung und Verbesserung sogenannter KMU-
225 Tests auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich. Förderprogramme und
226 Investitionszuschüsse wollen wir so ausgestalten, dass sie vor allem KMU zugutekommen. Dafür
227 sollen sie deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem sollen
228 passgenaue Beratungen für Digitalisierung und Klimaschutz gefördert werden, auch über
229 längere Zeiträume.

230 **Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern**

231 Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet sich durch
232 eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom
233 mittelständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb. Das
234 Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Es bietet gerade im
235 ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive. Gerade für sie liegen in der ökologischen
236 Transformation riesige Chancen – von der Gebäudesanierung bis zum Heizungstausch. Durch die
237 Senkung der EEG-Umlage sorgen wir für bezahlbare Strompreise. Durch Bürokratieabbau, die
238 Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen
239 wir die Rahmenbedingungen verbessern. Oberstes Ziel ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit
240 der Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine stärkere
241 Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von
242 beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum Handwerk und
243 zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und Zugang zu
244 Stipendien.

245 **Kultur schafft Wohlstand**

246 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in
247 Deutschland. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und Kulturschaffenden
248 allein im Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als beispielsweise die
249 chemische Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
250 durch die Corona-Krise existenziell bedroht. Nur mit gezieltem Schutz und verbesserter
251 Förderung werden wir große Teile unseres kulturellen Lebens vor dem Wegbrechen retten
252 können. Wir erweitern den Innovationsbegriff in den Programmen zur
253 Existenzgründungsförderung, sodass davon auch die Kultur- und Kreativwirtschaft profitiert.
254 Förderprogramme schneiden wir spezifisch auf die Bedürfnisse der Kultur- und
255 Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungsförderung aus der Arbeitslosigkeit
256 bedarfsgerecht aus.

257 **Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen**

258 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfacher
259 Arbeitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf die
260 Beine helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer und sozial
261 nachhaltiger gestalten. Ein ökologischer und sozial blinder Massentourismus mit
262 klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem
263 Ressourcenverbrauch hat keine Zukunft. In einem nachhaltigen Tourismus liegen hingegen
264 riesige Chancen. Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen
265 Regionen gezielt entwickeln, zum Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und
266 Wasserwege. Mit einem Jedermannsrecht in öffentlichen Gebieten, wie in Skandinavien üblich,
267 wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nr. 1
268 werden – durch ein europäisches Nachtzugnetz und die gezielte Anbindung touristischer
269 Regionen an das Bahnnetz. So kann der Tourismus dabei mithelfen, eine Welt zu erhalten, die
270 es sich auch in Zukunft noch zu bereisen lohnt.

271 **Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen**

272 **Wohlstand neu bemessen**

273 Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel
274 breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands
275 und der Unternehmen nicht nur an Wachstum und Rendite, sondern auch anhand sozialer,
276 ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die Wirtschaftsförderung
277 entsprechend ausrichten. Dafür soll in Zukunft neben dem Jahreswirtschaftsbericht ein
278 Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser berücksichtigt dann zum Beispiel auch

279 den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten Einkommensverteilung oder auch guter Bildung
280 zum Wohlstand unserer Gesellschaft.

281 **Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten**

282 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um die
283 Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst
284 Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine gestärkte
285 Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer dekarbonisierten
286 europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine
287 ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die ökologische
288 Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen wir
289 dafür, dass die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des
290 Green Deal gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt- und Artenschutz
291 entfalten. In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen
292 Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

293 **Die Macht des europäischen Binnenmarkts für die Transformation nutzen**

294 Der europäische Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen Wettbewerb
295 auf seinen hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und
296 Gesundheitsschutz sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards wollen
297 wir im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und
298 ausbauen, denn sie stärken die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung
299 von Skaleneffekten und begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung zu
300 gestalten, müssen wir Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Die
301 globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern, indem wir sicherstellen, dass
302 Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international Verantwortung für ihre
303 Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten Wertschöpfungskette übernehmen. Die
304 Handlungsspielräume von Kommunen in Europa wollen wir erhalten und die Daseinsvorsorge vor
305 Liberalisierungsdruck schützen.

306 **Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken**

307 Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit mehr
308 zählt als kurzfristige Rendite. Wir unterstützen insbesondere Genossenschaften und
309 Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem Handeln
310 verbinden. Dafür schaffen wir zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und wollen die
311 Programme der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser Ziel ist
312 eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierten
313 Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften systematisch
314 verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den Gründungszuschuss der
315 Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch von
316 Erfolgskriterien von Social Start-ups abhängig machen. Nicht genutzte Guthaben auf
317 verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbsprüche vorhanden sind – für einen Fonds
318 nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert.

319 **Verantwortungseigentum stärken**

320 Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für Verantwortungseigentum ein.
321 Immer mehr Unternehmer*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell konsumierbares
322 Vermögen. Sie wollen, dass der Zweck ihres Unternehmens nicht dem kurzfristigen Shareholder-
323 Value dient, sondern langfristig dem Sinn und Zweck des Unternehmens. Dafür brauchen sie
324 eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen ermöglicht
325 und ansonsten die Flexibilität der GmbH beibehält. Gewinne werden reinvestiert oder
326 gespendet. Die Stimmrechte so einer „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ können von den

327 Beschäftigten im Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten werden – sie werden
328 nicht meistbietend verkauft, sondern, ähnlich wie in anwaltlichen Partnerschaften, immer an
329 aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

330 **Wir bringen die Digitalisierung voran**

331 **Eine europäische Cloud-Infrastruktur**

332 Daten sind die Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Technologien wie die
333 Künstliche Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze schaffen, um
334 eine gemeinsame, freiwillige Nutzung nicht personenbezogener Daten zum Beispiel aus
335 Entwicklungs- und Fertigungsprozessen zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Davon
336 profitiert vor allem der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für
337 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle, die eine gemeinsame und
338 durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Wir wollen eigene
339 europäische Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische Infrastruktur wollen wir
340 schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur verwirklichen.

341 **Hightech-Standort ausbauen**

342 Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler*innen und
343 Unternehmer*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer Forschungs- und
344 Unternehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und
345 entschlossenen Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche
346 Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie
347 oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir besonders
348 fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der weltweiten
349 Konkurrenz vorne mitspielen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die ökologischen
350 und sozialen Potenziale der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die
351 Lebensbedingungen der Menschheit und sichern den Wohlstand von morgen. Um im internationalen
352 Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken europäischen Vernetzung von
353 Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung und die Bildung von Clustern in diesen
354 Bereichen. Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch, die dringend benötigten
355 Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das, für Spitzenwissenschaftler*innen auch
356 Spitzengehälter zu zahlen.

357 **Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben**

358 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch
359 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
360 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf nationaler und
361 europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und
362 einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher Wagniskapitalfonds kann
363 helfen, unseren Gründer*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch mehr und
364 noch schneller zu investieren. Es geht aber auch darum, Kapital eine Richtung zu geben. Der
365 Zukunftsfonds muss mehr nachhaltige Leuchtturm-Projekte finanzieren, dabei insbesondere in
366 Bereiche wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität oder Life-Sciences,
367 deren hochkomplexe Geschäftsmodelle keine einfache Finanzierung am Markt bekommen.

368 **Internetgiganten regulieren**

369 Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen Märkten ein.
370 Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internetgiganten wird dieser eingeschränkt oder gar
371 aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch das Bundeskartellamt
372 geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender Konkurrenz („Killer
373 Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine Gelegenheit zur

374 Stellungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer digitalen Dienste sowie
375 Datenportabilität sind wo immer möglich von bereits marktbeherrschenden Unternehmen
376 verpflichtend zu gewährleisten. Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen Kartellamts
377 wollen wir deshalb eine europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem
378 fungiert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.
379 Unternehmen sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn
380 ihre Marktmacht zu groß wird.

381 **Mehr Frauen in der Digitalwirtschaft**

382 Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre
383 Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der
384 Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für
385 Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir brauchen an
386 den Hochschulen eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für
387 Informatikstudiengänge sowie mehr Frauen in den Hochschulgremien, wo diese
388 Richtungsentscheidungen getroffen werden. In der Digitalbranche ist ein Kulturwandel
389 erforderlich, auch um unser volles Innovationspotenzial auszuschöpfen. Freiwillige und
390 verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um diskriminierungsfreie
391 Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu Gestaltungspositionen in der digitalen
392 Transformation zu ermöglichen. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein Leitprinzip
393 für alle Digitalstrategien sein.

394 **Transparente Algorithmen**

395 Datenverarbeitende und selbstlernende Systeme haben das Potenzial, neues Wissen zu
396 generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Autonom entscheidende Systeme sind
397 nicht neutral. Sie beruhen auf Daten und damit auch auf Werten und Vorurteilen aus der
398 analogen Welt. Wir wollen daher Transparenz, Überprüfbarkeit und Grenzen, damit
399 algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir schaffen einen nach
400 Risiken abgestuften Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer Systeme, klare Regeln zur
401 Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz und zur Datenqualität, um Kontrolle und Haftung zu
402 ermöglichen. Das bedeutet auch eine Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
403 sowie strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen
404 Entscheidungen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter müssen
405 ihre automatisierten Entscheidungen, Vergleiche oder Preise transparent machen und erklären
406 können.

407 **IT-Sicherheit als Standortfaktor**

408 Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die
409 Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese zu
410 gewähren. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger Standortfaktor. Wer digital
411 souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller nicht
412 unterlaufen. Wir setzen Anreize für beste IT-Sicherheit durch unabhängige Auditierungen und
413 Zertifizierungen und wollen vor allem die KMUs sehr viel stärker durch ein dezentrales und
414 unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk unterstützen. Wir stärken unabhängige Aufsichtsstrukturen
415 und schaffen neue Sanktionsmechanismen. Die IT-Sicherheit gefährdende Maßnahmen, wie den
416 Handel und das staatliche Offenhalten von Sicherheitslücken, wollen wir beenden und eine
417 Meldepflicht schaffen.

418 **Wir kämpfen für einen fairen und nachhaltigen Handel**

419 **Neustart für gute Handelsverträge**

420 Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur Vertiefung
421 internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in Zeiten,
422 die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen demokratischen Staaten
423 und China stehen, setzen wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen
424 multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen dienen, die
425 Umwelt- und Klimaschutz einfordern und die Beziehungen mit unseren Partnern im Einsatz für
426 Demokratie und Freiheit stärken. Eine Zersplitterung von Handelsbeziehungen erschwert ein
427 internationales Miteinander. Die Chance, mit der neuen US-Administration die
428 Handelskonflikte beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale Produkte zu
429 schaffen, wollen wir ergreifen. Umweltschädliche Abkommen wie das EU-Mercosur-Abkommen mit
430 lateinamerikanischen Staaten lehnen wir ab. Europa kann aufgrund des großen gemeinsamen
431 Binnenmarktes selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische Handelsverträge
432 müssen verbindliche und durchsetzbare Umwelt- und Sozialstandards enthalten. Dazu zählt, das
433 Pariser Klimaschutzabkommen sowie ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und einklagbar zu
434 machen. Handelsabkommen sollten nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch ihre
435 Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns für einen multilateralen Handelsgerichtshof bei den
436 Vereinten Nationen ein, der beides abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch Handels-
437 und Investitionsklagen nicht noch mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien für
438 ausländische Investoren ab. Die EU sollte aus dem vollkommen aus der Zeit gefallenem
439 Energiecharta-Vertrag aussteigen. Am CETA-Abkommen haben wir erhebliche Kritik. Wir wollen
440 daher das CETA-Abkommen in seiner derzeitigen Fassung nicht ratifizieren, sondern es bei der
441 Anwendung der derzeit geltenden Teile belassen.

442 **Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb**

443 Damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer*innen gelten, muss Europa
444 reagieren können, wenn aus Drittländern mit unfairen Mitteln auf dem europäischen
445 Binnenmarkt agiert wird, sowie eine aktive Außenwirtschaftspolitik betreiben. Dafür müssen
446 Anti-Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente weiterentwickelt werden, um ein Level Playing
447 Field auf globalen Märkten zu erreichen. Die Anti-Dumping-Regeln müssen noch stärker als
448 bisher auch bei Dumping durch niedrige ökologische und soziale Standards anwendbar sein.
449 Durch eine Reform des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich
450 geförderte Konzerne aus anderen Weltregionen verhindert werden. Die deutsche Exportförderung
451 muss in Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions
452 unterstützen, die Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Mit der EU-
453 Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter
454 Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil wird. Fairer Wettbewerb braucht auch neue
455 rechtliche Instrumente gegen den wettbewerbsverzerrenden Charakter von Subventionen
456 ausländischer Regierungen für aufgekaufte europäische Unternehmen und deren Produktionen in
457 Europa.

458 **Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden**

459 Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig, wie fair
460 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden. Dieser muss sich
461 am Pariser Klimaabkommen sowie an der Agenda für nachhaltige Entwicklung orientieren. Es
462 braucht im Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte
463 Handelspolitik mit den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung, regionalen
464 Handel und Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und Quoten ihre
465 Märkte zu schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu
466 beschränken. So wird der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für
467 Entwicklungsländer auf verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden.

468 **Lieferkettengesetz europäisch umsetzen**

469 Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur basiert,
 470 obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards sowie
 471 Menschenrechte entlang der gesamten internationalen Produktions- und Lieferkette
 472 durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler
 473 wie europäischer Ebene. Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar,
 474 auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können.
 475 Zugleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und
 476 schafft Rechtssicherheit. Auf EU-Ebene werden wir uns zudem für einen Importstopp für
 477 Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und
 478 Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird Wald, insbesondere so
 479 wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender Geschwindigkeit abgeholzt und
 480 abgebrannt – auch für den Anbau von Soja und Palmöl oder zur Produktion von Leder, die in
 481 die EU importiert werden. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken und Strategien zur
 482 Reduktion von Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Zur Kompensation gerodeter Wälder
 483 fördern wir hier und weltweit Wiederbewaldung und Renaturierung ohne Monokulturen.

484 **Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger**

485 **Grüne Finanzmärkte**

486 Noch immer werden Milliarden in fossile Energien – und damit gegen unsere Zukunft –
 487 investiert. Wir werden durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus diesen
 488 Investitionen zurückzieht. Öffentlich-rechtliche Banken und Pensionsfonds müssen eine
 489 Vorreiterrolle bei der grünen Finanzwende und dem Divestment einnehmen. Klimarisiken sollen
 490 offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden sowie bei
 491 Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine
 492 Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind neben
 493 den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und
 494 Entwicklungsziele zu berücksichtigen. In der Anlageberatung muss diese Bewertung einfließen.
 495 Für besonders nachhaltige Finanzprodukte wollen wir ein EU-Label schaffen. So sorgen wir
 496 dafür, dass Kapital von schmutzigen in grüne und nachhaltige Investitionen umgelenkt wird.

497 **Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt**

498 Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die staatliche
 499 Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die Bilanzen
 500 blickte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder Bilanzen
 501 durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen, dass
 502 Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer*in wechseln müssen.
 503 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die sie
 504 prüfen. Wirtschaftsprüfer*innen sollen nicht vom Unternehmen selbst, sondern von
 505 Unabhängigen ausgewählt werden. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel gesetzlich
 506 verankert werden. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich beaufsichtigt
 507 werden. Die persönliche Haftung von Entscheider*innen in Unternehmen muss bei
 508 Rechtsverstößen tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und kompetent
 509 besetzt werden. Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg
 510 statt am kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

511 **Eine Finanzaufsicht mit Zähnen**

512 Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Misstände aufzeigt, statt sie zu
 513 ermöglichen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig zuvor,
 514 kläglich versagt. Als Aufseher verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und zeigte
 515 Journalist*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein für
 516 Wirecard gleich. Anleger*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich auch

517 das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche
518 Unternehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und
519 Selbstverständnis der BaFin müssen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine
520 Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens. Wir
521 wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die Informationen mit
522 allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht.

523 **Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden**

524 Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr für die
525 Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die
526 Steuerzahler*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken sollen
527 nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer
528 undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die
529 Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs schließen wir,
530 jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein. Wir werden die Schuldenbremse (Leverage
531 Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise erhöhen. Das riskante
532 Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden
533 (Trennbankensystem). Es braucht eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken sollen
534 entflochten werden. Für kleine Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem ausgeht,
535 sollten hingegen einfachere Regeln gelten. Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir,
536 unter anderem durch eine europäische Finanztransaktionssteuer mit breiter
537 Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen.

538 **Schmutziges Geld einziehen**

539 Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden
540 Strategie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und sonstigen
541 Konstrukten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten bestehen.
542 Lücken und Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen. Die
543 Finanzaufsicht muss in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt
544 Verdachtsmeldungen nur weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei Immobilien, bleibt
545 Geldwäsche besonders oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für Prüfungen,
546 Ressourcen und Personal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Geldwäsche
547 soll vollständig auf den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden wir
548 umfassend abschöpfen. Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen wir
549 erleichtern und die Dauer von Transaktionsverbieten verlängern, um die Strafverfolgung zu
550 sichern.

551 **Digitalen Euro einführen**

552 Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem, schnell und
553 kontaktlos und soll noch sicherer werden. Wir wollen, dass die Europäische Zentralbank (EZB)
554 einen digitalen Euro schafft. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit für
555 Verbraucher*innen und Unternehmen. Sie wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole
556 entgegen. Private Firmen können auf dieser Grundlage Produkte und Apps aufbauen. Ein
557 digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab, sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung des
558 Geld- und Währungsmonopols durch private Währungen lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen
559 Zahlungen und Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu
560 Regelungen beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur Bekämpfung von
561 Verbrechen wie Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder,
562 Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen
563 Bezahlers klare Regeln.

564 **Wir vollenden die Europäische Wirtschafts- und** 565 **Währungsunion**

566 **In Europas Zukunft investieren**

567 Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen Infrastruktur.
568 Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß gefahren
569 und nicht investiert wurde. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der
570 Batterieproduktion droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU konsequent
571 in Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür weiten wir den EU-
572 Haushalt deutlich aus und statten ihn mit eigenen Einnahmen aus. Die EU soll die Einnahmen
573 des CO₂-Grenzausgleichs erhalten. Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und
574 möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Den neu geschaffenen
575 Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt, ermöglichen so
576 eine demokratische Kontrolle und nutzen ihn auch dauerhaft, um in wichtige Zukunftsbereiche
577 zu investieren, etwa gemeinsame europäische Energienetze oder ein Schnellbahnnetz. Wir
578 wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so
579 reformieren, dass ein zu hoher Spardruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen
580 Mitgliedsländern weiter erhöht werden können.

581 **Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen**

582 Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik Europas
583 verhindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU ein Instrument für eine
584 dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält, dessen Einsatz im Krisenfall nicht durch einzelne
585 Länder blockiert werden kann, sondern das den gemeinsamen europäischen Institutionen
586 untersteht. Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird zu einem europäischen Währungsfonds
587 weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine nicht konditionierte kurzfristige
588 Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten schon im Vorfeld abgewendet. Die
589 Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung als Rückversicherung vollendet,
590 damit ein Euro überall gleich viel wert ist. Wir stehen zur Unabhängigkeit der Europäischen
591 Zentralbank und befürworten ein breiteres Mandat, das ihr erlaubt, gleichberechtigt zur
592 Preisstabilität auch Wohlstandsmehrung und hohe Beschäftigung anzustreben. Durch eine
593 gemeinsame Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und sorgen dafür, dass sie künftige
594 Brände nicht wieder alleine löschen muss.

595 **Euro zur Leitwährung machen**

596 Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung
597 entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein
598 starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen Weltwährungssystem
599 finden. Der Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die europäische
600 Werte auf der globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische
601 Vermögenswerte schaffen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie Investitionen
602 in Klimaschutz soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die internationale
603 Rolle des Euro zu stärken, braucht es aber auch inner-europäische Solidarität: Wir wollen
604 Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie wirtschafts-
605 und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

606 **Wir haushalten solide, weitsichtig und gerecht**

607 **Bundeshaushalt wird zukunftstauglich**

608 Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger und gerechter machen. Nachhaltiger wird er, wenn
609 wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch subventionieren die
610 öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro klimaschädliches Verhalten,

zum Beispiel mit der Subvention für Diesel oder schwere Dienstwagen. Wir werden diese Subventionen schrittweise abbauen und den Bundeshaushalt klimagerecht machen. In einem ersten Schritt können wir so über 10 Milliarden Euro jährlich einnehmen und sie für die Finanzierung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des Bundes streben wir eine Klimaquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung dieser nachhaltigen Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit Gender-Budgeting erreichen wir eine konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter.

619 **Sorgsamer Umgang mit Steuergeld**

In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt verschwendet. Die Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in teure Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben sich für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer erwiesen. Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Wir werden künftig Transparenz herstellen und ÖPP-Verträge veröffentlichen. Infrastruktur wird die öffentliche Hand künftig wieder selbst finanzieren und kann so auf ÖPP-Verträge verzichten. Im Straßenbau wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle bei Bauvorhaben und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert.

629 **Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen**

Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben aber ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland gehört beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden. Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz zeitgemäß gestalten – um die so dringenden Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte Kreditaufnahme. So schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt. Das schafft ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das sicherstellt, dass unsere Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft weiter abnehmen. Die kluge Unternehmerin spart nicht, sie investiert. Der kluge Staat tut es ihr gleich.

643 **Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens. Angesichts der Corona-Krise wird die öffentliche Haushaltsslage in den kommenden Jahren sehr angespannt sein. Daher müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens aufkommensneutral sein. Ziel ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent. Zusätzlich werden hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen. Die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge schaffen wir ab und besteuern diese Einkommen wieder progressiv. Damit zahlen diejenigen mit hohen Zinseinkommen und Spekulationsgewinnen höhere Steuern, Aktienkleinanleger*innen werden entlastet. Mit der immer stärker steigenden Ungleichheit finden wir uns nicht ab, sondern wollen große Vermögen nach der Corona-Krise wieder besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente. Die

660 Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die
661 Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wachsenden
662 Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von 2 Millionen
663 Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen
664 werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen.
665 Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und die
666 besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen
667 berücksichtigen.

668 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorgehen**

669 Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler*innen hohe Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung
670 und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie dagegen
671 vorgehen. Die europäische Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine Verpflichtung
672 für rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Zusätzlich zur bestehenden Steuerpflicht
673 nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität eingeführt, um rein
674 steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern. Wir werden regelmäßig die Steuerlücke
675 schätzen lassen. Die Steuerverwaltung muss deutlich gestärkt werden. Um Vollzugsdefizite bei
676 der Bekämpfung von Steuervermeidung großer Konzerne und reicher Bürger*innen zu beheben,
677 schaffen wir eine Spezialeinheit auf Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir härter, die
678 Umgehung der Grunderwerbsteuer mit Share-Deals muss endlich unterbunden werden. Cum-ex- und
679 Cum-cum-Geschäfte beenden wir, wo sie immer noch möglich sind.

680 **Konzerne angemessen besteuern**

681 Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe. So fehlen
682 Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen verschaffen sich unfaire
683 Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen. Wir wollen dafür sorgen, dass Konzerne
684 ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich machen müssen,
685 und setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung eines solchen Country-by-Country-
686 Reportings auf europäischer Ebene ein. In Europa führen wir eine gemeinsame
687 Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von
688 mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google, Facebook und Co. werden mit einer
689 Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Banken und Steuerberater*innen verbieten
690 wir, Geschäfte in Steuersümpfen zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir setzen uns dafür
691 ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU überzugehen. Soweit
692 europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter Zusammenarbeit oder
693 gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen mit einer
694 verschärften Zins- und Lizenzschränke und mit Quellensteuern vor.

PB.S-01 Kapitel 3: Solidarität sichern

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-S Kapitel 3: Solidarität sichern

- 1 Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich unterhakt
2 und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für unser
3 individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die Gefahr ist,
4 wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte
5 Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen.
6 Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an – zu
7 verbessern: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein
8 Sicherheitsversprechen zu geben, das umso stärker ist, je mehr Unterstützung gebraucht wird.
9 Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen dafür
10 nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften ohne existenzielle Not sind
11 krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften stärker.
- 12 Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor Augen
13 geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist. Wie zentral eine
14 Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat
15 sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit bewahrt. Sie
16 hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird schneller krank.
17 Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege, der Erziehung
18 und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in Entscheidungsprozessen
19 weniger repräsentiert. Selbständige, die ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen
20 ohne Verdienst in Existenzangst oder -not. Wer die Kinder allein erzieht, ist durch
21 Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die Pandemie hat uns
22 auf unsere individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist, der Garten
23 fehlt, aber die Schwimmhalle dicht ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.
- 24 Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem
25 neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen
26 Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten
27 persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere
28 Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz,
29 unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten Räumen des
30 Miteinanders werden.
- 31 Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden, Osten oder
32 Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige
33 Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals noch
34 unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso einen
35 Zugang zu Ärzt*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie Städter*innen.
36 Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden können.
37 Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis weit in
38 die Mittelschicht hinein eine der Existenz.

39 Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung garantieren,
 40 aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern und der
 41 Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die Vorzeichen
 42 ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen Auftrag
 43 entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu Geburtshilfe und
 44 Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr
 45 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige
 46 oder Freund*innen pflegen.

47 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten für viele
 48 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber Angst lähmt
 49 und macht mürbe. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die Risiken
 50 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und durch
 51 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische Mitbestimmung
 52 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in eine sozial-
 53 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass Transformation
 54 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs schaffen, mit
 55 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

56 **Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien**

57 **Kinder in den Mittelpunkt**

58 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf
 59 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern
 60 haben ganz eigene Bedürfnisse, die bei Entscheidungen angehört, mitgedacht und abgewogen
 61 werden müssen. Wir werden deshalb sicherstellen, dass das Wohl von Kindern bei staatlichen
 62 Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommt. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der
 63 Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen
 64 Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und
 65 Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen
 66 Hintergrund, altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die Jugendarbeit
 67 spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit einem
 68 Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Werdende Demokrat*innen brauchen Mitmach- und
 69 Medienkompetenz sowie politische Bildung, die wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen
 70 und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell stärken. Beim Aufbau oder der Auswahl von
 71 Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche
 72 betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im Baugesetzbuch
 73 berücksichtigen.

74 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

75 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem
 76 bei Alleinerziehenden oder Geringverdienenden mit Kindern reicht das Geld oft vorn und
 77 hinten nicht. Jedes Kind verdient unsere Unterstützung. Daher wollen wir Familien stärken
 78 mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung: der Kindergrundsicherung.
 79 Unser Vorschlag: Kindergeld, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für
 80 Bildung und Teilhabe in eine neue eigenständige Leistung zusammenzufassen. Mit der
 81 Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in Familien mit
 82 geringen oder gar keinem Einkommen bekommen zusätzlich noch einen GarantiePlus-Betrag. Je
 83 niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach einmaliger
 84 Beantragung bei Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch berechnet und
 85 ausgezahlt. So kommt die Kindergrundsicherung garantiert bei jedem Kind an und Schritt für
 86 Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen

87 auch mehr. Die Kindergrundsicherung verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder
88 zum Leben brauchen.

89 **Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder**

90 Ob Kita, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder Angebote der
91 Jugendarbeit – die Kinder- und Jugendhilfe begleitet Familien beim Aufwachsen der Kinder.
92 Sozialarbeiter*innen und Pädagog*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck
93 Enormes. Durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete
94 Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen. Leistungsansprüche von Kindern und
95 Jugendlichen mit körperlichen und geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen
96 Sozialgesetzbuch für Menschen mit Behinderungen geregelt. Das grenzt aus. Mit einem
97 Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und
98 Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche mit
99 Behinderungen und ihre Eltern richten. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem
100 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die
101 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der
102 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können
103 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden.

104 **Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt**

105 Kinder und Jugendliche wachsen als Digital Natives auf, sie sollen sicher und selbstbestimmt
106 mit Tablets, Smartphones und Co. umgehen können. Wir stärken die digitale Bildung als
107 Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Kitas, Schulen und der Jugendhilfe, mit Fortbildungen für
108 Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern. Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben
109 können, das geht nur mit entsprechender Hardware: Kinder in Familien im Hartz-IV- oder
110 Kinderzuschlags-Bezug sollen für die Schule einen Laptop erhalten, wenn sie diesen
111 benötigen. Kinder und Jugendliche brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie
112 Hassrede, Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt, dem Mobbing im Netz wollen wir einen
113 Riegel vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie, mit verpflichtenden
114 sicheren Voreinstellungen für Plattformen und leicht auffindbaren Beschwerdemöglichkeiten.
115 Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private Anbieter werden wir Kinder schützen.

116 **Kinder vor sexualisierter Gewalt schützen**

117 Für viele Kinder und Jugendliche ist sexualisierte Gewalt leidvoller Alltag. Dagegen gehen
118 wir hart vor – mit starker Prävention, konsequenter Strafverfolgung und einem Maßnahmenpaket
119 zur Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das oberste
120 Ziel ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung und gelebte
121 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut werden.
122 Basiswissen über Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Schutz bei Kindeswohlgefährdung und
123 Missbrauch gehören in die Curricula für Jura, Medizin, Pädagogik und Polizei. Die
124 Fortbildungspflicht für Familienrichter*innen und die Anforderungen an die Qualifikation von
125 Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln. Die wichtige Arbeit des Unabhängigen
126 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine gesetzliche
127 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern. Wir werden bundesweit spezialisierte
128 Fachberatungsstellen und telefonische sowie Online-Beratungsangebote finanziell absichern.

129 **Mehr Zeit für Familien**

130 Den Kopf frei haben für die Familie, die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser
131 Ziel. Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro
132 Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt
133 werden. Wird die KinderZeit Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend
134 den Bezugszeitraum. Sie kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch

135 bei älteren Kindern kann mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Wir unterstützen Eltern dabei,
136 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in
137 eine ausgewogene Balance zu bringen, Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen und
138 Teilzeitfallen zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job entscheiden müssen,
139 darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und
140 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten beiden
141 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen zusätzlichen
142 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch hier auf 14
143 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des Kindes
144 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem
145 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten.

146 **Alleinerziehenden den Rücken stärken**

147 Alleinerziehende leisten enorm viel und sind dennoch besonders oft von Armut bedroht. Mit
148 der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der Neuermittlung der Mindestbedarfe von
149 Kindern steigt auch der Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur
150 die Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es bei
151 der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die Ausübung des
152 Umgangs, egal nach welchem Modell, angemessen berücksichtigt. Für Eltern im
153 Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen. Ob wichtiger Abendtermin
154 im Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch – Kinder können und sollten nicht immer dabei
155 sein. Es gilt, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für
156 ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Das gilt besonders im
157 Krankheitsfall, denn Kinder und Haushalt müssen trotzdem versorgt sein.

158 **Absicherung für alle Familienformen**

159 Ob Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig und diese Vielfalt
160 muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der
161 Familie oft Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber
162 auch nach Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei
163 Ärzt*innen ist es nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der
164 Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einer elterlichen Mitverantwortung, die
165 auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden kann, geben
166 wir allen Beteiligten mehr Sicherheit. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht mehr durch das
167 langwierige Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das Abstammungsrecht
168 zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in heterosexuellen Ehen automatisch
169 als zweites rechtliches Elternteil gilt. Bei Kinderwunsch sollen auch nichteheliche
170 Lebensgemeinschaften und lesbische Paare die Möglichkeit einer Kostenerstattung für die
171 künstliche Befruchtung erhalten. Verantwortung wird nicht nur da füreinander übernommen, wo
172 Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue Rechtsform schaffen,
173 die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig
174 von der Ehe rechtlich absichert.

175 **Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne**

176 **Mindestlohn anheben**

177 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen. Aber
178 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit
179 schlechten Löhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon
180 Frauen betroffen. Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf
181 12 Euro anheben. Für weitere Erhöhungen soll die Mindestlohnkommission den Auftrag bekommen,
182 dass der Mindestlohn wirksam vor Armut schützen und mindestens der Entwicklung der

183 Tariflöhne entsprechen muss. Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn
184 für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Ohne
185 sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den vielfachen
186 Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels
187 Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz stärken,
188 damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing und
189 Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen besser davor schützen.

190 **Vollbeschäftigung schaffen**

191 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter
192 Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und Selbstverwirklichung.
193 Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter erhöhen
194 und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. Mit
195 dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung sowie
196 Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche Arbeitsmarkt war
197 dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche Lohnsteigerungen für
198 Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und
199 stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten Arbeitspolitik
200 entgegenreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocknen den Niedriglohnsektor
201 mittelfristig aus. Langzeitarbeitslose brauchen eine besonders intensive Betreuung durch die
202 Arbeitsagentur, für Menschen ohne Perspektiven am ersten Arbeitsmarkt schaffen wir einen
203 dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt.

204 **Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen**

205 Die Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen
206 Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie meistens
207 für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und starke
208 Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten.
209 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum
210 Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf
211 ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für
212 allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Betriebsräte,
213 die sich für Mitarbeiter*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt
214 auch für die Beschäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die
215 Mitbestimmungsrechte wollen wir ausbauen und modernisieren, wenn es um die
216 Personalentwicklung, die Stärkung von Frauen und die Verbesserung der Klimabilanz im
217 Unternehmen geht. Der Wandel der Arbeitswelt, den Digitalisierung und ökologische
218 Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den Beschäftigten im Betrieb gestaltet
219 werden.

220 **Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen**

221 Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und
222 Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei
223 Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu
224 einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger
225 Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten Belastungsprobe
226 – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg*innen fehlen. Homeoffice kann
227 zudem auch zur Entgrenzung von Arbeit und zum Abbau des bisherigen Arbeitsortes außerhalb
228 der eigenen vier Wände führen. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen
229 wir daher erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf Homeoffice einführen – mit Blick auf
230 betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen. Ein
231 Arbeitsplatz im Unternehmen muss aber ebenfalls allen zur Verfügung stehen.

232 **Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit**

233 Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche oder
 234 psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich selbst
 235 oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten, wie
 236 beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der
 237 Automobilbranche vorgeschlagen hat, können eine Chance sein, Arbeit gerechter zu verteilen,
 238 Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer*innen zu entlasten. Wir wollen Beschäftigte in der
 239 Pflege, in der die Belastung besonders hoch ist, mit besseren Arbeitsbedingungen
 240 unterstützen und deshalb die 35-Stunden-Woche einführen. Darüber hinaus wollen wir die
 241 Möglichkeiten aller Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu
 242 bestimmen – gerade um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern –, verbessern.
 243 Dafür wollen wir die starre Vollzeit zu einer Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden bei
 244 flexiblem Arbeitszeitkorridor umgestalten. Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der
 245 Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie wollen
 246 wir konsequent umsetzen.

247 **Arbeitsversicherung stärkt Chancen**

248 Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die
 249 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür ist ein
 250 Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In einer
 251 Welt, in der häufige Berufswechsel für viele Menschen Normalität sind und man nicht mehr
 252 automatisch 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und
 253 Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es eine
 254 Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und Menschen bei
 255 der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen damit
 256 vereinfacht werden. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich erleichtern und
 257 bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf
 258 Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige Berufstätigkeit muss sozial besser abgesichert
 259 werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung und
 260 schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbständigen auch mit Wahlтарifen. Wir wollen
 261 Gründungen aus Phasen der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise
 262 zurückgeworfene junge Berufsanfänger*innen mit einem Einstiegszuschuss eine Brücke in den
 263 Arbeitsmarkt bauen.

264 **Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit**

265 Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr
 266 Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden sogar
 267 ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten und
 268 die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und
 269 Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue Formen von
 270 Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen Scheinselbständigkeit verhindern, indem
 271 wir bei der Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für
 272 mehr Rechts- und Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer*in einer Plattform
 273 angibt, einen Arbeitnehmerstatus zu haben, soll künftig der/die Auftraggeber*in beweisen,
 274 dass dem nicht so ist. Unfares Preis-Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für
 275 zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden. Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-
 276 Selbständige, die für Plattformen tätig werden, sollen sich künftig leichter tariflich
 277 organisieren können, und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen
 278 vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.
 279 Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer*innen. Wir wollen mit

280 klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen
281 Geschäftsbedingungen für Fairplay bei der Plattformökonomie sorgen.

282 **Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen** 283 **Nachbarstaaten**

284 In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen
285 Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel Freiheit
286 gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen
287 Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das schlaglichtartig
288 gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen vielfach
289 ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie hier
290 arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg*innen. Dafür
291 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, ein
292 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische Sozialversicherungsnummer, höhere
293 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, eine bessere Regulierung der
294 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde.
295 Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte informiert werden.

296 **Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern**

297 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

298 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir immer
299 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb
300 so viel wie Männer, was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Wir
301 werden ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine Betriebe gilt
302 und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern und
303 über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten. Dieses Gesetz muss auch
304 ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen Benachteiligungen auch
305 Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf sich allein gestellt
306 sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb werden wir
307 Tarifpartner*innen und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu
308 überprüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden,
309 eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, zum Beispiel in Form besserer
310 Arbeitsbedingungen, besserer Bezahlung oder besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

311 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken**

312 Um das eigene Leben selbst gestalten zu können, ist es vielen Frauen wichtig, wirtschaftlich
313 unabhängig zu sein. Deshalb müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt werden.
314 Wir wollen für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der
315 Berufswahl bis zur Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und
316 Rentner*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und
317 Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen
318 eingeschränkte Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen wollen wir durch eine
319 gendersensible Berufsberatung erweitern. Die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert,
320 wollen wir aufbrechen. Dies gelingt auch durch eine kluge Zeitpolitik, die es auch
321 Partner*innen erleichtert, Verantwortung in der Familie zu übernehmen und Arbeit
322 geschlechtergerecht aufzuteilen. Diskriminierungen am Arbeitsmarkt begegnen wir mit einem
323 Verbandsklagerecht, das die Einzelne stärkt, und durch ein echtes Recht auf die Rückkehr in
324 Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt.

325 **Gleichberechtigung auch bei der Steuer**

326 Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele Paare
 327 Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der Fall
 328 war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer Frau,
 329 die höchstens zuverdient und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert. Dieses
 330 Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Alleinerziehende und nicht verheiratete
 331 Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und Frauen gleichzeitig nicht
 332 wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die Nachteile zu spüren, zum
 333 Beispiel durch weniger Kurzarbeits- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit Minijobs und
 334 der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die Erwerbstätigkeit
 335 von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung
 336 mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer soll die/der heute über
 337 Gebühr belastete Zweitverdiener*in entlastet werden, indem das Faktorverfahren zur Regel und
 338 die Steuerklasse 5 für Zuverdiener*innen abgeschafft wird. So sorgen wir dafür, dass
 339 gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden. Paare, die bereits
 340 verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagern oder weiterhin das
 341 Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung
 342 Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir
 343 mit einer Steuergutschrift.

344 **Wir sichern die sozialen Netze**

345 **Garantiesicherung statt Hartz IV**

346 Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne
 347 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine
 348 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle
 349 Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer
 350 Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein
 351 selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Mindestsicherung, die
 352 nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Sie schafft durch die
 353 Abschaffung der bürokratischen Sanktionen Raum und Zeit in den Jobcentern für wirkliche
 354 Arbeitsvermittlung und Begleitung. Dafür wollen wir die Regelsätze schrittweise anheben,
 355 sodass sie das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicherstellen. Die Leistungen der
 356 Garantiesicherung wollen wir schrittweise individualisieren. Die Anrechnung von Einkommen
 357 werden wir attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit auch in Teilzeit zu
 358 einem spürbar höheren Einkommen führt. Vermögen werden künftig unbürokratischer und mit
 359 Hilfe einer Selbstauskunft geprüft.

360 **Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit** 361 **Behinderungen**

362 Menschen mit Behinderungen haben ein Recht darauf, gleichberechtigt wohnen, lernen und
 363 arbeiten zu können und die Unterstützung zu wählen, die sie dafür brauchen. Leistungen zur
 364 Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer Bildung gewährt
 365 werden. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür Arbeitgeber*innen, die
 366 Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen, den Wechsel von Werkstätten in
 367 den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und Menschen, die das Budget für Arbeit nutzen, in der
 368 Arbeitslosenversicherung absichern. Ziel ist, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln
 369 und Teilhabe zu garantieren – kein Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen,
 370 echtes Wunsch- und Wahlrecht, Leistungen zur Teilhabe unabhängig von Einkommen und Vermögen
 371 der Leistungsberechtigten. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach sein und
 372 Entscheidungen im Sinne der behinderten Menschen schnell erfolgen.

373 **Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU**

374 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und Mindeststandards
 375 europaweit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die
 376 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische Arbeits- und
 377 Sozialstandards essenziell. Wir machen uns für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie
 378 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige
 379 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in Europa dafür sorgen,
 380 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen die Europäischen Betriebsräte
 381 stärken und die paritätische Mitbestimmung in den Kontroll- und Leitungsorganen europäischer
 382 Unternehmen ausbauen, die mehr als 1.000 Beschäftigte haben. Unser langfristiges Ziel ist,
 383 dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte als Grundrechte
 384 gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sind.

385 **Eine verlässliche Alterssicherung für alle**

386 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent hat für uns hohe Priorität. Bei
 387 einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente angewiesen und die
 388 Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu sichern, wollen wir
 389 die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit erhöhen, ein
 390 echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer
 391 Arbeitnehmer*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber*innen
 392 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre Beschäftigung
 393 muss überwunden werden, denn nur gute Löhne führen auch zu einer guten Rente. In einem
 394 ersten Schritt zu einer Bürgerversicherung sorgen wir dafür, dass anderweitig nicht
 395 abgesicherte Selbständige, denen sonst Altersarmut droht, und Abgeordnete in die gesetzliche
 396 Rentenversicherung aufgenommen werden. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die
 397 Grundrente reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln. Grundsätzlich
 398 halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst
 399 darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen.

400 **Ein Bürgerfonds für die Rente**

401 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester-
 402 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt. Die Produkte sind teuer und
 403 undurchschaubar und haben zum Teil eine geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel
 404 sind sie oft nur für die Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung.
 405 Deswegen haben bei weitem nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester-Rente
 406 durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen und in diesen überführen. Durch den
 407 Bürgerfonds profitieren die Menschen am Wertezuwachs der Wirtschaft. Der Fonds kann
 408 langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürgerfonds
 409 zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die
 410 Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichten
 411 kann. Der Bürgerfonds wird politisch unabhängig verwaltet und investiert nachhaltig. Er
 412 investiert langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. Für
 413 Kleinsparer*innen gewährleistet er eine attraktive Rendite bei überschaubarem Risiko. Alle
 414 Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten und können den
 415 Bürgerfonds als Standard dafür nutzen.

416 **Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert**

417 **Vorsorge als Leitprinzip**

418 Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung sicherstellen – aber gute
 419 Gesundheitspolitik setzt schon vorher an. Wer in der Fleischindustrie unter prekären
 420 Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an der vielbefahrenen Straße wohnt
 421 oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat eine höhere

422 Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung.
 423 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen von
 424 Krankheiten bekämpft und vorausschauend handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu
 425 reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame Gesundheitsziele und eine Ausweitung der
 426 Gesundheitsberichterstattung Krankheitsursachen und der Stand der gesundheitlichen
 427 Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention, Gesundheitsförderung und
 428 gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen
 429 Politikbereichen verfolgen. Um uns gegen klimawandelbedingte Hitzewellen zu wappnen, werden
 430 wir einen Sonderfonds zur Umsetzung von Hitzeaktionsplänen etablieren.

431 **Für Pandemien gewappnet sein**

432 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien besser
 433 gewappnet sein muss. Spätestens jetzt ist der Moment, die Krankenhaus- und Notfallversorgung
 434 zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in den Gesundheitsämtern, beherzt
 435 voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv und nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen
 436 Stufen zur Eindämmung von Pandemien im Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutzpläne
 437 aktualisiert und soll ein unabhängiger und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet
 438 werden. Wir investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten oder der
 439 Entwicklung neuer Testverfahren. Auch die Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten
 440 soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung, zum Beispiel mit
 441 Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden. Auf europäischer
 442 Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die gemeinsame
 443 Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches
 444 Frühwarnsystem. Daher setzen wir uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer europäischen
 445 Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren
 446 soll. Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir
 447 stärken und uns für eine engere Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

448 **Gesundheitsämter stärken**

449 Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere
 450 Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und Menschen ein
 451 gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch bei der mobilen Zahnärzt*in in der Schule oder die
 452 Impfkation im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert erreicht,
 453 braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im
 454 Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsämtern, universitären Strukturen der öffentlichen
 455 Gesundheitsfürsorge und einem neu zu schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam
 456 eine starke Säule der öffentlichen Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll
 457 gemeinsame Gesundheitsziele und Qualitätsvorgaben für die Verbesserung der Versorgung
 458 entwickeln und bestehende Strukturen des Bundes zur Förderung der Gesundheit bündeln. Bisher
 459 sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und unterbesetzt, die personelle und
 460 technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen deshalb, dass Bund und
 461 Länder gemeinsam dafür sorgen, dass künftig 1 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben in
 462 den Öffentlichen Gesundheitsdienst fließt. Amtsärzt*innen müssen besser bezahlt werden. Auch
 463 pflegerische Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte Community Health
 464 Nurses oder in der Schulgesundheitspflege.

465 **Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land**

466 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich
 467 versorgt werden. Wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist, die
 468 Kinderstationen Patient*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land wegen
 469 fehlendem/-r Nachfolger*in schließen müssen, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung.
 470 Um die Versorgung in Stadt und Land zu stärken, wollen wir, dass ambulante und stationäre

471 Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und Gesundheitsregionen mit enger Anbindung
472 an die Kommunen gefördert werden. Perspektivisch soll es eine gemeinsame
473 Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen geben. Gleichzeitig wollen wir
474 die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die
475 Versorgung muss von den Patient*innen aus gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die
476 Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe
477 auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Aufgabenverteilung im Gesundheitswesen werden wir so
478 reformieren, dass Gesundheits- und Pflegeberufe mehr Tätigkeiten eigenverantwortlich
479 übernehmen können. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung von Therapieberufen müssen
480 dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen angepasst, das Schulgeld für diese
481 Ausbildungen muss abgeschafft werden.

482 **Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren**

483 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche
484 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu Fehlanreizen
485 zu Lasten des Patient*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals geführt.
486 Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach ihrem
487 gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues
488 Finanzierungssystem. Wir werden eine Säule der Strukturfinanzierung einführen und den
489 verbleibenden fallzahlabhängigen Vergütungsteil reformieren. Vielfach herrscht Stillstand
490 bei den Investitionen in die Krankenhäuser. Das wollen wir ändern, indem Bund und Länder die
491 Investitionskosten in Zukunft gemeinsam tragen. Der Bund soll dafür die Möglichkeit haben,
492 gemeinsame bundesweite Grundsätze in der Krankenhausplanung zu definieren. Welche Angebote
493 es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich rentiert, sondern soll sich danach
494 richten, was nötig ist. Die beste Qualität kann zumeist durch Spezialisierung sichergestellt
495 werden. Krankenhäuser, die durch fehlende Auslastung die nötige Qualität in einigen
496 Bereichen nicht gewährleisten können, sollen nicht einfach aufgegeben, sondern zu
497 leistungsfähigen lokalen Notfall-, Gesundheits- und Pflegezentren weiterentwickelt werden.

498 **Notfallversorgung reformieren**

499 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann wird es
500 häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich
501 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassend
502 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz
503 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen
504 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo
505 Menschen anrufen, sondern sie immer die passende Hilfe bekommen. Auch wollen wir, dass
506 Notaufnahmen gerade nachts und am Wochenende beispielsweise durch kompetente Hausärztinnen
507 und Hausärzte so unterstützt werden, dass auch weniger ernste Fälle gut versorgt werden
508 können. Durch einheitliche Stufen und Vorgaben zur Notfallversorgung wollen wir
509 sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem Land, stets die erwartbare
510 Hilfe auch verlässlich vorfinden.

511 **Psychotherapieplätze schaffen**

512 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen stellen,
513 denn psychische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität und soziale Teilhabe. Es ist
514 nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische
515 Hilfe warten müssen. Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht
516 zugängliche Hilfen, damit das Leid sich nicht verschlimmert. Wir wollen deshalb ambulante
517 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen schaffen. Es
518 braucht eine gemeindenahе und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte
519 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der Versorgung von

520 Kindern und Jugendlichen sowie von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt
521 werden. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung müssen flexibler werden
522 und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine miteinander abgestimmte Behandlung
523 übernehmen können. Bei der unzureichenden Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss
524 nachgebessert werden, sodass angehende Psychotherapeut*innen endlich unter guten Bedingungen
525 ausgebildet werden.

526 **Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken**

527 Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sind Verbesserungen bei der Geburtshilfe und
528 eine Unterstützung freiberuflicher Hebammen durch eine Reform der Haftpflicht für
529 Gesundheitsberufe nötig. Wir wollen das Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen.
530 Geschlechtsspezifische Aspekte in Forschung und Ausbildung und in der medizinischen Praxis
531 werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet
532 die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans*- und Inter*-Menschen. Die Forschung zu
533 geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie Frauengesundheit muss gestärkt und in der
534 medizinischen und pflegerischen Praxis umgesetzt werden. Mit Hilfe einer Frauenquote für
535 Führungspositionen im Gesundheitswesen und besseren Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen
536 in die Führungsgremien unseres Gesundheitswesens.

537 **Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden**

538 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise erhalten
539 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen,
540 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wollen
541 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen, die
542 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische
543 Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur
544 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Auch für
545 LSBTIQ* muss diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir
546 den Anspruch auf medizinische Maßnahmen für trans- und intergeschlechtliche Menschen
547 gesetzlich verankern. Die bestehenden Lücken beim Verbot sogenannter „Konversionstherapien“
548 werden wir schließen. Die Blutspende gestalten wir diskriminierungsfrei. Menschen, die ohne
549 Papiere in Deutschland leben, müssen ebenfalls Zugang zu guter gesundheitlicher Versorgung
550 haben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der Mitteilungs- und
551 Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von Beratungsnetzwerken
552 für Menschen ohne Papiere.

553 **Auf dem Weg zur Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**

554 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt*innen, und viele privat
555 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-Klassen-
556 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte
557 Bürgerversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er
558 oder sie braucht. Die Bürgerversicherung bezieht alle in die Finanzierung eines
559 leistungsstarken Versicherungssystems ein. Auch Beamte, Selbständige, Unternehmer*innen und
560 Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen. Neben Löhnen und Gehältern
561 sollen Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Als ersten Schritt verbessern wir die
562 Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen. Außerdem
563 wollen wir die Benachteiligung gesetzlich versicherter Beamt*innen durch einen
564 beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur den Basistarif leisten
565 können, besser absichern.

566 **Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung**

567 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der Pflege,
568 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem
569 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient*innen sicher auf den digitalen Impfpass,
570 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder die
571 neuesten Blutwerte zugreifen können. Damit sie den Patient*innen wirklich nützt, muss die
572 digitale Patientenakte weiterentwickelt werden. Dabei sind unter anderem
573 Patient*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen anonymisiert der
574 Forschung zur Verfügung gestellt werden, um die Gesundheitsversorgung in Deutschland zu
575 verbessern. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der
576 Patient*innen. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient*innen möglichst barrierefrei
577 und sicher zugänglich sein. Die ärztliche Schweigepflicht und das Patient*innengeheimnis
578 müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt bleiben. Um
579 administrativen Aufwand für medizinisches und pflegerisches Personal zu verringern und
580 Innovationen anzureizen, sollen Hersteller von Medizinprodukten und Software offene
581 Schnittstellen anbieten.

582 **Ambulante Pflege stärken**

583 Wer pflegebedürftig wird, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein
584 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden Gesellschaft
585 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische
586 Angebote. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und Pflegeformen nötig
587 – eingebettet in ein Umfeld, das ältere Menschen dabei unterstützt, aktiv am
588 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher.
589 Dafür wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den
590 Kommunen ermöglichen, eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an
591 Pflege vor Ort zu gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen
592 bereitstellen, die sich hier auf den Weg machen. Jemanden zu pflegen verdient unsere
593 Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Menschen, die
594 Verantwortung für Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, mit der PflegeZeit
595 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine bis zu
596 dreimonatige Freistellung sowie eine Lohnersatzleistung, die befristet auch anschließende
597 Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

598 **Eine doppelte Pflegegarantie**

599 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre Versorgung
600 aufbringen. Wir wollen, dass Pflegebedürftige die für sie notwendigen Pflegeleistungen
601 erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die
602 Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So garantieren wir, dass die selbst
603 aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die Pflegeversicherung soll alle über
604 diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte Pflege tragen. Mit einer
605 solidarischen Pflege-Bürgerversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit
606 einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

607 **Pflege aus dem Notstand führen, Arbeitsbedingungen im 608 Gesundheitswesen verbessern**

609 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die im
610 Alter oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich zu Recht Pflegekräfte, die
611 sich mit Sorgfalt um sie kümmern können. Dafür brauchen Pflegekräfte Zeit für die
612 Patient*innen und gute Arbeitsbedingungen. Das geht nur mit mehr Kolleg*innen. Wir wollen
613 durch verbindliche Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –, die bessere
614 Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften und
615 die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Pflege Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen

616 viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Die Ausnahmen
617 im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um Überlastung zu
618 verhindern und den Personalverlust in Krankenhäusern einzudämmen. Doch Wertschätzung braucht
619 auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die gesetzliche
620 Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif
621 bezahlen. Die Selbstorganisation und die Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege
622 wollen wir durch den Aufbau einer Bundespflegekammer unterstützen.

623 **Ein Cannabiskontrollgesetz**

624 Wir stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik. Doch auf dem
625 Schwarzmarkt gilt kein Jugendschutz, stattdessen schafft er zusätzliche gesundheitliche
626 Gefahren. Das Verbot von Cannabis richtet mehr Schaden an, als dass es nützt. Wir setzen auf
627 wirksame Prävention, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Deshalb werden wir mit
628 einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen kontrollierten
629 und legalen Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen. Darüber hinaus
630 wollen wir niedrigschwelliges Drugchecking für psychoaktive Substanzen und andere Maßnahmen
631 zur Schadensminimierung wie die Ausgabe sauberer Spritzen bundesweit ermöglichen, damit
632 Konsument*innen nicht durch gefährliche Inhaltsstoffe oder schmutzige Spritzen zusätzlich
633 gefährdet werden. Das heutige Betäubungsmittelrecht evaluieren wir auf seine Wirkungen hin.

634 **Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**

635 **Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz**

636 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Recht. Aber es wird immer
637 schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise steigen
638 vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in Einkommensstadteile
639 auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Deshalb gilt es zu handeln, damit gerade auch
640 Familien und Alleinerziehende, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen oder
641 Geringverdiener*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern weiter gut und sicher wohnen
642 können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. Knapp 700.000 Menschen
643 sind derzeit wohnungslos in Deutschland, mehr und mehr Familien. Um diesen Zustand zu
644 beenden, wollen wir ein Nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von
645 Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

646 **Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern**

647 Wir wollen Mieter*innen entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung
648 bewahren. Die Möglichkeit, die Miete nachzuzahlen, soll Zwangsräumungen verhindern. Bei
649 krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-Wohnen-Fonds“) eine
650 finanzielle Unterstützung von Mieter*innen sicherstellen. Vermieter*innen, die auf
651 diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung erhalten.

652 **Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum**

653 Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht, öffentlich und
654 gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere Sozialwohnungen verloren –
655 rund 100 jeden Tag. Unser Vorbild ist die Stadt Wien, die mit ihrem großen Anteil an
656 gemeinnützigem und für breite Schichten bezahlbarem Wohnraum eine ausgewogene Mischung
657 sicherstellt. Wir werden deshalb die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen
658 und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre bestehenden
659 Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu wollen wir mit einem
660 Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ für eine Million zusätzliche, günstige
661 Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen, sicher und auf Dauer. Die noch vorhandenen
662 bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor*innen veräußert, sondern

663 ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden.
664 So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den Bestand an Sozialwohnungen um eine Million
665 erhöhen.

666 **Starke Mieter*innen, faire Mieten**

667 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus,
668 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und
669 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter*innen. Konkret wollen wir Mietobergrenzen im
670 Bestand mit einem Bundesgesetz ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und
671 nachschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des
672 Mietspiegels begrenzt werden. Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten
673 und rechtssicher ausgestalten. Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre
674 herangezogen werden. Wir streben an, die Modernisierungumlage weiter abzusenken und auf
675 maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen
676 perspektivisch warmmietenneutral möglich sind. Außerdem wollen wir es Mieter*innen
677 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das
678 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind weitere
679 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht, und Mietwucher muss – nach § 5
680 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden.

681 **Spekulation mit Bauland und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden**

682 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt kein Ort für Spekulant*innen. Zu
683 häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Ein entscheidender
684 Hebel ist Transparenz. Deshalb planen wir, ein Immobilienregister der Eigentümer*innen
685 einzuführen, die Grundbücher bei begründetem Interesse kostenfrei zugänglich zu machen und
686 Bargeld beim Immobilienverkauf zu verbieten. Außerdem wollen wir den Missbrauch von
687 sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung beenden und setzen auf eine anteilige
688 Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen. Die Spekulation mit Bauland
689 soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, kann sich daraus eine
690 Pflicht für Eigentümer*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu
691 spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir
692 vorgehen.

693 **Grund und Boden gemeinwohlorientiert**

694 Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil er prinzipiell nicht vermehrbar ist. Bei
695 Fehlentwicklungen ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen.
696 Knappheit von und Spekulation mit Boden führt zu steigenden Preisen und Mieten. Wir wollen
697 erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische Bodenpolitik betreibt. Der
698 Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen, sondern gezielt die
699 Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum fördern. Dafür wollen wir die
700 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der Fonds
701 kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die
702 Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen dauerhaft sichern
703 zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften ein
704 Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt, sondern
705 werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

706 **Erwerb von Wohneigentum erleichtern**

707 Wohneigentum ist für viele Menschen ein Lebenstraum, der wegen explodierender
708 Immobilienpreise in den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir
709 wollen den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „wer den Makler
710 bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für

711 Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage auf 2 Prozent
 712 zu begrenzen, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt. Dazu
 713 wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den
 714 Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu erhöhen
 715 und für private Käufer*innen zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum
 716 über die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender
 717 Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen an
 718 Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter*innen wollen wir
 719 unterstützen, zum Beispiel indem wir günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

720 **Ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen vorantreiben**

721 Wir können die Klimaziele nur mit einer Bauwende hin zu ressourcenschonendem und
 722 nachhaltigem Bauen erreichen. Bei Städtebau und Gebäudeplanung sind Stoff- und
 723 Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling durchgängig für
 724 alle Gebäude zu berücksichtigen. Konkret setzen wir auf ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und
 725 eine Holzbaustrategie, damit wir mit mehr nachwachsenden Rohstoffen bauen können. Wir
 726 fördern außerdem die Digitalisierung der Planung am Bau. Um den Flächenverbrauch zu
 727 reduzieren, setzen wir auf behutsame Nachverdichtung und unterstützen die Kommunen dabei mit
 728 Förderprogrammen.

729 **Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte**

730 **Regionale Daseinsvorsorge stärken**

731 Gleichwertige Lebensverhältnisse sind eine Voraussetzung für gutes, selbstbestimmtes Leben
 732 überall im Land. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich von
 733 Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort schließen in der Kleinstadt die
 734 Schwimmbäder, und auf dem Land ist das Internet zu langsam. Unser Ziel ist es, dass
 735 individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im
 736 Land möglich sind, auch in strukturschwachen Regionen. Hier brauchen wir gute Infrastruktur
 737 und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Bund
 738 und Ländern eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz
 739 einführen. Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen
 740 wieder investieren und gestalten können. Ziel ist, anhand von regionalen Indikatoren in
 741 allen Bundesländern Förderregionen auszuwählen und die Zusammenarbeit der Kommunen in diesen
 742 Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir Bürger*innen und Akteur*innen vor
 743 Ort die Möglichkeit, ihre Entwicklungsstrategien und Ziele selbst zu bestimmen. Für zentrale
 744 Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige
 745 Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des
 746 Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann
 747 ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, die Stadtteilbibliothek, der Skatepark, der
 748 Kulturbahnhof. Wir wollen eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg bringen.
 749 Mit der gezielten Ansiedelung von neuen Forschungsinstituten und Bundeseinrichtungen, vor
 750 allem in Ostdeutschland, können wir strukturschwachen Regionen wichtige Impulse geben.
 751 Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines „Zukunftszentrums für Deutsche
 752 Einheit und Europäische Transformation“.

753 **Solide Finanzausstattung für Kommunen**

754 Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche Daseinsvorsorge
 755 braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht einmal
 756 mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von Gemeindestraßen oder
 757 der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise finanzschwach oder
 758 verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die Menschen

759 vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für freiwillige Leistungen wie Sport- oder
 760 Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen auf das
 761 gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir wollen die
 762 Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Dazu gehört eine faire Unterstützung
 763 bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen Corona-bedingten Steuerausfällen. Wir
 764 wollen mehr kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die
 765 Verkehrswende und Kultureinrichtungen. Dafür soll der Zugang zu Fördermitteln einfacher und
 766 unbürokratischer werden und sollen die Hürden für die Teilnahme besonders für finanzschwache
 767 Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund und Länder den Kommunen mit einer gemeinsamen
 768 Kompetenzagentur für Förderpolitik und Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen und
 769 die Umsetzung von Projekten ermöglichen.

770 **Innenstädte retten**

771 Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere Menschen
 772 trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch und
 773 geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Wir wollen Stadtzentren und Ortskerne
 774 lebenswerter und attraktiver machen. Eine kluge Stadtentwicklungspolitik, nachhaltige
 775 Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen, dass auch
 776 der Einzelhandel dort eine Zukunft hat. Dafür wollen wir die Städtebauförderung neu
 777 ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen, damit man auch in Zeiten
 778 immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen Mitteln für Smart-City-
 779 Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen, mit denen der
 780 örtliche Einzelhandel attraktivere Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung
 781 und Leerstand an. Eine Million neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren in
 782 unseren Städten entstehen. Kleineren Gewerben, sozialen und Kulturprojekten, Clubs und
 783 Handwerker*innen wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über das Baurecht eine zentrale
 784 Lage in den Städten ermöglichen. Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an
 785 gemeinnützige, öffentliche oder am Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

786 **Ländlich leben, digital arbeiten**

787 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer*innen, Familien oder
 788 Freischaffende – alle brauchen schnelles Internet für ihr Leben. Eine ausreichend schnelle
 789 Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge, deshalb werden wir einen
 790 Rechtsanspruch darauf einführen. Wir schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung und
 791 Alt. Über die Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojekte für
 792 alle Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche und
 793 genossenschaftliche Wohnformen. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte Räume
 794 zu einladenden Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen. Damit
 795 verknüpfen wir die Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme zu
 796 Markttreffs: wenn zum Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank- und
 797 Postfiliale integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche
 798 Einrichtungen, Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach
 799 eines Kulturzentrums zusammenfassen.

800 **Schnelles Internet überall**

801 Mit weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaser-Anschlüssen steht Deutschland im OECD-
 802 Vergleich sehr schlecht da. Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten oder Heimunterricht
 803 – schnelles Internet ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und gleichwertige
 804 Lebensverhältnisse. Mit einem Breitband-Universaldienst wollen wir einen Rechtsanspruch auf
 805 schnelles Internet für alle schaffen, der sich nicht am Minimalstandard, sondern an den
 806 Nutzungsgewohnheiten der Mehrheit orientiert. Wir sorgen dafür, dass Blockaden bei der
 807 Abrufung der Fördergelder für den Netzausbau abgebaut werden und dann auch zügig gebaut

808 wird. Und wir machen Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn
809 Telekommunikationsunternehmen nicht die versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern,
810 soll es unkomplizierten pauschalierten Schadenersatz und hohe Bußgelder geben. Beim
811 Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, egal in welchem
812 Netz man surft. Wo die Anbieter keine Kooperationsvereinbarungen schließen, um Funklöcher zu
813 schließen, muss notfalls lokales Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender
814 Vergütung. Bei zukünftigen Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben für die
815 Fläche so angepasst werden, dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere
816 entlang von Bahnstrecken und Straßen.

817 **Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land**

818 Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von Barrieren in
819 Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen
820 ermöglichen, länger als bisher in ihrem vertrauten Quartier selbstbestimmt wohnen zu
821 bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Das wollen wir mit einem
822 Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen,
823 Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder
824 im Stadtteil zu engagieren, informieren. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen
825 Bedürfnissen entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das
826 Nahverkehrsangebot in den Städten ausgebaut und auf dem Land erhalten bzw. intelligent
827 vernetzt werden. Es braucht flächendeckend barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen
828 Verkehrsmitteln, und die Wege zu ÖPNV und Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten
829 zum Ausruhen und „Kräftesammeln“ ausgestattet werden.

PB.B-01 Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-B Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

1 Bildung ermöglicht. Von Anfang an gibt sie Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen bis ins
2 hohe Alter die Möglichkeit, sich zu entfalten und über sich hinauszuwachsen, Altes zu
3 hinterfragen und Neues zu entdecken. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, seinen
4 eigenen Weg im Leben selbstbestimmt gehen zu können. In guter Bildungspolitik, Aus- und
5 Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegen unendlich viel
6 Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen.

7 Ein gutes Bildungssystem ist ein Schlüssel für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in
8 einer vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch
9 von der Familie, dem Nachnamen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Und
10 die Pandemie verschärft die ohnehin zu große soziale Ungleichheit: Wo Kinder auf wenig
11 Förderung von zu Hause hoffen können, wo der Zugang zu Laptops oder Smartphones fehlt und
12 kein Elternteil Zeit hat, beim Lernen zu helfen, drohen sie dauerhaft abgehängt zu werden.
13 Die Kinder, die am stärksten von der Krise getroffen wurden, benötigen daher die meiste
14 Unterstützung. Doch auch insgesamt führten die Schulschließungen zu einer Bildungslücke quer
15 durch alle Jahrgänge, es fehlten das gemeinsame Lernen, die Gespräche, das Spielen auf dem
16 Pausenhof, was sich bei Kindern auch auf die kognitive und soziale Entwicklung auswirken
17 kann. Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie Unglaubliches für die gesamte
18 Gesellschaft geleistet. Wir sind es ihnen schuldig, sie endlich in den Mittelpunkt von
19 Politik zu stellen. Sie sind die Staatsbürger*innen und die Demokrat*innen von morgen.

20 Gleiche Lebenschancen heißt, unterschiedlich zu fördern. Wo mehr benötigt wird, muss mehr
21 investiert werden. Wir wollen Kitas und Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch
22 Erzieher*innen und Lehrer*innen gleichermaßen gerne gehen. Und zwar egal ob auf dem Land
23 oder in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Vierteln. Erzieher*innen und Lehrer*innen
24 sind jederzeit systemrelevant, diese Wertschätzung sollte sich in ihrer Arbeit, ihrer
25 Bezahlung und in der Ausstattung widerspiegeln. Schulen sollten die besten Orte im Land
26 sein, mit schnellem Internet und sauberen Toiletten, mit multiprofessionellen Teams, die
27 dank guter Aus- und Weiterbildung, sicheren Berufswegen und einem guten Lohn Kinder in ihren
28 unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung geben. Da die Weichen am Anfang
29 gestellt werden, müssen dort auch die meisten Ressourcen reinfließen. Vor allem für Kitas
30 und den Primarbereich werden wir die Investitionen deutlich erhöhen.

31 Bildung ist ein Recht für jedes Alter und jeden Lebensweg. Ein Lebenslauf lässt sich nicht
32 am Reißbrett planen, darum müssen unsere Bildungswege flexibel und durchlässig sein. Abitur
33 auf dem zweiten Bildungsweg, die Tischler*innenlehre mit Mitte 30 oder der erste
34 Studienabschluss überhaupt in der Familie – das alles muss möglich sein und darf nicht davon
35 abhängen, ob es von zu Hause finanzielle Unterstützung gibt. Ob Ganztags- oder Abendschule,
36 ob duale Berufsbildung, Weiterbildung oder Studium, ganz gleich, ob als Handwerker*in am
37 Bau, als Angestellte*r im Büro oder selbständig im eigenen Betrieb: Wir unterstützen die
38 vielfältigen Lebensbahnen und die dazu passenden Bildungsverläufe.

39 Die Auszubildenden und Student*innen leiden unter den Auswirkungen der Pandemie. Sicher
 40 geglaubte Ausbildungsplätze sind weggefallen, manche Studierende haben noch nie einen
 41 Hörsaal von innen gesehen. Gerade weil dies eine entscheidende Lebensphase der
 42 Neuorientierung ist, stehen wir in besonderer Pflicht, Sicherheit und Perspektiven zu
 43 schaffen. Für alle, die eine Ausbildung anstreben, wollen wir einen guten Ausbildungsplatz
 44 garantieren. Es darf keine verlorene Generation Corona geben.

45 Um die großen Krisen einzudämmen – die Klimakrise, Pandemien –, ist alle Kreativität und
 46 jeder Forschungsgeist gefragt. Ein gutes Leben wird auch künftig möglich sein, weil
 47 Wissenschaftler*innen und Forscher*innen in Betrieben, Hochschulen und außeruniversitären
 48 Einrichtungen permanent und mit Leidenschaft an neuen Ideen arbeiten, an Antworten auf
 49 Fragen, die wir noch gar nicht gestellt haben. Aber sie können neuartige Impfstoff- oder
 50 alternative Antriebsstoffe nur dann entwickeln, wenn sie eine gut ausgestattete
 51 Forschungsumgebung haben und sie Neues mit ungewissem Ausgang erforschen und ausprobieren
 52 können. Sie brauchen für ihre Arbeit optimale und verlässliche Bedingungen, unnötige
 53 bürokratische Hürden sollten wir abbauen.

54 Wissenschaft zeigt immer wieder neue Denkhorizonte und Möglichkeiten auf und ändert so den
 55 Lauf der Dinge. Sie gibt eine zentrale Orientierung für politisches Handeln, das zeigen
 56 Klimakrise und Pandemie. Aber in Zeiten von Informationsfilterblasen und
 57 Verschwörungsideologien werden wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich in Zweifel gezogen.
 58 Nötig ist ein verständlicher Wissenschaftsdialog, der Wissenschaft und Gesellschaft näher
 59 zusammenbringt – durch partizipative Formate und Förderung der Wissenschaftskommunikation.

60 **Wir fördern gute Bildung von Anfang an**

61 **Für jedes Kind einen Kitaplatz in einer guten Kita**

62 Egal, aus welcher Ecke Deutschlands und aus welchem Elternhaus, alle Kinder brauchen die
 63 Chance auf ein gutes und geborgenes Aufwachsen. Kitas haben einen entscheidenden Anteil
 64 daran. Sie schaffen Halt, wecken Neugier, vermitteln Freude am Zusammensein mit
 65 Gleichaltrigen und begleiten beim Großwerden. Mit einem Bundesqualitätsgesetz sorgen wir
 66 dafür, dass Spitzenqualität in die Einrichtungen kommt, denen wir unsere Kleinsten
 67 anvertrauen. Die Zeit, die Fachkräfte für die Kinder haben, ist entscheidend dafür, dass
 68 sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können. Deshalb wollen wir mit
 69 Mindeststandards sicherstellen, dass sich eine Erzieherin oder ein Erzieher um höchstens
 70 vier unter Dreijährige und neun über Dreijährige gleichzeitig kümmern. Darüber hinaus müssen
 71 sie genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung, Elterngespräche und Fortbildungen haben. Den
 72 Fachkräften in den Kitas stärken wir den Rücken mit Fachberatung und Mentoring-Programmen,
 73 Lernortkooperationen und Unterstützung für berufliche Weiterentwicklung innerhalb des Kita-
 74 Systems. Damit alle Kinder, auch Kinder mit Behinderungen, einen Platz in einer guten Kita
 75 bekommen können, wollen wir das Engagement des Bundes beim Platzausbau weiterführen.

76 **Mehr Fachkräfte in Kitas, Horten und Schulen**

77 Die pädagogischen Fachkräfte in Kitas, Horten oder Schulen tragen eine hohe Verantwortung,
 78 denn sie prägen den Lebensweg von Kindern bereits in sehr frühen Jahren entscheidend mit.
 79 Doch diese Verantwortung spiegelt sich noch nicht ausreichend in der Bezahlung der
 80 Fachkräfte wider. Für die wichtige Arbeit, die Erzieher*innen leisten, brauchen sie einen
 81 guten Lohn. Mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive wollen wir zudem für faire
 82 Ausbildungsvergütungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen sorgen,
 83 dabei darf die Ausbildung zum Erzieher*innenberuf nicht am Schulgeld scheitern. Um den
 84 Lehrkräftemangel mit gut qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir
 85 mit einem Bund-Länder-Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern und gemeinsame
 86 Qualitätsstandards sichern.

87 **Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind**

88 Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür
 89 brauchen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete Räume und Zeit. Zeit für gemeinsames
 90 Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und demokratische
 91 Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung, individuelle Betreuung und Hausaufgabenhilfe.
 92 Dafür sind Ganztagsplätze in einer Grundschule oder einem Hort wichtig. Unser Ziel ist,
 93 einen individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -
 94 betreuung umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams, anregenden
 95 Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten Zusammenarbeit
 96 mit Sportvereinen, Musikschulen und anderen Akteuren vor Ort. Dafür wollen wir einen
 97 finanziellen Anreiz schaffen. Es gilt, Ganztagsbildung für alle Kinder zu ermöglichen, ob mit
 98 Behinderungen oder ohne. Der Anspruch auf Integrationshelfer*innen muss überall gelten –
 99 gleich ob in der Ganztagschule oder bei Hortangeboten durch die Jugendhilfe. Eltern von
 100 Kindern mit Behinderungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Umsetzung des
 101 Rechtsanspruchs wird ein gesamtdeutscher Kraftakt. Das muss sich bei der Beteiligung des
 102 Bundes an den Kosten widerspiegeln. Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten
 103 der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung von
 104 Schulentwicklungsprozessen auf den Weg bringen und damit Koordinierungsstellen fördern.

105 **Corona-Rettungsschirm für Kinder**

106 Die Pandemie droht die soziale Ungleichheit in der Bildung dramatisch zu verschärfen. Gerade
 107 Kinder mit schlechteren Startchancen wurden nur noch schwer oder gar nicht mehr von
 108 Bildungsangeboten erreicht. Rund ein Fünftel der Kinder kehrt mit einer großen Bildungslücke
 109 zurück in die Schule. Bund, Länder und die Spitzenverbände der Kommunen müssen an einen
 110 Tisch, um einen umfassenden bundesweiten Bildungsrettungsschirm für zusätzliche
 111 Lernförderung aufzulegen. Damit jedes Kind den Anschluss behält, sowohl bei den Lehrinhalten
 112 als auch bei kognitiven und sozialen Entwicklungen, wollen wir über ein Bund-Länder-Modell-
 113 Programm jede Schule mit Budgets ausstatten, die sie selbstverantwortet flexibel einsetzen
 114 können, um für Kinder mit besonderem Bedarf gezielt Lernförderung anzubieten. Daneben soll
 115 Studierenden, angehenden Absolvent*innen aus der akademischen und beruflichen Bildung sowie
 116 pensionierten Lehrkräften ermöglicht werden, Schulen als kompetente Bildungslots*innen zu
 117 unterstützen.

118 **Programm für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren**

119 Bildungschancen sind Zukunftschancen. Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule, egal,
 120 wo es lebt. Der Alltag sieht aber anders aus. Wir schlagen ein Bundesmodellprogramm für mehr
 121 Bildungsgerechtigkeit vor, um Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken. Wir
 122 fördern multiprofessionelle Teams, in denen sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und
 123 Erzieher*innen gegenseitig ergänzen und mit unterschiedlichen Perspektiven bereichern, um
 124 die Schüler*innen ideal unterstützen zu können. Dazu gehört es, systematische Präventions-
 125 und Interventionsarbeit zu leisten, Lernlücken zu schließen und deutsche wie auch
 126 muttersprachliche Sprachfertigkeiten zu fördern. Alle Akteur*innen kooperieren auf
 127 Augenhöhe. So wird auch die Elternarbeit verbessert und Schulen werden zu
 128 Unterstützungsorten für die ganze Familie. Schüler*innen sollen sich wohlfühlen können und
 129 keine Angst vor der Schultoilette haben. Darum wollen wir in bessere Räume und eine bessere
 130 Lernumgebung investieren.

131 **Digitale Bildung auf die Höhe der Zeit bringen**

132 Digitale Bildung ist viel mehr als Wissensvermittlung, sie ist ein Schlüssel für
 133 Zukunftskompetenzen. Das geht über das Whiteboard oder Coden hinaus: Die Digitalisierung hat
 134 unsere Art zu leben verändert, also muss sich auch unsere Art, Schule zu denken, wandeln.

135 Mit Lehrer*innen, die Spaß an neuer Didaktik haben, Schüler*innen, die sich spielerisch, zum
136 Beispiel durch Gamification, neue Inhalte erschließen, und Schulen, die dafür technisch
137 optimal aufgestellt sind. Allerdings hat die Pandemie gezeigt, dass es schon an den
138 Grundlagen fehlt, auch im Vergleich mit anderen Ländern. Das wollen wir ändern: mit einer
139 zeitgemäßen digitalen Ausstattung und mit Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren
140 und Lernen wirkungsvoll unterstützen – mit Fort- und Weiterbildungsangeboten für das
141 pädagogische Fachpersonal sowie einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur
142 Bildung in einer digitalen Welt. Wir wollen, dass Tablet oder Laptop genauso
143 selbstverständliches Lernmittel sind wie früher Atlas oder Englischbuch. Unser Ziel ist es,
144 allen Schüler*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen und sie auch auf eine
145 selbstbestimmte Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Zukunftskompetenzen
146 wie Kooperation, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken in der digitalen Welt
147 werden immer relevanter. Um das alles umzusetzen, wollen wir auch den DigitalPakt zu einem
148 echten gemeinsamen Vorhaben weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die
149 gemeinsam im Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht
150 werden sollen.

151 **Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern**

152 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das überall gute Ausgangsbedingungen sichert und
153 unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und
154 gerechte Chancen garantiert. Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine
155 ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die
156 Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen verfassungsrechtlich
157 abgesichert stärken. So sollen Schulen zu Orten werden, die – verankert in der Nachbarschaft
158 – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder ausgerichtet sind. Schulen
159 brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume. Die derzeitigen Regelungen zwischen Bund und
160 Ländern beschränken die Möglichkeiten, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam
161 auf neue Herausforderungen zu reagieren. Mit einer „Ermöglichungsklausel“ für die
162 Bildungszusammenarbeit im Grundgesetz wäre gemeinsames Handeln dort möglich, wo es notwendig
163 ist. Grundlage all dessen ist jedoch eine auskömmliche Bildungsfinanzierung, vor allem in
164 den Grundschulen und Kitas, da hier die Basis gelegt wird.

165 **Wir stärken Ausbildung und Studium**

166 **Sichere Ausbildungsperspektiven**

167 Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine
168 Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des
169 Übergangssystems. Die duale Ausbildung muss auf sichere Beine gestellt werden. Wir wollen
170 mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer Ausbildung ermöglichen.
171 Dafür fördern wir verstärkt Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch
172 außerbetriebliche Ausbildungen. Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über
173 eine Umlagefinanzierung. Mit dem Ausbau der assistierten Ausbildung und
174 ausbildungsbegleitender Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in ihrer Ausbildung unterstützen.
175 Wichtig ist, dass in der Bildung auch einzelne Ausbildungsbausteine als Teilqualifikationen
176 zertifiziert und anerkannt werden, damit keine Leistung auf dem Weg zum Berufsabschluss
177 verloren geht. Damit alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf gute Beratung
178 aus einer Hand und unter einem Dach erhalten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender
179 Jugendberufsagenturen.

180 **Berufliche und akademische Bildung sind gleich viel wert**

181 In Deutschland gibt es hochwertige Ausbildungswege, sowohl an Hochschulen als auch im dualen
182 Berufsbildungssystem. Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertige

183 Chancen auf ein erfolgreiches Arbeitsleben bieten und so eine echte Wahlfreiheit für junge
184 Menschen besteht. Dafür müssen alle Berufsschulen gut ausgestattet sein und muss allen
185 Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglicht werden – durch eine
186 Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen
187 Ausbildungsvergütungen. Abschlussvoraussetzungen für die Eingruppierung in Entgeltgruppen
188 des öffentlichen Dienstes im gehobenen und höheren Dienst wollen wir im Bund flexibilisieren
189 und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei Ausschreibungen der
190 Bundesbehörden stärken. Daneben sind Talentscouting-Programme genauso wie die
191 Begabtenförderung unabhängig vom Bildungsgang auszubauen. Und mindestens 10 Prozent der
192 Auszubildenden sollen schnellstmöglich einen Auslandsaufenthalt antreten können. So
193 internationalisieren wir neben der akademischen auch die berufliche Bildung.

194 **Eine Grundsicherung in Ausbildung und Studium**

195 Wir wollen, dass sich jede*r eine schulische Ausbildung oder ein Studium leisten kann und
196 dafür den Kopf frei hat. Dafür wollen wir als ersten Schritt das BAföG neu aufsetzen und zu
197 einer Grundsicherung für Studierende und Auszubildende umbauen. Diese beinhaltet einen
198 Garantiebtrag für alle Student*innen und Auszubildenden und einen Bedarfszuschuss für jene
199 aus einkommensarmen Elternhäusern. Der Garantiebtrag ersetzt das Kindergeld und wird direkt
200 an die Studierenden oder Auszubildenden überwiesen. Der zweite Baustein, der
201 Bedarfszuschuss, wird bedarfsabhängig gezahlt. Die Höhe richtet sich nach Einkommens- und
202 Vermögenssituation der Eltern sowie der Studierenden und Auszubildenden und wird auch direkt
203 an die Empfänger*innen überwiesen. Die maximale Höhe des Bedarfszuschusses richtet sich nach
204 den Regelsätzen für Erwachsene, die wir im Rahmen der grünen Garantiesicherung anheben
205 wollen. Da nicht jeder Bildungsweg linear oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen
206 wir die Bildungsfinanzierung noch stärker eltern- und perspektivisch altersunabhängig
207 konzipieren. Ein Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs.
208 Studiengebühren lehnen wir ab.

209 **Wir ermöglichen lebensbegleitendes Lernen**

210 **Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung**

211 Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen, sind in
212 einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch unerlässlich. Auch durch die
213 Corona-Pandemie ist bei vielen die Notwendigkeit entstanden, sich neue Arbeitsfelder zu
214 erschließen. Wir wollen, dass jede*r, egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt,
215 künftig selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven entwickeln kann. Wir treten daher für
216 einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung ein. Zur sozialen Absicherung ist für
217 arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle
218 anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG.
219 So profitieren auch diejenigen, die bei der beruflichen Weiterbildung bislang das Nachsehen
220 haben, etwa Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und alle prekär Beschäftigten. Um
221 abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung einzuräumen, wollen wir
222 einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen.
223 Daneben werden wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung
224 Bildungsagenturen aufbauen. Dort sollen sich die relevanten regionalen Träger von
225 Weiterbildung vernetzen. Eine zentrale Online-Plattform, die unabhängig und öffentlich
226 finanziert ist, soll außerdem alle Angebote bündeln. Zudem wollen wir die Volkshochschulen
227 bei ihren Aufgaben unterstützen.

228 **Alphabetisierung vorantreiben**

229 In Deutschland gelten gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren als „funktionale
230 Analphabet*innen“. Sie haben also Schwierigkeiten, ganze Texte zu verstehen. Die große

231 Mehrheit von ihnen hat einen Schulabschluss. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der
 232 allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht
 233 hinnehmbar. Wir wollen Geld und Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch
 234 für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete
 235 Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und evaluieren.

236 **Wir verbessern die Bedingungen für Wissenschaft und** 237 **Forschung**

238 **Mehr Raum für große Ideen**

239 Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie die Klimakrise, Pandemien oder auch eine
 240 effizientere Nutzung von Rohstoffen können wir nur mit der Hilfe von innovativen Lösungen
 241 und Fortschritt bewältigen. Der Markt kann vieles allein, aber bei der Lösung solcher großen
 242 Aufgaben muss der Staat ein wichtiger Innovationstreiber werden. Er soll klare Zielvorgaben
 243 machen, Kooperationen von Unternehmen, Hochschulen und Zivilgesellschaft organisieren und
 244 mit gezielter Forschungsförderung und strategischer Industrie- und Beschaffungspolitik
 245 Dynamik entfachen. Große Probleme können nur umfassend gelöst werden. Wir wollen deshalb die
 246 Förderpolitik des Bundes an den VN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) ausrichten. Technische,
 247 soziale und ökologische Innovationen sind deshalb gleichwertig. Die „Agentur für
 248 Sprunginnovation“ (SprinD) sollte flexibler ausgestaltet werden, damit sie sich auf ihre
 249 Kernaufgaben konzentrieren kann. Insgesamt wollen wir die Kompetenz für Wissenschaft und
 250 Forschung in allen Ministerien sowie den zentralen, obersten Bundesbehörden stärken und die
 251 ressortübergreifende Zusammenarbeit bei den großen Herausforderungen verbessern.
 252 Unsere Behörden sollen nachhaltigen Wandel ermöglichen und nicht bremsen.

253 **Forschungsfinanzierung aufstocken und vereinfachen**

254 Als Wissensgesellschaft trägt Deutschland die Verantwortung, beste Bedingungen für Forschung
 255 und Innovation zu schaffen. Wir wollen erreichen, dass bis 2025 Staat und Unternehmen
 256 insgesamt mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung
 257 investieren. So ermöglichen wir mehr Kreativität, Freiräume und internationale Vernetzung
 258 und schaffen Planbarkeit in unserer Forschungslandschaft. Außerdem brauchen wir eine
 259 auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft, um die Abhängigkeit von den in den
 260 letzten Jahren stark gestiegenen Drittmitteln wieder einzudämmen. Im Wettbewerb vergebene
 261 Drittmittel können zwar durchaus zusätzliche Dynamiken freisetzen, doch häufig sind ihre
 262 Laufzeiten zu kurz. Daher wollen wir einen größeren Teil der öffentlichen
 263 Drittmittelförderung länger als die üblichen drei Jahre aufsetzen. Eine weitere Dynamik
 264 wollen wir entfachen, indem wir die Mittelbereitstellung vereinfachen. Das erhöht auch in
 265 zukünftigen Krisen die Reaktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems. Denn die Zukunft unseres
 266 Landes hängt auch davon ab, wie flexibel und frei unsere Forschungslandschaft ist.

267 **Wissenschaft für alle**

268 In Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien einerseits und epochalen
 269 neuen Herausforderungen andererseits ist wissenschaftliche Beratung wichtiger für die
 270 demokratische Debatte denn je. Eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft, ein
 271 sicherer Zugang zu Informationen für alle sowie die verständliche Vermittlung
 272 wissenschaftlicher Erkenntnisse sind Voraussetzungen für ein konstruktives, sich gegenseitig
 273 stimulierendes Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Wir wollen interdisziplinäre
 274 wissenschaftliche Expertise frühzeitiger – etwa durch Gesetzgebungslabore – in die
 275 Politikentwicklung einbeziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der
 276 gesellschaftlichen Folgen politischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um
 277 Entscheidungsträger*innen zu unterstützen. Außerdem wollen wir die
 278 Wissenschaftskommunikation stärken und die Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftler*innen

279 in diesem Bereich fördern. Durch mehr partizipative Formate wie Reallabore, Citizen-Science
280 oder Experimentierräume kann die Gesellschaft besser an Forschungsvorhaben teilhaben. Das
281 bringt weitere Perspektiven ein und hilft, reale Veränderungsprozesse wissenschaftlich zu
282 begleiten.

283 **Hochschule fit machen**

284 Den Hochschulen fehlt es an Investitionsmitteln für die digitale Infrastruktur und die IT-
285 Sicherheit. Wir werden deshalb über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an
286 Hochschulen stärken, Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ausbauen und digitale Beratungs-
287 und Betreuungsangebote für Studierende ausweiten. Der Zugang zu Forschungsdaten soll
288 erleichtert werden, indem wir Open Access zum Standard erklären und als wissenschaftliche
289 Leitidee etablieren. Die dadurch anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher
290 Publikationen darf nicht zu Lasten der Forscher*innen gehen. Wir wollen die nationale
291 Forschungsdateninfrastruktur stärken und die Chancen der europäischen Cloud für Wissenschaft
292 und Forschung ergreifen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur an den Hochschulen gehören
293 auch moderne Bibliotheken und Lehr- und Lernräume sowie die klimafreundliche Sanierung von
294 in die Jahre gekommenen Hochschulbauten.

295 **Bessere Arbeitsbedingungen und sichere Berufswege**

296 Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die Voraussetzungen für
297 eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler*innen
298 aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an
299 Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist und
300 verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die
301 Betroffenen eine Zumutung. Dem begegnen wir mit dem Ausbau der Tenure-Track-Professuren und
302 der substanziellen Reduzierung befristeter Mitarbeiter*innen-Stellen. Zudem wollen wir
303 unbefristete Berufswege neben der Professur schaffen und ausweiten. Daueraufgaben sollen
304 auch mit Dauerstellen gesichert sein. Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer
305 noch vorwiegend männlich, weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen Elternhäusern
306 geprägt. Das wollen wir ändern und Anreize für wirkungsvolle Diversitätsstrategien in
307 Wissenschaft und Forschung schaffen. Gerade Frauen kehren in der Postdoc-Phase der
308 Wissenschaft den Rücken, sodass nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland von ihnen
309 besetzt ist. Wir wollen einen Frauenanteil von 40 Prozent auf allen Ebenen durch die
310 Einführung konkreter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie
311 und Beruf im Wissenschaftsbereich, die Einführung des Kaskadenmodells sowie den Ausbau des
312 Professorinnenprogramms erreichen.

313 **Wissenschaftsfreiheit verteidigen**

314 Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den
315 Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in Deutschland. Doch
316 es braucht freie Wissenschaft, um mit Erkenntnis und Innovation gesellschaftliche
317 Entwicklung zu ermöglichen und Menschheitsprobleme zu lösen. Wir wollen weltweit verfolgte
318 Wissenschaftler*innen und Studierende besser schützen, etwa durch einen europäischen Fonds.
319 Es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie mittlerweile auch Forscher*innen
320 und auch ausländische Studierende häufig erleben. Die Anerkennung von ausländischen
321 Berufsabschlüssen und die Visavergabe sollen vereinfacht werden. Konsequenter werden wir
322 Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit in anderen Staaten der EU, etwa in Ungarn,
323 widersprechen und uns für die Sanktionierung im Rahmen des Rechtsstaatsmechanismus
324 einsetzen. Die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit muss zentraler Aspekt der Außenpolitik
325 sein.

PB.Z-01 Kapitel 5: Zusammen leben

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-Z Kapitel 5: Zusammen leben

1 Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark. Weil Menschen sich engagieren, auf
2 Fußballplätzen, bei der freiwilligen Feuerwehr, in Musikschulen oder am Sorgentelefon, Junge
3 für Alte, Alte für Junge. Weil es ein breites Kulturangebot gibt, eine vielfältige
4 Medienlandschaft. Weil die Jugend sich einmischt, weil Menschen in Kommunalparlamenten
5 Verantwortung übernehmen, sich Bürger*innen in Foren einbringen und das Schicksal ihrer Orte
6 in die Hand nehmen.

7 Aber Demokratie ist nie fertig. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland und Europa
8 ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Es verspricht gleiche
9 Entfaltungsmöglichkeiten und Rechte für alle, die hier leben. Es ist oft anstrengend, teils
10 eine Zumutung, wenn andere Ansichten und Werthaltungen akzeptiert und respektiert werden
11 müssen, wenn es den einen zu schnell und den anderen zu langsam vorangeht. Aber vor allem
12 ist es eine Stärke: zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen. So haben wir als
13 demokratische Gesellschaft die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert. Nun gilt
14 es mit voller Gleichberechtigung und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie zu stärken,
15 in Deutschland und in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, und unsere Institutionen
16 fit zu machen für die Aufgaben dieses Jahrzehnts.

17 Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn Würde
18 und gleiche Rechte vor der Klammer stehen, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft, in
19 unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen
20 können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus und
21 wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht. Wenn
22 mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und
23 bezahlt wird, ist die Demokratie nicht vollkommen. Viele Menschen erleben noch immer
24 Ausgrenzung und Diskriminierung. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe und mehr
25 Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen aus Ostdeutschland oder mit Migrationsgeschichte.
26 Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.

27 Rassismus trifft uns nicht alle, aber er geht uns alle an. Wenn wir als Gesellschaft lernen,
28 Vielfalt als Reichtum zu begreifen, schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze,
29 Ausgrenzung, Frauenhass und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus
30 diskriminierenden Worten Taten werden. Die Angriffe von Extremist*innen, insbesondere von
31 rechts, treffen unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim
32 Beten, beim ausgelassenen Beisammensein oder in den Institutionen des Staates. Unsere
33 Demokratie muss wehrhaft dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft, selbstbewussten
34 Parlamenten, einer gut ausgestatteten und bürger*innennahen Polizei und handlungsfähigen,
35 starken Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

36 Wie wir unser Zusammenleben gestalten, hängt stark vom Zusammenspiel zwischen Bürger*innen
37 und dem Staat ab. Wenn Menschen beteiligt und gehört werden, geht Planung schneller. Wenn
38 Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester. Wenn

39 Gleichberechtigung und Vielfalt herrschen, werden sie ausgewogener und nachhaltiger. Wir
40 wollen deshalb mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich einbringen können.

41 Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in einer
42 starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zusammenbringt und
43 die von ihren Bürger*innen aktiv mitgestaltet wird. Darum denken wir unsere Demokratie
44 konsequent europäisch, wollen diese vertiefen, lähmende Blockaden strukturell überwinden –
45 und so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für die Weiterentwicklung der
46 Europäischen Union ist die Föderale Europäische Republik.

47 Gleichzeitig gilt es unseren demokratischen Staat auf die Höhe der Zeit zu bringen. Alte
48 Faxgeräte, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie nerven und verhindern, dass es
49 vorangeht. Unser Ziel ist ein gut funktionierender Staat, pragmatisch und den Menschen
50 zugewandt. Ein Staat, der mit einer effizienten, zugänglichen Verwaltung in der Lage ist,
51 Krisen zu bewältigen, und das Land voranbringt, der es Menschen leicht macht, ihren Alltag
52 zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Und wir wollen mit Anstand und
53 Transparenz regieren, bauend auf Gleichberechtigung und kooperativ. Für Zusammenhalt in
54 Vielfalt, in einem bürger*innennahen Staat.

55 **Wir machen den Staat effektiver und bürger*innennäher**

56 **Planungs- und Investitionsbeschleunigung**

57 Deutschland braucht im nächsten Jahr eine Modernisierungsoffensive. Die
58 Schieneninfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energienetze müssen ausgebaut, Schulen,
59 Straßen und Brücken saniert, digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Doch derzeit dauert
60 es oft viel zu lange, solche Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab.
61 Das wollen wir ändern. Wir verschlanken die Verfahren durch Bündelung und schaffen
62 öffentliche Planungskapazitäten. Wir stärken auf allen Ebenen die Planungsbehörden und
63 zuständigen Gerichte. Besonders wichtige Projekte sollten durch eine Einbeziehung des
64 Parlaments beschleunigt werden. . Auch die frühzeitige Einbindung der Bürger*innen vor Ort
65 führt in der Regel dazu, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden können.
66 Ziel ist, alle Planungszeiten zu halbieren.

67 **Digitale Ämter – serviceorientiert, schnell und zuvorkommend**

68 Jeden Tag tun gut ausgebildete Fachleute in den Behörden ihre Arbeit, um das Land am Laufen
69 zu halten. Dennoch ist für viele Menschen der Kontakt zu deutschen Behörden unkomfortabel
70 und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und veraltete und überkommene
71 Abläufe. Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen
72 Beteiligungsformaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere Verwaltung
73 modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen.
74 Verwaltungsverfahren sollen stets digital gedacht und gestaltet werden, vor allem auch in
75 der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Türen des
76 Staates auch für den persönlichen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern geöffnet bleiben
77 und durch mobile Angebote ergänzt werden. Die Nutzung der digitalen Verwaltungsleistungen
78 soll über einen zentralen Zugang erfolgen. Der Austausch von Unterlagen unter den Behörden
79 muss nach Zustimmung und unter Beachtung des Datenschutzes möglich sein. Damit die
80 Verwaltung all dies leisten kann, muss sie selbst digitalisiert werden. Wir setzen uns
81 gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass die Verwaltung flächendeckend mit der modernsten
82 Technik ausgestattet wird, vom Gesundheits- bis zum Bürgeramt. Digitalisierung wird das
83 Verhältnis von Staat und Bürger*innen auf eine neue Basis stellen und auch zum Motor für
84 einen modernen Sozialstaat werden. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte
85 Anträge geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

86 **Der Personalausweis auf dem Smartphone**

87 Sichere und geschützte digitale Identitäten sind (häufig) das fehlende Puzzlestück für
88 moderne staatliche Dienstleistungen und die vertrauensvolle Nutzung privater Dienste. Wir
89 wollen auch bei digitalen Verwaltungsleistungen vorankommen und den Sprung zu sicheren
90 mobilen digitalen Identitäten per Smartphone (Wallet-Lösungen) ermöglichen – wie es zum
91 Beispiel in skandinavischen Ländern schon Praxis ist. Mit dem mobilen Personalausweis auf
92 dem Smartphone sollen Bürger*innen beispielsweise Behördengänge oder die Steuererklärungen
93 abwickeln können. Mit einer staatlich abgesicherten ID-Wallet, die den höchsten Datenschutz-
94 und IT-Sicherheitsstandards entspricht, sollen Bürger*innen ihren Personalausweis, ihren
95 Führerschein oder ihre Krankenkassenkarte, aber auch Zahlungsdaten und Mitgliedschaften
96 sicher auf dem Smartphone verwahren können und nicht auf private Anbieter angewiesen sein
97 müssen. Diese digitalen Identitäten können dann auch für die sichere Nutzung von privaten
98 Diensten wie Online-Versandhandel genutzt werden. Dafür schaffen wir die gesetzliche
99 Grundlage, fördern die öffentliche Entwicklung und Zertifizierung. Europa und Deutschland
100 müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch
101 Souveränität schaffen.

102 **Transparenz-Gesetz für Open Data**

103 Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische
104 Dienstleistungen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue
105 technologische Anwendungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus staatlichen
106 Beständen wichtig. Wir heben den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten nicht
107 personenbeziehbaren Daten und wollen diesen zeitnah, kosten- und lizenzfrei zur Verfügung
108 stellen. Das bestehende Datenportal GovData wollen wir zu einem zentralen und
109 nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen. Auch offene Software, offene
110 Standards und offene Schnittstellen fördern wir, indem wir sie als Standard in die Vergabe-
111 und Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.

112 **Bessere Daten für die Forschung – bessere Entscheidungsgrundlagen für 113 die Politik**

114 Auch die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass Deutschland bei Forschungsdaten weit
115 hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten quasi in Echtzeit
116 vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten, fehlen bei uns
117 hinreichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah Daten der
118 Forschung und den politischen Entscheidungsträger*innen zur Verfügung stellen. Dafür richten
119 wir ein Forschungsdatenzentrum beim Statistischen Bundesamt ein, mit einem gesetzlichen
120 Forschungsauftrag und einem eigenen Forschungsinstitut. Wir werden auch Unsicherheiten bei
121 der Datenverknüpfung beseitigen und ein Datentreuhandzentrum einrichten, das, unter
122 Datenschutzaufgaben, Daten aus unterschiedlichen öffentlichen Statistiken verknüpfen darf.

123 **Klimaneutrale Bundesverwaltung**

124 Klimaschutz braucht Vorreiter und Vorbilder. Wir wollen, dass die Bundesverwaltung endlich
125 beides wird. Die Bundesverwaltung muss klimaneutral werden. Das umfasst sowohl die
126 Versorgung mit Ökostrom und den Fuhrpark der Bundesbehörden als auch die Gebäude des Bundes,
127 die mit erneuerbaren Heiz- und Kühlsystemen ausgestattet und umfassend energetisch
128 modernisiert werden. Mit der Einführung eines Solarstandards über Neubauten hinaus werden
129 die Dächer der Bundesbehörden zu Kraftwerken. Zudem sorgen wir dafür, dass der Bund seine
130 Beschaffung sofort an ökologischen und sozialen Kriterien orientiert. So geht die Politik
131 mit gutem Beispiel voran.

132 **Der lernende Staat**

133 Corona- und Klimakrise führen uns vor Augen, mit welcher großen Herausforderungen Regierung
134 und Verwaltung heute umgehen müssen. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung in die Lage

135 versetzt wird, vorausschauend zu handeln und sich zugleich zügig und konsequent an ihre
136 jeweiligen Aufgaben anzupassen. Dafür braucht es eine Kultur behördlicher Zusammenarbeit
137 sowie innovative und flexible Arbeitsstrukturen. Innovationseinheiten in den Behörden sollen
138 eng und transparent mit Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden zusammenarbeiten, sich
139 untereinander vernetzen sowie neue Ideen testen und eine positive Fehlerkultur etablieren.
140 Mitarbeiter*innen und Beamt*innen der öffentlichen Verwaltung sollen außerdem in ihrer
141 Expertise und Kreativität gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns zudem für mehr
142 Kooperation der Ministerien bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele ein.

143 **Justiz entlasten und digitalisieren**

144 Strafverfolgungsbehörden und Gerichte haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu kämpfen.
145 Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal, durch die
146 Entkriminalisierung von Bagatelldelikten und durch eine flächendeckende Ausstattung der
147 Justiz mit der nötigen Technik. Die Digitalisierung der Justiz wie auch ihren Personalbedarf
148 werden wir durch einen Bund-Länder-Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung des
149 Ende 2021 auslaufenden Pakts für den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung umsetzen.
150 Polizei und Staatsanwaltschaft müssen digital zusammenarbeiten können, wozu es einheitliche
151 Programme und zureichende Bandbreiten braucht. Wir fördern und vereinfachen die
152 elektronische Kommunikation zwischen Bürger*innen und Justiz. Dazu gehört der leichte Zugang
153 zum Recht durch schnelle Online-Verfahren für einfache Rechtssachen.

154 **Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren**

155 Der öffentliche Dienst, die Millionen Menschen, die in Verwaltungen, Ministerien und
156 Behörden arbeiten, sind ein Rückgrat unserer Demokratie und das Fundament unseres
157 Gemeinwesens. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde zu oft am öffentlichen Dienst gespart
158 und gekürzt – die Konsequenzen spüren wir heute alle. Damit unser Staat mit den großen
159 Herausforderungen Schritt halten kann, müssen die Mitarbeiter*innen unseres Gemeinwesens in
160 die Lage dazu versetzt werden. Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst wieder stärken und
161 ihn zugleich modernisieren. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute Bezahlung,
162 flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst fit für das 21.
163 Jahrhundert. Dazu starten wir eine große Fortbildungsoffensive für die öffentliche
164 Verwaltung und werden die Digitalisierung zum Schwerpunkt einer jeden Verwaltungsausbildung
165 machen.

166 **Vielfalt in der Verwaltung**

167 Die Vielfalt Deutschlands sollte sich auch in seiner Verwaltung widerspiegeln, denn das
168 trägt zu Vertrauen und Bürger*innennähe bei. Eine diverse Verwaltung entsteht aber nicht von
169 selbst, sondern benötigt Mittel, Strukturen und gezielte Förderung. Im Bereich des
170 öffentlichen Dienstes und der Unternehmen mit Bundesbeteiligung hat der Staat die
171 Möglichkeit, als gutes Beispiel in Sachen Vielfalt voranzugehen, so beispielsweise
172 Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu fördern und bei der Einstellungs- und
173 Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die
174 gesellschaftliche Vielfalt zu beachten und in den Unternehmensleitbildern das Ziel der
175 Gleichberechtigung und der Repräsentanz diskriminierter Gruppen zu verankern. Ganz besonders
176 gilt dies für die im Bewerbungsprozess besonders relevanten Einheiten wie die
177 Personalabteilung oder Einstellungskommissionen, die so weit wie möglich geschlechtergerecht
178 und vielfältig zu besetzen sind. Wir werden verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des
179 Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund einführen. Das „Diversity-Budgeting“, also
180 den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt besonders fördernden
181 Weise, wollen wir voranbringen.

182 **Wir treten ein für Vielfalt, Anerkennung und gleiche** 183 **Rechte**

184 **Einheit in Vielfalt**

185 Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. Zusammenhalt in Vielfalt
186 setzt voraus, respektiert und gehört zu werden, gleichberechtigt mitgestalten und teilhaben
187 zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleiche zu begegnen, das Gemeinsame neben
188 den Unterschieden zu sehen. Damit die Perspektive und Expertise derjenigen, die von
189 Diskriminierung betroffen sind, gehört werden, sie als Gleiche die Möglichkeit zur vollen
190 Teilhabe erhalten, wollen wir einen Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als
191 ein gesetzlich verankertes und unabhängiges Gremium einführen, mit Vertreter*innen aus der
192 (post)migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung. Um den gesellschaftlichen
193 Zusammenhalt zu fördern, wollen wir die verschiedenen gesellschaftlichen Themen, die die
194 Teilhabe an der offenen und vielfältigen Einwanderungsgesellschaft betreffen, bei einem
195 Ministerium bündeln und diese Themen aus dem Innenministerium herauslösen. Für mehr
196 Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das
197 Bundesgremiengesetz reformieren. Alle, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier haben,
198 sollen ein kommunales Wahlrecht erhalten.

199 **Konsequent gegen Rassismus**

200 Rassismus ist Realität im Alltag, auf der Straße, im Netz, in Institutionen. Er betrifft
201 nicht alle von uns gleichermaßen, aber er geht uns alle gleichermaßen an. Rassismus und alle
202 Formen von Diskriminierungen stellen nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen
203 Menschen dar, sondern bedrohen auch das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben. Wir
204 wollen den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen und strukturellem Rassismus
205 mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch in der Verfassung verankern, ergänzend zur
206 überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“ sowie der expliziten Benennung von
207 Diskriminierung aufgrund sexueller Identität. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes
208 (ADS) muss unabhängiger und wirkmächtiger werden – mit mehr Personal, Budget und
209 Kompetenzen. Zudem wollen wir eine*n weisungsunabhängige*n und finanziell gut
210 ausgestattete*n Antirassismusbeauftragte*n einsetzen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz
211 soll zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickelt werden. Das Netz
212 zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen soll flächendeckend ausgebaut und in den
213 Institutionen sollen Anlaufstellen geschaffen werden. Wir werden die Forschung zu
214 Diskriminierung und Rassismus ausbauen, insbesondere Antidiskriminierungs- und
215 Gleichstellungsdaten erheben und unabhängige wissenschaftliche Studien in Bezug auf
216 staatliche Institutionen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und
217 Postkolonialismus wollen wir in Lehrplänen verankern.

218 **Unterstützung und Sicherheit für Juden und Jüdinnen in Deutschland**

219 Jüdisches Leben in seiner Vielfalt und seiner Selbstentfaltung in Deutschland werden wir
220 konsequent fördern und sichtbar machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die
221 jüdisches religiöses Leben, Kultur und Bildung stärken. Wir wollen politische und kulturelle
222 Bildungsangebote für alle Bürger*innen zugänglich machen, um Wissen über das jüdische Leben
223 sowie Kontakte und Erfahrungen mit jüdischen Menschen und Einrichtungen zu vermitteln, auch
224 über schulische und universitäre Curricula. Dafür müssen sich jüdische Menschen in
225 Deutschland sicher fühlen können. Sicherheit von Jüdinnen und Juden und den Schutz jüdischer
226 Einrichtungen und Gemeinden müssen wir umfassend gewährleisten. Antisemitische Anschläge in
227 der Gegenwart, allen voran der von Halle, erinnern uns daran, wie stark der Antisemitismus
228 noch immer in Deutschland verbreitet ist. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung,
229 Antisemitismus, auch im Alltäglichen, mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Dafür
230 braucht es bessere Analysekapazitäten und eine entschlossene Ahndung und Dokumentation

231 antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Narrative und verschwörungsideologische Erzählungen
232 – auch im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen – müssen entlarvt werden.
233 Präventionsmaßnahmen und sensibilisierende Aus- und Fortbildungen, allen voran der
234 Mitarbeiter*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte, wollen
235 wir gezielt ausbauen. Antisemitismus soll auch abseits des Geschichtsunterrichts in den
236 Lehrplänen verankert werden.

237 **Muslim*innen schützen und stärken**

238 Der Islam gehört zu Deutschland, jedoch sind Muslim*innen überproportional von struktureller
239 Diskriminierung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, sowie von gewalttätigen Übergriffen
240 betroffen. Der Anschlag von Hanau, die fortdauernden Bedrohungen muslimischer Einrichtungen
241 zeigen, wie dringend nötig umfassende Schutzkonzepte sowie Präventionsprogramme sind. Opfer
242 müssen geschützt, beraten und gestärkt, die Ursachen der Muslim*innenfeindlichkeit verstärkt
243 in den Blick genommen werden. Tatsächliche Gleichstellung setzt rechtliche Gleichstellung
244 voraus. Im Bereich der religiösen Pluralität stellt das deutsche Religionsverfassungsrecht
245 eine gute Grundlage dar, um die Vielfalt auch in einer modernen Einwanderungsgesellschaft zu
246 gewährleisten. Der Staat darf keine Religion diskriminieren oder ungerechtfertigt
247 bevorzugen. Wir unterstützen Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, die in
248 keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und
249 deren oder dessen jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst bestimmen.
250 Für die eigenständige und selbstbewusste Religionsausübung von Muslim*innen ist eine Imam-
251 Ausbildung in Deutschland dringend notwendig. Dafür wollen wir islamisch-theologische und
252 praxisorientierte Aus- und Weiterbildungsprogramme für Imame und islamische
253 Religionsbedienstete in Kooperation mit den Instituten für islamische Theologie bundesweit
254 etablieren und unterstützen.

255 **Antiziganismus entschlossen bekämpfen**

256 Immer noch leiden Menschen mit Romani-Hintergrund in Deutschland an einem tiefsitzenden
257 Antiziganismus, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Immer noch werden Angehörige
258 der größten Minderheit in der Europäischen Union beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen
259 und Arbeit benachteiligt. Wir wollen deshalb die neue EU-Roma-Rahmenstrategie (Post-2020)
260 umsetzen. Dafür braucht es eine mit ausreichend finanziellen Mitteln und Befugnissen
261 ausgestattete „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring der
262 deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern, Verwaltungen und
263 Selbstorganisationen übernimmt. Der Erhalt von Sprache und Kulturen von Sinti*innen und
264 Rom*nja muss aktiv gefördert sowie eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Monitoring- und
265 Informationsstelle zur Dokumentation und Aufarbeitung antiziganistischer Vorfälle und zur
266 Unterstützung der Betroffenen eingerichtet werden.

267 **Ein Barrierefreiheits-Gesetz**

268 Wir treten für eine inklusive Gesellschaft ein. Für behinderte und ältere Menschen, Eltern
269 mit Kinderwagen oder Verletzte mit Gipsbein sind jedoch Stufen, zu enge Türen oder schwer
270 lesbare Webseiten oft im Weg, es ist mühsam, manchmal unmöglich, Angebote zu nutzen, die für
271 andere selbstverständlich sind. Wir wollen Barrierefreiheit schaffen, damit Menschen mit
272 Behinderungen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und selbstbestimmt, gemeinsam
273 mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und arbeiten können. Das wollen wir mit einem
274 „Barrierefreiheits-Gesetz“ erreichen. Durch eine Erhöhung der Bundesförderung soll mehr
275 barrierefreier Wohnraum entstehen. Den Abbau von Barrieren in Städten und Dörfern werden wir
276 im Rahmen der Städtebauförderung unterstützen.

277 **Verhältnis Kirche und Staat reformieren**

278 Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Sie
279 sind zuverlässige Partner, wenn es um gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. Die Betreuung
280 von Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderungen und Kindern wäre ohne die Vielfalt auch
281 der kirchlichen Träger nicht möglich. Ihre tatkräftige Unterstützung, wenn es um
282 Seenotrettung und die Integration von Geflüchteten geht, ist ein wichtiger
283 gesellschaftlicher Beitrag. Das Grundrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit wollen
284 wir, auch weltweit, weiter stärken. Gleichzeitig wahren wir das Selbstbestimmungsrecht der
285 Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen unabhängigen
286 Religions- und Weltanschauungen, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum
287 säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Die besondere Beziehung zwischen Staat und
288 den christlichen Kirchen wollen wir erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen Realität
289 anpassen. So wollen wir, dass beispielsweise das kirchliche Arbeitsrecht reformiert wird.
290 Außerdem wollen wir die Vollendung des Verfassungsauftrags zur Ablösung der Staatsleistungen
291 umsetzen.

292 **Wir erneuern das demokratische Fundament**

293 **Für eine saubere Politik**

294 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen. Grundlage sind klare Regeln und die Haltung
295 der Menschen, die sie vertreten. Wir wollen Vertrauen ermöglichen und das Primat der Politik
296 gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen. Seit Jahren drängen wir darauf, dass
297 politische Interessensvertretung transparent, nachvollziehbar und fair ist. Bereits bei der
298 Entstehung von Gesetzen muss sichtbar sein, wer Einfluss genommen und welche Akteur*innen
299 mitgewirkt haben. Dafür wollen wir mit einem gesetzlichen Lobbyregister wirkungsvoll den
300 Einfluss organisierter Interessensgruppen und von Lobbyist*innen bei Bundesregierung und
301 Bundestag offenlegen. Interessenskonflikte wollen wir verhindern und Abgeordneten eine
302 entgeltliche Lobbytätigkeit neben ihrem Mandat untersagen und die gesetzliche Regelung zur
303 Abgeordnetenbestechung klarer fassen. Wir wollen, dass der Wechsel aus Regierungsämtern in
304 die Wirtschaft für eine Karenzzeit von zwei Jahren nach Ausscheiden auf Interessenskonflikte
305 geprüft wird. Einkünfte von Abgeordneten aus Nebentätigkeiten sollen auf Euro und Cent
306 veröffentlicht werden, für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen von Abgeordneten
307 braucht es striktere Regeln. Die Annahme von Direktspenden durch parteigebundene Abgeordnete
308 sollte verboten werden. Spenden an Parteien müssen transparenter gemacht werden, deshalb
309 wollen wir striktere Veröffentlichungsregeln. Parteispenden sollen auf natürliche Personen
310 beschränkt und auf einen jährlichen Höchstbetrag gedeckelt werden. Solange es keine
311 gesetzliche Regelung gibt, wollen wir uns im politischen Wettbewerb nicht schlechterstellen
312 als die politische Konkurrenz. Für das Parteiensponsoring wollen wir eine gesetzliche
313 Regelung und eine Veröffentlichung ab dem ersten Euro einführen. Das Parteiengesetz und die
314 unabhängige Kontrolle werden wir stärken.

315 **Parlament stärken, Wahlrecht reformieren**

316 Der Bundestag ist der zentrale Ort für öffentliche Debatten, Rede und Gegenrede und
317 Entscheidungen unserer Demokratie. Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende Beratung
318 und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Wir wollen die Rolle des Bundestages
319 bei der Gesetzgebung ausbauen. Seine Arbeitsfähigkeit ist zu garantieren und zu stärken.
320 Deshalb setzen wir uns für eine Wahlrechtsreform ein, die das Parlament kleiner macht, fair
321 und verfassungsgemäß ist und bei der jede Stimme gleich viel wert ist. Die Sitzungen der
322 Fachausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Die
323 Abgeordneten sollen in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung mit einem
324 Akteneinsichtsrecht gestärkt werden.

325 **Macht fair teilen, auch in den Parlamenten**

326 Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative Demokratie
327 muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege,
328 die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Das bedeutet auch, dass es
329 dringend mehr Frauen im Parlament braucht. Frauen sollten überall gleichberechtigt vertreten
330 sein, wo Entscheidungen getroffen werden, die uns alle betreffen. Gleichberechtigung ist ein
331 historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag für uns alle. Dass Parität per Gesetz
332 wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. Dass
333 verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten aus Bund
334 und Ländern aufgezeigt. Wir wollen die Parität vorantreiben und entsprechende
335 Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen das politische Engagement zu erleichtern,
336 braucht es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in und die Gestaltung von
337 Politik erleichtern.

338 **Mit 16 wählen**

339 Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger*innen, vom Kindes- bis
340 ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die Zukunft
341 junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die
342 Gesellschaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen und
343 ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie zukunftssicherer.
344 Darum werden wir uns dafür einsetzen, das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen auf 16
345 Jahre abzusenken.

346 **Bürger*innenräte für mehr Beteiligung**

347 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die Repräsentanz.
348 Mit Bürger*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die
349 Alltagsexpertise von Bürger*innen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Auf
350 Initiative der Regierung, des Parlaments oder eines Bürger*innenbegehrens beraten zufällig
351 ausgewählte Bürger*innen in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung.
352 Sie erarbeiten Handlungsempfehlungen und geben Impulse für die öffentliche
353 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Eine freie, gleiche und faire
354 Beratung muss sichergestellt werden. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen
355 auseinandersetzen. Außerdem werden wir ein digitales Portal, wie es zum Beispiel in Baden-
356 Württemberg schon erfolgreich angewendet wird, für die aktive Beteiligung an der
357 Gesetzgebung einführen und das Petitionsrecht zu einem leicht zugänglichen Instrument für
358 bessere Mitwirkung am demokratischen Prozess ausbauen.

359 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle und eine vielfältige 360 Medienlandschaft**

361 Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir haben in
362 Deutschland eine vielfältige Medienlandschaft aus öffentlich-rechtlichen, privaten und Non-
363 Profit-Angeboten. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen
364 öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle und arbeiten dafür, dass er stark und zukunftsfest
365 aufgestellt ist. Dazu zählen auch eine ausreichende Finanzierung und ein Programmauftrag,
366 der alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst. Aus der besonderen Stellung des öffentlich-
367 rechtlichen Rundfunks und dem Anspruch, dass er die Lebenswelt und Interessen aller
368 angemessen abbildet, ergeben sich auch Reformbedarfe. Hierfür wollen wir gemeinsam mit den
369 Ländern eine Initiative auf den Weg bringen und in der Breite der Gesellschaft eine Debatte
370 darüber führen, wie öffentlich-rechtliche Medien im 21. Jahrhundert aussehen sollen. Wir
371 setzen uns dafür ein, dass die Rundfunkräte die Vielfalt und unterschiedlichen Perspektiven
372 unserer heutigen Gesellschaft besser abbilden, dass sie durchsetzungstärker sowie sender-
373 und staatsferner werden. Die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender wollen wir zu

374 gemeinsamen Plattformen weiterentwickeln, die europäisch verzahnt werden können, um so die
375 europäische Demokratie zu stärken.

376 **Hasskriminalität im Netz bekämpfen**

377 Digitale Plattformen und Anwendungen müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Uns
378 geht es darum, Nutzer*innenrechte zu stärken und dabei die Balance zwischen
379 Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit zu wahren. Wir wollen Hasskriminalität im Netz
380 wirksamer bekämpfen und dafür einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen
381 sich schnell und effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die
382 ambitionierte Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des europäischen Digital Services Act
383 erreichen. Wir treten für einen effektiven Umgang mit Nutzer*innenbeschwerden, eine
384 Verbesserung der Strafverfolgung und zivilrechtlicher Durchsetzung ein. Dafür brauchen wir
385 personell wie technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden. Diese müssen, gut
386 geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können. Plattformbetreiber müssen
387 ihrer großen Verantwortung gerecht werden. Sie dürfen bestehende Rechte nicht aushöhlen,
388 sind für eigene Inhalte haftbar und müssen beim Moderieren von Inhalten die Grundrechte
389 wahren. Große Anbieter sollen sich durch eine Abgabe an den unabhängigen Beratungsangeboten
390 für Betroffene von Hass und Hetze beteiligen. Dies wollen wir bündeln in ein Gesetz für
391 digitalen Gewaltschutz, das die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen, wenn
392 keine Täter*in festgestellt wird. Für den Umgang mit Desinformation, aber auch für die
393 Rechtskontrolle der Anbieter insgesamt wollen wir die Aufsicht national wie auch europäisch
394 besser strukturieren, unter anderem mit einer gemeinsamen Medienanstalt der Länder. Eine
395 Verpflichtung zum Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir ab.

396 **Software für die Allgemeinheit**

397 Unser Alltag wird immer häufiger von Teilhabe an und Zugang zu Software geprägt. Freie und
398 offene Software bildet dabei eine Grundlage unzähliger Anwendungen, seien es digitale
399 Lernplattformen, sichere Anwendungen für die Heimarbeit, Stärkung der IT-Sicherheit mit
400 guter Verschlüsselung oder sichere und einfache Abstimmungsmöglichkeiten in der Vereins- und
401 Parteiarbeit. Sie spielt in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen eine
402 entscheidende Rolle und ist Grundlage für unsere Anforderungen in Bezug auf Offenheit,
403 Teilhabe und Sicherheit. Doch oftmals fehlt es den Entwickler*innen an Unterstützung, diese
404 dauerhaft auf dem neusten Stand der Technik zu halten und anwendungsfreundlich zu gestalten.
405 Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die
406 gesellschaftlich relevante freie und offene Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft,
407 Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung stehen.

408 **Demokratiefördergesetz für eine starke Zivilgesellschaft**

409 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in
410 unserer Demokratie. Engagierte Menschen, vor allem Ehrenamtler*innen in Initiativen,
411 Verbänden, Vereinen oder NGOs, stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen
412 auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen und leisten ihren Beitrag zur Willensbildung. Wir
413 machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne
414 Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem Demokratiefördergesetz
415 werden wir ihr Engagement nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell
416 absichern. Die Arbeit der politischen Stiftungen wollen wir verbindlicher und transparenter
417 regeln, auch in ihrem Verhältnis zu den Parteien, und dafür eine eigenständige gesetzliche
418 Grundlage schaffen.

419 **Gemeinnützigkeit reformieren**

420 Alle Bürger*innen sollen gleichberechtigt an der Willensbildung unserer Gesellschaft
421 teilhaben können. Die Gemeinnützigkeit ist dafür ein wichtiger Status, der an vielen Stellen

422 überhaupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben, sorgen
 423 wir deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre gemeinnützigen
 424 Ziele sollen sie auch durch politische Aktivitäten wie Studien und Demonstrationen
 425 verwirklichen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen Staatswesens, sondern auch
 426 die Förderung tragender Grundsätze sollte klar gemeinnützig sein. Die Gemeinnützigkeit
 427 zusätzlicher Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der nationalen und internationalen
 428 Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes
 429 und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von Diskriminierung wollen
 430 wir anerkennen und stärken. Auch der E-Sport soll gemeinnützig werden. Mit der Einführung
 431 einer Demokratieklausele stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen
 432 Debatten beteiligen können. Für mehr Transparenz sorgen wir mit einem
 433 Gemeinnützigkeitsregister und einfach handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur
 434 Offenlegung der Spendenstruktur.

435 **Freiwilligendienst ausbauen und für alle ermöglichen**

436 Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind vielfältig, Millionen Menschen stärken damit den
 437 Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze im
 438 Jahr erweitern und machen uns für eine rechtliche Garantie für einen Platz stark. Die
 439 Freiwilligendienste sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig
 440 vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Auch für Ältere und Menschen mit Behinderungen
 441 sollen die Rahmenbedingungen attraktiver und inklusiver werden. Zusammen mit Ländern und
 442 Kommunen wollen wir eine Engagementkarte für Vergünstigungen einführen, beispielsweise für
 443 Schwimmbäder oder Theater, und erkennen die Leistung der vielen Engagierten mehr an.

444 **Wir gestalten die vielfältige Einwanderungsgesellschaft**

445 **Einbürgerung erleichtern**

446 Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und
 447 Zugehörigkeit sicher. Wer in Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten,
 448 deutsche*r Staatsbürger*in zu werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen
 449 Aufenthalt in Deutschland hat. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser
 450 Gesellschaft geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf Jahren
 451 Aufenthalt in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können. Den
 452 Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit
 453 anerkennen. Die vorgenommenen Aushöhlungen des Staatsangehörigkeitsrechts wollen wir
 454 zurücknehmen. Hindernisse bei der Identitätsklärung, die nicht in der Hand der
 455 Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht angelastet werden.

456 **Ein modernes Einwanderungsgesetz für eine vielfältige 457 Einwanderungsgesellschaft**

458 Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch bis heute fehlen eine aktive
 459 Einwanderungspolitik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich fördert und
 460 nicht komplizierter macht. Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das neue
 461 Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch im gering- und
 462 unqualifizierten Bereich –, das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet,
 463 das globale und regionale Notwendigkeiten berücksichtigt und flexibel auf die Bedarfe des
 464 Arbeitsmarktes reagiert. Dafür soll auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs eine
 465 punktebasierte Talentkarte eingeführt werden. Wir erleichtern die Bildungsmigration über
 466 Stipendien und Ausbildungsvisa, genauso wie die Voraussetzungen für eine unbefristete
 467 Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen.
 468 Außerdem beenden wir den automatischen Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach einem
 469 sechsmonatigen Aufenthalt im Ausland. Für Menschen, die sich ohne sicheren Aufenthaltstitel

470 in Deutschland befinden, jedoch in den Arbeitsmarkt integriert sind oder deren
471 Qualifizierung in den Arbeitskräftebedarf passt, soll es die Möglichkeit zum echten
472 Spurwechsel geben. Gut funktionierende Konzepte der Arbeitsmigration, wie die
473 Westbalkanregelung, bauen wir aus und verstetigen sie.

474 **Integration gelingt nur mittendrin – Sprache, Zugang, Teilhabe von** 475 **Anfang an**

476 Integration ist in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft der erste Schritt auf dem
477 Weg zu gleichen Teilhabechancen in zentralen Bereichen des Lebens. Sie ist ein
478 wechselseitiger Prozess und stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch
479 an alle, die schon länger hier leben. Für das Zusammenleben sind die Werte des Grundgesetzes
480 die Grundlage. Wir treten dafür ein, dass alle neu ankommenden Migrant*innen und
481 Geflüchteten von Anfang an ein Recht auf einen kostenfreien Zugang zu passgenauen und gut
482 erreichbaren Sprach- und Integrationskursen haben. Denn derzeit ist das für viele Personen
483 im Asylverfahren, Geduldete und EU-Bürger*innen nur schwer und kostenpflichtig möglich.
484 Zudem wollen wir die nach 2015 ausgebauten Angebote an weiterführenden Sprachkursen
485 aufrechterhalten. Genauso wichtig für eine gelingende Integration sind die möglichst
486 dezentrale Unterbringung, ein breites Beratungsangebot gerade auch für Familien sowie der
487 unterschiedlose Zugang zu Wohnraum, Gesundheits- und Sozialleistungen sowie zu Kitas,
488 Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit. Gezielte Unterstützung ermöglicht Teilhabe und
489 stärkt den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen auf europäischer Ebene einen
490 kommunalen Integrationsfonds auflegen, um europaweit das Ankommen in den Kommunen direkt zu
491 unterstützen. Damit sollen unter anderem Migrationsberatungsstellen gestärkt und aufgebaut,
492 zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen gefördert und strukturelle Entlastungen der
493 Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklären, in der EU gesichert
494 werden. Betriebe, die Geflüchteten eine Chance auf Ausbildung oder Beschäftigung geben,
495 brauchen entsprechende Unterstützung und Förderung.

496 **Asylverfahren rechtssicher und transparent**

497 Wir wollen, dass Asylverfahren in Deutschland rechtssicher, fair und transparent gestaltet
498 sind. Wir wollen dafür sorgen, dass es zügig zu einer Entscheidung über den Aufenthaltstitel
499 kommt, damit Menschen früh verbindliche Gewissheit haben, ob sie bleiben können oder nicht.
500 Eine nichtstaatliche unabhängige Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der
501 Ankunft bis zum Abschluss des Asylverfahrens, wollen wir sicherstellen und die verlängerte
502 Verweildauer von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf mögliche 18 Monate
503 rückgängig machen auf wieder 6 Monate. Die dezentrale Unterbringung sollte immer Vorrang
504 haben. Wir wollen das Recht von Kindern, unabhängig von der Bleibeperspektive, auf Zugang zu
505 Bildungsangeboten garantieren. Wir beenden die flächendeckenden und anlasslosen
506 Widerrufsprüfungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und optimieren
507 so das Asylprozessrecht. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und damit
508 eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Geflüchteten, die ein
509 echtes Ankommen und Teilhabe erschwert. Integrationsfeindliche gesetzliche Regelungen wie
510 Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage schaffen wir ab. Die in den vergangenen Jahren
511 vorgenommenen Aushöhlungen des Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Die Ausrufung „sicherer“
512 Herkunfts- oder Drittstaaten lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene.

513 **Raus aus der Duldung**

514 Mehr als 200.000 Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – leben über viele Jahre
515 in einem Zustand der Perspektivlosigkeit und Rechtsunsicherheit in Deutschland, weil sie nur
516 geduldet sind. Das ist weder für die Betroffenen noch für das gesellschaftliche
517 Zusammenleben gut. Nicht zu wissen, ob Deutschland wirklich Heimat wird, erschwert die
518 Integration massiv. Wir wollen die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu Duldung

519 hangeln müssen, deshalb möglichst auf null reduzieren. Für diese Menschen braucht es nach
 520 fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien
 521 mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen. Durch
 522 die Umwandlung der Ausbildungsduldung in ein Ausbildungsbleiberecht verschaffen wir den
 523 Menschen einen verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt und sorgen für die
 524 Betriebe für Planungssicherheit. Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und
 525 aufenthaltsrechtlichen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein Asyl
 526 bekommen und in ihrem Herkunftsland nicht gefährdet sind, müssen zügig wieder ausreisen. Wir
 527 wollen dies durch schnelle und wirksame Unterstützung und Beratung erleichtern.
 528 Abschiebungen, zum Beispiel über Rückübernahmeabkommen, sind das letzte Mittel, wenn die
 529 Rückkehr verweigert wird, freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Abschiebungen in
 530 Kriegs- und Krisenländer wollen wir beenden, den Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan
 531 wieder einsetzen.

532 **Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und** 533 **Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus**

534 **Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen**

535 Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit.
 536 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und
 537 auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die
 538 Parlamente. Das ist eine Aufgabe für alle Geschlechter. Dafür braucht es auch Männer, die
 539 für eine Gesellschaft eintreten, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung gerecht
 540 geteilt werden. Geschlechtergerechtigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Mit einem Gender-
 541 Check wollen wir prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der
 542 Geschlechter voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen. Die
 543 neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven Institution
 544 ausbauen, die gesichertes Wissen zu den Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und
 545 wirksame Maßnahmen für Gleichberechtigung entwickelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik
 546 und Öffentlichkeit zugänglich macht. Hierfür leisten die Sozialwissenschaften und die
 547 Genderstudies einen unverzichtbaren Beitrag. Wir brauchen eine Gleichberechtigungsstrategie,
 548 die alle Lebens- und Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend arbeitet und die
 549 Erkenntnisse in umsetzbare Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische Regierung,
 550 in der Frauen und Männer gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

551 **Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen**

552 Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine
 553 gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Gewalt im häuslichen und persönlichen Nahbereich
 554 wird oft verharmlost, sowohl in der medialen Darstellung als auch in der Rechtsprechung. Mit
 555 der Istanbul-Konvention haben wir ein Instrument an der Hand, das die notwendigen Maßnahmen
 556 beschreibt. Dazu gehört auch eine Reform der Kriminalstatistik, damit das ganze Ausmaß der
 557 in Deutschland verübten Verbrechen, die aus Frauenhass begangen werden, differenziert
 558 erfasst wird und diese Taten systematisch als Hassverbrechen eingestuft werden.
 559 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns
 560 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Polizei
 561 und Justiz müssen im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassend geschult und
 562 sensibilisiert sein. Opfer von Vergewaltigungen brauchen eine qualifizierte
 563 Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach. Wir werden
 564 Monitoringstellen einrichten und die getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit
 565 prüfen.

566 **Frauenhäuser absichern**

567 Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des Staates,
568 Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Frauenhäusern kommt hierbei eine
569 Schlüsselrolle zu. Denn jede von Gewalt betroffene Frau, ob mit oder ohne Kinder, braucht
570 eine Anlaufstelle und Schutz – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status, ihrer
571 Wohnsituation oder davon, ob sie eine Beeinträchtigung hat. Mit einem gesetzlichen
572 Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine
573 Geldleistung des Bundes Betroffene ab und verbessern den Zugang zu Schutzeinrichtungen und
574 deren Angeboten für alle Frauen. Länder und Kommunen müssen weiterhin ihrerseits ihrer
575 Finanzierungsverantwortung nachkommen. Für die Aufenthaltszeit in einem Frauenhaus sollen
576 Betroffene, die Sozialleistungen erhalten, nicht schlechtergestellt werden. Wir brauchen
577 Frauenhäuser, in denen Kinder, auch wenn sie älter sind, mit aufgenommen werden können.
578 Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume, insbesondere auch für
579 queere, trans- und intergeschlechtliche Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden.

580 **Vor Zwang schützen**

581 Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz. Dazu sollen
582 Prostitutionsstätten strenger kontrolliert werden und in Zukunft einer Erlaubnispflicht
583 unterliegen. Außerdem wollen wir Beratungsangebote ausbauen und finanziell unterstützen.
584 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir
585 mit den Mitteln des Strafrechts, aber auch durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen,
586 Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen werden. Opfer von
587 Menschenhandel einfach abzuschieben ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und
588 Aussagebereitschaft durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung der
589 Täter*innen würde erleichtert. Zwangsverheiratungen sind Menschenrechtsverletzungen. Frauen
590 und Männer, die davon bedroht sind, brauchen Hilfe und Schutz und gute Beratung durch
591 verlässlich finanzierte Beratungsstellen. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine massive
592 Verletzung der körperlichen Integrität. Es ist entscheidend, dass wir den Betroffenen helfen
593 und sie schützen, auch durch internationale Aufklärungs- und Hilfskampagnen. Doch auch in
594 Deutschland brauchen wir eine Strategie dagegen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die
595 sich in diesem Bereich engagieren, wollen wir besser unterstützen, die Kontaktpersonen der
596 Mädchen sowie pädagogisches Personal und Jugendämter sollen geschult und sensibilisiert
597 werden.

598 **Selbstbestimmung durch Gesundheitsversorgung**

599 Alle Menschen, auch Mädchen und Frauen, sollen selbst über ihren Körper und ihr Leben
600 entscheiden können. Eine gute Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und
601 umfassender Informationen zum Schwangerschaftsabbruch sind dafür notwendig. Die
602 Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, gehört mit zu den
603 schwersten im Leben. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass diese Frauen gut beraten und
604 medizinisch professionell versorgt werden. Wir streiten für eine ausreichende und
605 wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche
606 vornehmen. Das Thema muss in die Ausbildung von Ärzt*innen nach international anerkannten
607 Standards integriert werden. Familienplanungs- und Beratungsstellen werden wir absichern und
608 die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Um die Versorgung für Frauen dauerhaft zu
609 gewährleisten, braucht es eine Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von
610 selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kostenübernahme. Frauen, die sich für einen
611 Abbruch entscheiden, und Ärzt*innen, die einen solchen ausführen, müssen etwa durch die
612 Einrichtung von Schutzzonen vor Anfeindungen und Gehsteigbelästigungen geschützt werden.
613 Ungewollt Schwangere brauchen den bestmöglichen Zugang zu Informationen. Um diesen zu
614 gewährleisten und Ärzt*innen zu schützen, gilt es den § 219 a aus dem Strafgesetzbuch zu
615 streichen. Die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung müssen für
616 Empfängerinnen von staatlichen Transferleistungen übernommen werden.

617 **Homo- und Transfeindlichkeit bekämpfen**

618 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*- und queere Menschen (LSBTIQ*) sollen
619 selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche
620 Diskriminierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes
621 Signal setzen und den Begriff „sexuelle Identität“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes
622 ergänzen. Wir werden einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan „Vielfalt leben!“
623 für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen mit dem Ziel, LSBTIQ*
624 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren und Vielfalt und
625 Akzeptanz zu fördern. Dazu gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ*-inklusive
626 Gesellschaftspolitik sowie eine langfristige Strukturförderung der LSBTIQ*-Verbände. Gegen
627 LSBTIQ* gerichtete Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. Das diskriminierende
628 Blutspendeverbot für homosexuelle Männer wollen wir aufheben. Um queere Jugendliche zu
629 schützen und zu stärken, wollen wir mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne für junge
630 Menschen über die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten
631 informieren und bezüglich Homo- und Transphobie sensibilisieren. Wir werden uns gemeinsam
632 mit den Ländern dafür einsetzen, dass sich geschlechtliche Vielfalt und Diversität in den
633 Lehr- und Bildungsplänen wiederfinden.

634 **Selbstbestimmung garantieren, Transsexuellengesetz aufheben**

635 Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir dafür sorgen, dass das überholte
636 Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird. Eine Änderung der Geschlechtsangabe auf Antrag
637 der betroffenen Person werden wir ermöglichen und das Offenbarungsverbot konkretisieren. Wir
638 schreiben fest, dass nicht notwendige Operationen und Behandlungen an intergeschlechtlichen
639 Kindern verboten werden. Bei Gesundheitsleistungen sowie geschlechtsangleichenden
640 Operationen und Hormontherapien muss das Selbstbestimmungsrecht gesichert sein. Den Anspruch
641 auf medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen wir gesetzlich verankern und dafür
642 sorgen, dass die Kostenübernahme durch das Gesundheitssystem gewährleistet wird.

643 **Wir stärken Sicherheit und Bürger*innenrechte**

644 **Eine gut ausgestattete und bürger*innennahe Polizei**

645 Deutschland ist ein sicheres Land. Das liegt auch an einer gut arbeitenden Polizei. Wir
646 wollen, dass das so bleibt. Dennoch: Diebstahl, Einbrüche, Gewalttaten, Hassverbrechen oder
647 organisierte Kriminalität belasten Opfer und ihre Angehörigen schwer. Für ihre Aufgaben wie
648 Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung wollen wir die Polizei stärken, in der Stadt und
649 auf dem Land, analog und digital. Den früheren Personalabbau bei Bundespolizei und
650 Bundeskriminalamt wollen wir durch eine Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben.
651 Die Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie gute Arbeitsverhältnisse und
652 leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden. Sichere und leistungsfähige
653 Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler IT, ist dabei eine Grundvoraussetzung moderner
654 Polizeiarbeit, die wir unterstützen wollen.

655 **Die besondere Verantwortung der Polizei**

656 Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Sicherheit muss
657 überall gleichermaßen garantiert sein. Damit die Polizei dieser Aufgabe nachkommen kann,
658 muss sie auf das Vertrauen der gesamten Bevölkerung bauen können. Als ausführendes Organ des
659 staatlichen Gewaltmonopols hat die Polizei dabei eine ganz besondere Verantwortung. Dem
660 dient die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Bundespolizei sowie einer/eines
661 Bundespolizeibeauftragten, an die/den sich sowohl Polizist*innen wie auch Bürger*innen
662 wenden können, um in der Polizeiarbeit auftretende Missstände zu bearbeiten. Polizist*innen
663 sollten sich auch nach der Ausbildung verpflichtend fortbilden können und müssen. Wichtige
664 Fortbildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit psychisch Kranken sowie

665 Antidiskriminierung und die Gefahr von Racial Profiling. Längst überfällig sind
 666 wissenschaftliche Studien zu Rechtsextremismus und Rassismus in den Sicherheitsorganen.
 667 Rationale Sicherheitspolitik setzt eine solide Faktenlage und klare Zuständigkeiten voraus.
 668 Deshalb werden wir den Periodischen Sicherheitsbericht wieder einführen, dessen Aussagekraft
 669 sich in der Vergangenheit bewährt hat.

670 **Europäisches Kriminalamt schaffen, organisierte Kriminalität** 671 **verfolgen**

672 Zahlreiche Straftaten wie Einbrüche oder Diebstähle finden grenzüberschreitend statt. Auch
 673 die organisierte Kriminalität und islamistische oder rechtsextreme Terrornetzwerke machen
 674 nicht an Landesgrenzen halt. Zum Schutz der Bürger*innen und zur Verteidigung unserer
 675 Freiheit brauchen wir eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und
 676 Justiz: durch gemeinsame europäische Polizeiteams, durch die Aufwertung von Europol zu einem
 677 Europäischen Kriminalamt sowie durch eine engere justizielle Zusammenarbeit der
 678 Mitgliedstaaten, auch mit Hilfe von Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft. Wegen
 679 der zunehmenden Vernetzung von europäischen Datenbanken sind hohe Datenschutzstandards und
 680 eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Rechtsschutzes unabdingbar. Diese Zusammenarbeit
 681 braucht eine unabhängige Justiz und faire Strafverfahren in allen EU-Mitgliedstaaten.

682 **Verfassungsschutz neu ordnen**

683 Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt, als er sich auf dem
 684 rechten Auge blind zeigte. Hier sind Veränderungen, insbesondere durch einen personellen
 685 Neuanfang, zu beobachten, nun muss ein struktureller Neustart folgen, mit dem die
 686 Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird. Die in Wissenschaft und
 687 Zivilgesellschaft schon heute vorhandene Expertise über verfassungsfeindliche Bestrebungen
 688 muss systematischer genutzt werden. Wir wollen den Verfassungsschutz deshalb strukturell neu
 689 aufstellen: zum einen mit einem unabhängigen, wissenschaftlich und unter Einbeziehung der
 690 Zivilgesellschaft aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung.
 691 Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr, das
 692 mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen
 693 Aufgaben arbeitet.

694 **Rechtsextremismus bekämpfen, Netzwerke zerschlagen**

695 Es gibt mehr als 32.000 Rechtsextremist*innen in Deutschland, die sich immer stärker
 696 vernetzen. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der
 697 Sicherheitsbehörden – muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Dazu braucht es ein
 698 Bündel aus Prävention, Schutz- und Sanktionsmaßnahmen. Durch eine bundesweit vernetzte
 699 Präventionsstrategie wollen wir die Präventionsarbeit massiv ausbauen. Die
 700 zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus soll strukturell und langfristig durch
 701 ein Demokratiefördergesetz gefördert werden. Wir werden unabhängige wissenschaftliche
 702 Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus in den verschiedenen Sicherheitsbehörden
 703 initiieren, Hassgewalt erfassen und konsequent verfolgen. Die Mordserie des
 704 rechtsterroristischen NSU sowie andere rassistische und rechtsextremistische Terrorakte in
 705 Deutschland sind nach wie vor nicht vollständig aufgearbeitet. Deshalb richten wir nach dem
 706 Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde ein NSU-Archiv ein, in dem auch die Ergebnisse der 13
 707 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse ausgewertet werden und langfristig für
 708 Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und die Zivilgesellschaft zugänglich sind.

709 **Vor Terrorismus schützen**

710 Jede Form politisch motivierter Gewalt gefährdet unseren Rechtsstaat. Insbesondere durch
 711 Terrorismus von gewaltbereiten Rechtsextremist*innen und Islamist*innen ist die innere
 712 Sicherheit in Deutschland bedroht. Um die offene Gesellschaft, unsere Demokratie und die

713 Menschen zu schützen, müssen wir Terror entschieden bekämpfen – durch Prävention, bessere
714 Vernetzung der Sicherheitsbehörden und eine konsequente Überwachung von sogenannten
715 Gefährder*innen. Dazu braucht es eine europäisch abgestimmte Definition des
716 Gefährderbegriffs. Gefährder*innen müssen engmaschig überwacht werden. Ziel ist, dass
717 gegenüber Gefährder*innen offene Haftbefehle konsequent vollstreckt und laufende Verfahren
718 über Ländergrenzen hinweg zusammengezogen werden. Die Kooperation und Kommunikation zwischen
719 den Sicherheitsbehörden auch über Ländergrenzen muss reformiert werden, wozu die Schaffung
720 rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren GTAZ und GETZ gehört. Aussteigerprogramme
721 für Menschen aus rechtsextremistischen und islamistischen Szene werden wir ausbauen. Es
722 braucht ein bundeseinheitliches, professionalisiertes Präventions- und
723 Deradikalisierungsnetzwerk analog zu den zivilgesellschaftlichen Trägern, die sich bereits
724 besser als die politischen Ebenen in Bund und Ländern vernetzt haben. Prävention und
725 Deradikalisierung in Haftanstalten wollen wir stärken. Um Attentate zu erschweren, werden
726 wir illegalen Waffenhandel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen, verstärkt verfolgen.
727 Den privaten Waffenbesitz tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden.

728 **Schutz für Whistleblower**

729 Abgasmanipulationen, Missstände in Pflegeeinrichtungen, der Verkauf von Facebook-Nutzerdaten
730 – kaum einer der großen Wirtschaftsskandale der vergangenen Jahre wäre ohne die Hinweise aus
731 den Unternehmen überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Missstände bis hin zu kriminellen
732 Aktivitäten in Unternehmen und Behörden brauchen mutige Menschen, die sie ans Licht bringen.
733 Diese „Whistleblower“ müssen im Interesse von uns allen besser vor Repressalien und
734 gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Folgen ihrer Meldung geschützt werden. Das
735 werden wir mit einem Hinweisgeberschutzgesetz, das die EU-Whistleblower-Richtlinie
736 ambitioniert und umfassend in nationales Recht umsetzt, erreichen. Darin festgeschrieben
737 sind ein zweistufiges Meldeverfahren sowie ein Entschädigungsfonds, mit dem das persönliche
738 Risiko minimiert wird. Die Furcht vor einem ökonomischen und persönlichen Schaden als
739 Hemmnis für eine Hinweisgabe soll so abgebaut und potenzielle Hinweisgeber*innen sollen
740 ermutigt werden.

741 **Zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren**

742 Ein starker, demokratischer Rechtsstaat kann gleichzeitig Sicherheit gewährleisten und
743 Freiheit bewahren. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die
744 konkrete Gefahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt, statt die Bevölkerung mit
745 pauschaler Massenüberwachung unter Generalverdacht zu stellen. Zukünftige Sicherheitsgesetze
746 müssen auf valider Empirie beruhen und verfassungsrechtliche Vorgaben zwingend beachten.
747 Statt pauschaler, anlassloser Vorratsdatenspeicherung und genereller Backdoors für
748 Sicherheitsbehörden oder Staatstrojaner für Geheimdienste wollen wir es der Polizei
749 ermöglichen, technische Geräte anhand einer rechtsstaatlich ausgestalteten Quellen-TKÜ
750 zielgerichtet zu infiltrieren. Zudem soll eine Meldepflicht für Sicherheitslücken eingeführt
751 werden.

752 **Wir garantieren den Rechtsstaat und stärken den 753 Verbraucherschutz**

754 **Konsequent gegen Korruption**

755 Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder Manipulationen im Finanzmarkt sind
756 Rechtsverstöße, die verheerende Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für
757 Umwelt und Menschen(rechte) haben können. Wirtschaftsstraftaten machen einen Großteil der
758 polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus. Bei Rechtsverstößen werden wir
759 Unternehmen deshalb künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Ziel ist, die bereits
760 verstreut bestehenden Regelungen in einem eigenständigen Gesetz gegen

761 Wirtschaftskriminalität zusammenzufassen und zu ergänzen. Um zu verhindern, dass
762 Rechtsverstöße von Unternehmen wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht geahndet
763 werden können, soll künftig auch an das Organisationsverschulden angeknüpft werden können.
764 Die Pflicht zum Nachweis der legalen Herkunft großer Zahlungen wollen wir verstärken.
765 Sanktionen müssen gemäß den EU-Vorgaben wirksam, angemessen und abschreckend sein, zum
766 Beispiel indem unrechtmäßiger Gewinn bei der Abschöpfung geschätzt werden darf. Den
767 Sanktionskatalog wollen wir um weitere Maßnahmen wie den Ausschluss von der Vergabe
768 öffentlicher Aufträge, die Schadenswiedergutmachung sowie verpflichtende Vorkehrungen für
769 Unternehmen zur Verhinderung von Straftaten erweitern und ein öffentliches Sanktionsregister
770 einführen.

771 **Rechtsschutz für jeden, Sammelklagen einführen**

772 Menschen müssen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam durchsetzen
773 können, zum Beispiel in Fällen wie dem Diesel-Abgas-Betrug. Dazu führen wir die Sammelklage
774 (Gruppenklage) ein, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden
775 effektiv zu ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz bekommen. Die bisher
776 eingeführten kollektiven Klageverfahren wie die Musterfeststellungsklage, die nur
777 Verbraucher*innen zusteht, und das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz sind unzureichend.
778 Die immer beliebtere Rechtsdurchsetzung durch Legal-Tech-Unternehmen stellt andererseits
779 eine Belastung für die Justiz dar, da alle Fälle einzeln entschieden werden. Den kollektiven
780 Rechtsschutz wollen wir deshalb verallgemeinert und vereinheitlicht in die
781 Zivilprozessordnung integrieren und die Bündelung individueller Ansprüche im Rahmen einer
782 Gruppenklage ermöglichen. Für eine bessere Durchsetzung des Rechts sollen die
783 Zugangsschranken gesenkt und die Verfahren vereinfacht werden. Die Verbandsklage-Richtlinie
784 der EU setzen wir zügig in nationales Recht um.

785 **Kinderschutz vor Gericht verbessern**

786 In familienrechtlichen Verfahren werden Entscheidungen getroffen, die erhebliche
787 Auswirkungen auf das weitere Leben von Kindern und ihre Familien haben können. Es gilt den
788 Kinderschutz vor Gericht zu stärken. Wir machen einerseits die Fortbildungen für
789 Familienrichter*innen verbindlich und werden diese andererseits bei ihrem Arbeitspensum
790 berücksichtigen. Auch in Kindschaftssachen wollen wir die Rechtsbeschwerdemöglichkeit zum
791 Bundesgerichtshof herstellen. In Strafverfahren wollen wir die Opferrechte von Kindern
792 weiter stärken. Mehrfache Vernehmungen müssen vermieden und die Befragungen kindgerecht
793 ausgestaltet sein. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder muss konsequent aufgeklärt und verfolgt
794 werden, vor allem durch mehr – insbesondere auch auf Internetkriminalität spezialisiertes –
795 Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaften.

796 **Online-Kündigung mit nur einem Klick**

797 Online-Verträge kann man mit einem Klick abschließen, während man für die Kündigung häufig
798 zu Telefon oder Briefbogen greifen muss. Auch lange Mindestlaufzeiten und automatische
799 Vertragsverlängerungen um ein Jahr sind alles andere als verbraucherfreundlich. Wir wollen
800 Verbraucher*innen vor Vertragsfallen schützen und durchsetzen, dass die Online-Kündigung so
801 einfach ist wie die Online-Bestellung. So wie es einen Bestellbutton gibt, muss es auch
802 einen Kündigungsbutton geben sowie eine verpflichtende Eingangsbestätigung für Online-/E-
803 Mail-Kündigungen. Vertragslaufzeiten und automatische Verlängerungen müssen verkürzt werden
804 – zugunsten des Verbraucherschutzes und des Wettbewerbs. Wir wollen die maximale
805 Mindestlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren halbieren und die stillschweigende
806 Vertragsverlängerung von einem Jahr auf einen Monat verkürzen.

807 **Ein Recht auf Reparatur**

808 Von der Waschmaschine bis zum Handy – viele Geräte landen schon nach kurzer Zeit auf dem
809 Müll, weil sie schnell kaputtgehen, nicht reparierbar sind oder keine Software-Updates mehr
810 angeboten werden. Das ärgert die Verbraucher*innen, es verschwendet wertvolle Ressourcen und
811 verursacht Berge von Elektroschrott. Wir setzen stattdessen auf Qualität und Langlebigkeit.
812 Durch ein Recht auf Reparatur wollen wir Elektroschrott von vornherein vermeiden. Die
813 Grundlage dafür sind verbindliche Designvorgaben, damit elektronische Geräte so gestaltet
814 sind, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Durch die
815 Verdopplung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre und eine Angabe der vom Hersteller
816 vorgesehenen Lebensdauer wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer
817 gebaut werden. So werden wir die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und uns
818 gleichzeitig für mehr Verbraucherschutz in der EU engagieren.

819 **Finanzberatung im Interesse der Kund*innen**

820 Häufig werden Kund*innen Finanzprodukte angedreht, die für sie zu teuer, zu riskant oder
821 schlicht ungeeignet sind. Diese Produkte sind häufig gut für die Gewinne der Banken und
822 Versicherungen, aber schlecht für die Kund*innen. Wir wollen die Finanzberatung vom Kopf auf
823 die Füße stellen. Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für
824 Finanzberater*innen. Alle Vermittler*innen und Berater*innen sollen künftig von der BaFin
825 beaufsichtigt werden. Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise zu einer
826 unabhängigen Honorarberatung übergehen. Dafür schaffen wir eine gesetzliche Honorarordnung,
827 die Finanzberater*innen stärkt und unabhängiger macht. Die Finanzaufsicht soll von der
828 Möglichkeit, den Vertrieb von schädlichen und irreführenden Finanzprodukten zu untersagen,
829 stärker als bisher Gebrauch machen. Überhöhte Dispozinsen und Gebühren für das Basiskonto
830 werden wir begrenzen.

831 **Wir fördern die Kultur, die Künste und den Sport**

832 **Krisenfeste Strukturen für die Kultur**

833 Kultur ist frei und muss keinen Zweck erfüllen. Sie ist gleichzeitig von zentraler Bedeutung
834 für die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die Persönlichkeitsbildung
835 der Einzelnen. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der Pandemie mit ihren
836 monatelangen Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und Reichhaltigkeit findet und
837 Kultur und kulturelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge werden.
838 Eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie muss die Kommunal Finanzen als eine wichtige
839 Grundlage für das Kulturleben stärken, das Zuwendungsrecht reformieren, mehr Kooperationen
840 zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Finanzierung von Kultureinrichtungen und -
841 projekten ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung
842 und Abriss einrichten, der Kulturorte langfristig absichert. Die öffentliche Kulturförderung
843 soll künftig partizipativ, geschlechtergerecht, abgestimmt und nach transparenten Kriterien
844 angelegt sein.

845 **Kulturschaffende und Kreative besser absichern**

846 Die Corona-Krise zeigt, unter welch prekären Bedingungen viele Kultur- und Medienschaffende
847 arbeiten. Für eine vielfältige Kulturlandschaft braucht es eine Absicherung, die Freiräume
848 bietet und künstlerisches und kreatives Schaffen ermöglicht. Kulturschaffende sollen für die
849 Zeit der Corona-Krise mit einem Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat abgesichert werden. Die
850 Künstlersozialkasse (KSK) muss finanziell gestärkt, Rechtssicherheit für die Mitgliedschaft
851 in der KSK geschaffen und die freiwillige Weiterversicherung für Selbständige in der
852 Arbeitslosenversicherung vereinfacht werden. Bei kulturellen Werken muss für Urheber*innen
853 eine angemessene Vergütung sichergestellt werden. Eine angemessene Beteiligung insbesondere
854 an den Gewinnen der Vertriebsplattformen sorgt dafür, dass Kultur- und Medienschaffende
855 weiter an ihren Werken verdienen können.

856 **Kultur in der Gesellschaft**

857 Aktives Kulturleben ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Hier findet die
858 Auseinandersetzung darüber statt, wie wir leben wollen. Deshalb muss die Gesellschaft in
859 ihrer ganzen Vielfalt im Kulturschaffen sichtbar sein. Wir wollen Kultureinrichtungen öffnen
860 und stärken, damit jede*r einfachen Zugang zu ihnen hat und ihre Angebote nutzen und
861 gestalten kann. Bestehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden müssen dafür abgebaut
862 werden, etwa durch den kostenlosen Eintritt für Schüler*innen in staatlichen Museen oder
863 durch die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken. Wir wollen gerade solche
864 Kulturangebote kontinuierlich und flächendeckend fördern, die die Situation und die
865 Bedürfnisse in ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde mitdenken und das als ihre zentrale
866 Zukunftsaufgabe verstehen. In ländlichen Regionen, aber auch in urbanen Zentren sollen
867 Kultureinrichtungen Knotenpunkte von Begegnungen und zu sogenannten „Dritten Orten“ werden,
868 die auch Menschen einen Zugang zu Kultur ermöglichen, die davon bislang wenig profitieren.
869 Bei der Besetzung von Intendanten, bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten
870 Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys
871 wollen wir eine Quotenregelung einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten.
872 Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der vielfältigen Gesellschaft geachtet werden.
873 Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und Teilhabe müssen fester Bestandteil der Ausbildung
874 zu Kulturberufen sein.

875 **Den Kulturbetrieb ökologischer machen**

876 Der Kulturbetrieb und die Künste können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der
877 Klimakrise spielen. Auch gibt es viele Initiativen und Akteur*innen, die mit viel Einsatz
878 versuchen, ressourcenschonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch auszurichten.
879 Wir werden das ökologische Engagement im Kulturbetrieb nachhaltig unterstützen. Dafür werden
880 wir einen „Green Culture Fonds“ als Förderinstrument einrichten. Antragsberechtigt sind
881 öffentlich geförderte Einrichtungen und Projekte sowie private Akteur*innen der Kultur- und
882 Kreativwirtschaft und der freien Szene. Auch beim Film sollen Förderinstitutionen und -
883 maßnahmen künftig klare Anreize für eine nachhaltige Produktion schaffen. Doch auch gerade
884 Künstler*innen geben neben Wissenschaftler*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft
885 Impulse für die nachhaltige Transformation.

886 **Erinnerungskultur stärken und öffnen**

887 Erinnerungskultur trägt entscheidend zur Selbstverständigung und zum Zusammenhalt bei und
888 ist eine grundlegende Voraussetzung für den Schutz unserer Demokratie. Doch noch immer gibt
889 es Leerstellen in der Aufarbeitung der deutschen Verbrechen Geschichte. Der
890 Nationalsozialismus muss weiter konsequent aufgearbeitet und bisher wenig beachtete
891 Opfergruppen wie die sogenannten „Asozialen“, „Berufsverbrecher“ und „Euthanasie“-Opfer
892 sollen durch eine angemessene Entschädigung anerkannt werden. Die finanzielle Förderung von
893 Forschungsarbeiten, die Weiterentwicklung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit
894 der Gedenkstätten sowie die weitere Aufarbeitung und Rückgabe von NS-Raubkunst stehen dabei
895 im Mittelpunkt. Auch die DDR-Diktatur soll durch die Fortsetzung der Forschung und der
896 politischen Bildungsarbeit an den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-
897 Unterlagen weiter aufgearbeitet werden. Wir werden die Kontinuitäten des Kolonialismus ins
898 Bewusstsein rücken durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte und so eine breite
899 gesellschaftliche Debatte über unser koloniales Erbe fördern, die sich nicht allein auf die
900 Rückgabe von Kulturgütern beschränkt, sondern eine antirassistische Perspektive auf
901 Geschichte und Gesellschaft ermöglicht. Gleichzeitig muss sich die deutsche
902 Erinnerungskultur für die Erfahrungen und Geschichten der Menschen öffnen, die nach
903 Deutschland eingewandert sind, und das Gedenkstättenkonzept entsprechend weiterentwickelt
904 werden.

905 **Ein Entwicklungsplan für den Sport**

906 Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen
907 Engagements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz, Integration,
908 Inklusion, Engagement und Gesundheitsprävention gelebt und vermittelt. Damit übernimmt der
909 Sport eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Dies werden wir
910 fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen Ideen und Energien bündeln und
911 zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen und der Wissenschaft einen
912 Entwicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen – ähnlich dem Goldenen Plan aus den 1960ern.
913 Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf strukturschwachen Regionen, gerade in
914 Ostdeutschland, liegen, denn die Diskrepanz zwischen Ost und West ist beim Breitensport auch
915 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein Problem. Ausreichend vorhandene und
916 barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume zählen in Städten und ländlichen Räumen zur
917 Daseinsvorsorge, deshalb wollen wir, dass Bewegungs- und Sportflächen in der
918 Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert und die bestehenden saniert werden.
919 Dazu gehören auch insbesondere Schwimmsportstätten, denn unser Anspruch ist, dass jedes Kind
920 schwimmen lernen kann. Das wollen wir mit einem Bundesprogramm zur Sanierung und
921 Instandsetzung von Schwimmstätten erreichen. Sportgroßveranstaltungen sollen klimaneutral,
922 sozial und nachhaltig ermöglicht werden, so dass sie auch einen bleibenden
923 Infrastrukturgewinn für die Bürger*innen vor Ort schaffen. Dafür braucht es eine bundesweit
924 einheitliche und föderal abgestimmte Gesamtstrategie, bei der von Beginn an
925 Bürger*innenbeteiligung Teil der Planung ist.

926 **Spitzensport braucht Breitensport**

927 Ein starker Breitensport braucht Vorbilder. Im Spitzen- und Profisport muss es um die
928 bestmögliche Förderung von Talenten gehen, nicht um den größten Gewinn für Funktionär*innen.
929 Deshalb wollen wir bei der Förderung des Spitzensports die Bedingungen und Perspektiven für
930 Leistungssportler*innen in den Mittelpunkt stellen. Bei der Doping-Prävention und im Anti-
931 Doping-Kampf stärken wir die NADA, und auf internationaler Ebene setzen wir uns für eine
932 Athlet*innenvertretung bei der WADA ein sowie dafür, dass diese künftig unabhängig vom IOC
933 finanziert wird. Auch Korruptionsskandale auf höchster Ebene der Sportfunktionär*innen sowie
934 die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen den Spitzensport. Gerade beim Fußball gilt es den
935 Sport den Fans zurückzugeben. Deswegen sollen Transparenz und Good Governance auch im Sport
936 vorangetrieben werden. Gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener
937 Menschenfeindlichkeit im Sport gehen wir mit einem finanziell starken Bundesprogramm vor,
938 das von einer unabhängigen Stelle beraten wird. Wir schützen die Bürger*innenrechte von Fans
939 und diese vor ausufernden Datensammlungen und Kollektivstrafen.

940 **Wir bauen Europa weiter**

941 **Die Zukunft der EU gestalten**

942 Wir sehen Deutschland in einer zentralen Verantwortung für den Zusammenhalt und die
943 Fortentwicklung der EU. Zuletzt aber wurde von Berlin aus bestenfalls verwaltet, oftmals
944 gebremst. Wir wollen die Europapolitik wieder aktiv gestalten – mit klarem Wertekompass,
945 entlang einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit und im Zusammenspiel mit unseren
946 europäischen Partner*innen. Unser Ziel ist eine EU, die zusammenhält und voranschreitet. In
947 manchen Bereichen kommen wir nur mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran, aber die
948 verstärkte Zusammenarbeit muss stets im Rahmen der Verträge und im Bestreben, dass sich
949 letztlich alle anschließen, erfolgen. In den kommenden zwei Jahren bietet die „Konferenz zur
950 Zukunft der EU“ eine große Chance, gemeinschaftlich mit den Bürger*innen Reformen der EU zu
951 entwickeln. Wir wollen sie nutzen für die nächste Phase der europäischen Integration auf dem
952 Weg zur Föderalen Europäischen Republik und um europäische Antworten auf die großen

953 Herausforderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen der
954 europäischen Gesetzgebung bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.

955 **Europäisches Parlament stärken**

956 Die Geschichte der EU ist eine Geschichte zunehmender Legitimität der europäischen
957 Institutionen. Unser Ziel ist, die europäische parlamentarische Demokratie zu stärken: mit
958 einem Parlament, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheidet, ein
959 vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes Haushaltsrecht erhält. Es
960 soll die Kommission auf Vorschlag des Kommissions-Präsidenten bzw. der Kommissions-
961 Präsidentin wählen sowie durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können. Für die
962 Wahlen zum Europäischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger*innen mit ihrer
963 Stimme für einen Spitzenkandidaten bzw. eine Spitzenkandidatin der Parteien auch die/den
964 nächste*n Präsident*in der EU-Kommission bestimmen. Ein Teil der Abgeordneten soll zukünftig
965 nicht mehr über viele nationale Listen ins Europaparlament einziehen, sondern über wirklich
966 europäische, transnationale Listen.

967 **Ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht**

968 Zum europäischen Gemeinwesen gehört das Zusammenwachsen der Zivilgesellschaften. Deshalb
969 setzen wir uns für ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht ein. Ein
970 europäischer Vereinsstatus mit klaren Regeln zu Gründung, Gemeinnützigkeit und Auflösung
971 würde europäische Vereine dem Schutz der EU unterstellen und nationaler Willkür entziehen.
972 Zudem wollen wir die Europäische Bürgerinitiative als zentrales Instrument der Teilhabe der
973 Bürger*innen und der Zivilgesellschaft stärken. So sollen Bürger*innen auch eine Reform der
974 Verträge oder die Einberufung eines Bürger*innenrates fordern können. Ist eine
975 Bürgerinitiative erfolgreich, sollte spätestens nach einem Jahr und einer Prüfung auf
976 Vereinbarkeit mit den EU-Grundrechten ein Gesetzesvorschlag folgen und im Europaparlament
977 eine Plenumsabstimmung über das Ziel der Initiative stattfinden.

978 **Mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden auflösen**

979 Europa braucht mehr Handlungsfähigkeit, um auf Augenhöhe mit den heutigen Herausforderungen
980 voranzukommen. Blockaden durch einzelne Staaten in Bereichen wie der Außen- und
981 Sicherheitspolitik und in Steuerfragen oder auch bei Energie und Sozialem können wir uns
982 nicht länger leisten. Solange nationale Einzelinteressen das europäische Gemeinwohl
983 ausbremsen können, wird die EU keine aktivere Rolle etwa für mehr Steuergerechtigkeit oder
984 mehr Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte in der Welt übernehmen können. Darum
985 setzen wir uns dafür ein, für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch im
986 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung des
987 Europäischen Parlaments einzuführen. Das ist auch deshalb wichtig, um bei weiteren
988 Erweiterungsrunden der EU deren Handlungsfähigkeit zu sichern. Unser langfristiges Ziel ist
989 es, die europäischen Institutionen zu einem Zweikammersystem weiterzuentwickeln.

990 **Einflussnahme auf EU-Gesetzgebung transparent machen**

991 Mehr Transparenz stärkt die europäische Demokratie und das Vertrauen der Bürger*innen in
992 Politik. Um nachvollziehbar zu machen, wofür die Regierungen der Mitgliedstaaten in Brüssel
993 eintreten, setzen wir uns für Fristen im Rahmen der Gesetzgebung ein, bis zu denen eine
994 öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle Regierungen ihre
995 aktuelle Position zum Vorschlag der Ratspräsidentschaft vorlegen. Auch den Zugang zu EU-
996 Dokumenten wollen wir substanziell weiterentwickeln. Die EU arbeitet bei
997 Interessensvertreter*innen bereits transparenter als der Bundestag. Wir wollen weitere
998 Schritte gehen – mit einem verbindlichen Lobbyregister für alle EU-Institutionen, strikteren
999 Karenzzeiten beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft und einem „legislativen

1000 Fußabdruck“, durch den die Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer wird, kontrolliert
1001 durch eine unabhängige Ethikbehörde, die Sanktionen verhängen kann.

1002 **Europäische Grundrechte einklagbar machen**

1003 Die EU ist eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts. Wir wollen die EU-Grundrechtecharta
1004 langfristig gegenüber den Nationalstaaten einklagbar machen, um so alle EU-Bürger*innen in
1005 ihren Rechten zu stärken. Mit dem EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
1006 Grundrechte setzen wir uns für ein stärkeres Instrument ein, um Verstöße autoritärer
1007 Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen
1008 konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und der Nichtauszahlung von
1009 Subventionen folgen. Kommunen und Regionen sowie Nichtregierungsorganisationen sollen dann
1010 direkt von der EU gefördert werden. Bei den Artikel-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit
1011 braucht es substanzielle Fortschritte. Alle Mitgliedstaaten sollen sich der Europäischen
1012 Staatsanwaltschaft anschließen, wenn sie neue EU-Gelder erhalten wollen.

1013 **Eine öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa**

1014 Ein zusammenwachsendes Europa braucht eigene, öffentliche Orte, an denen seine Bürger*innen
1015 zusammenkommen können, um sich zu informieren, zu partizipieren, sich zu unterhalten und
1016 politisch zu diskutieren. Wenn überhaupt, kommen dafür bislang nur kommerziell betriebene,
1017 digitale Plattformen in Frage. Als zeitgemäße Antwort setzen wir uns darum für eine
1018 europäische, digitale Plattform in öffentlicher Hand ein. Sie bündelt europaweit qualitativ
1019 hochwertige Inhalte – werbefrei, offen und multilingual. Unter hohen Datenschutzstandards
1020 soll sie darüber hinaus als Kommunikationsplattform dienen. Die Grundlage bildet ein
1021 öffentlich-rechtlicher Auftrag, sie arbeitet zusammen mit den nationalen öffentlichen
1022 Rundfunkanstalten und frei von politischer Einflussnahme.

1023 **Europa der Kommunen und Regionen**

1024 Eine demokratische, vielfältige und bürger*innennahe EU lebt von der Stärke der Kommunen und
1025 Regionen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip soll Europa da unterstützen, wo Kommunen an ihre
1026 Grenzen stoßen – aber nicht jeden Lebensbereich regulieren. Die Wettbewerbsregeln des
1027 Binnenmarkts dürfen Kommunen nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter zwingen. In EU-
1028 Handelsabkommen braucht es Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge sowie für öffentliche
1029 und soziale Dienstleistungen. Für mehr europaweite Kooperation wollen wir
1030 Städtepartnerschaften stärken, INTERREG-Programme für grenzüberschreitende Zusammenarbeit
1031 ausweiten und Euregios und Eurodistrikte durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität
1032 fördern. Kommunen und Regionen brauchen mehr Mitsprache auf europäischer Ebene, unter
1033 anderem über einen gestärkten Ausschuss der Regionen. Bei Gestaltung und Vergabe von
1034 Förderprogrammen setzen wir auf das Partnerschaftsprinzip.

PB.I-01 Kapitel 6: International zusammenarbeiten

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-I Kapitel 6: International zusammenarbeiten

- 1 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klimakrise, Hunger,
2 Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir können sie
3 nur gemeinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls
4 moderiert, oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine aktive Außenpolitik zu
5 betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und
6 vorsorgenden, einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang
7 einer verlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit, transatlantisch und im Rahmen der
8 Vereinten Nationen.
- 9 Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das Pariser
10 Klimaabkommen und die rechthebasierte internationale Ordnung setzen wir uns für eine globale
11 Strukturpolitik ein, die den Schutz öffentlicher Güter, eine gerechte Ressourcenverteilung
12 sowie Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen Konflikte, Gewalt oder das
13 unermessliche Leid von Flucht und Vertreibung begreift.
- 14 Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte und handlungsfähige Europäische Union. Die
15 Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt
16 vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die EU als
17 Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen
18 und Feindseligkeiten auf unserem Kontinent, exportiert in die ganze Welt, sondern vor allem
19 ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und
20 einmaliges Zuhause. Gerade weil wir überzeugte Europäer*innen sind, streiten wir für ihre
21 stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für eine europäische Wertegemeinschaft, die ihre
22 Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab- und ihre strategische Souveränität
23 ausbaut – in einem Gleichgewicht von Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit, wo
24 nötig. Nur eine handlungsfähige und krisenfeste EU ist in der Lage, kritische Infrastruktur
25 und öffentliche Güter zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen
26 Menschenrechte einzustehen. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich
27 erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transformation gerecht
28 zu gestalten und ambitionierte Standards zu setzen.
- 29 Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns bewusst. Das
30 autoritäre Hegemonialstreben einer chinesischen Regierung, das Menschen- und
31 Bürger*innenrechte systematisch aushebelt, zwingt Staaten nicht nur in wirtschaftliche und
32 politische Abhängigkeit, sondern spaltet auch Europa. Zugleich wird eine globale sozial-
33 ökologische Transformation ohne China, auch ohne Russland oder Brasilien, nicht möglich
34 sein. Das allein zeigt: Der Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen ist
35 real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt uns vor derart
36 beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum Scheitern verurteilt wäre.
- 37 Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und
38 sicherheitspolitischen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von Menschenrechten,
39 Demokratie und das klare Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen führen an die Grenzen politischer

40 Handlungsfähigkeit. Wir können uns aber dieser Verantwortung nicht entziehen. Umso zentraler
 41 ist europäische Kohärenz und sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten, aber
 42 gerade auch Regionen und zivilgesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Akteuren, für die
 43 der Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts ebenfalls Grundlage internationaler
 44 Beziehungen sind. Diese Bündnisse wollen wir selbstbewusst mitgestalten. Souverän sind wir
 45 nur gemeinsam.

46 Wir setzen auf den ehrlichen Interessensausgleich, die Achtung der Rechte marginalisierter
 47 Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Konfliktprävention und
 48 regelbasierte Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine
 49 Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am
 50 Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir reichen allen die Hand, die daran teilhaben wollen.
 51 All das tun wir im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der Welt und im Bewusstsein um
 52 die Verbrechen des Nationalsozialismus.

53 Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den
 54 Hauptverursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player einer
 55 Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch zu
 56 Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung verstehen wir als Antrieb für
 57 ambitionierte Veränderung und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit und
 58 setzen dafür bei uns selbst an.

59 Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte nicht nur
 60 von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind völkerrechtliche
 61 Pflicht und unverrückbare Grundlage einer wertegeleiteten internationalen Politik. „Alle
 62 Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“: Artikel 1 der Allgemeinen
 63 Erklärung der Menschenrechte ist Leitbild unseres Engagements – auch in der europäischen
 64 Flüchtlingspolitik. Sie ist das große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich scheitern
 65 die europäischen Regierungen derart an den eigenen Ansprüchen von Moral, Menschenrechten und
 66 internationalem Recht.

67 Das Versagen ist zugleich global: Nirgends auf der Welt wird Flucht angemessen und nach
 68 klaren, menschenrechtsbasierten Prinzipien begegnet. Diese Regeln aber gibt es, ebenso wie
 69 es immer wieder Momente in unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde. Hier
 70 wollen wir anknüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären Koalition
 71 der Willigen innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur konsequenten
 72 Vorbeugung gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten
 73 vorantreiben. Wir setzen auf Rationalität und Handlungswillen, auf Humanität und
 74 Verantwortung – und auf den unerlässlichen Pragmatismus der Nothilfe.

75 Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns liegen,
 76 sollte Messlatte unseres außenpolitischen Handelns sein. Die globalen Aufgaben sind
 77 erheblich. Wagen wir die entsprechenden Antworten.

78 **Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran**

79 **Schubkraft für globale Transformation**

80 Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt menschliche
 81 Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall auf der Welt. Die Zeit
 82 drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine sozial-
 83 ökologische Transformation. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und des
 84 Klimaabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet, bei sich
 85 zu Hause anzufangen und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten – schließlich
 86 sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder Rüstungsexporten,
 87 die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. Wir

88 wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und einen
89 Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen. Es gilt unsere internationalen Zusagen
90 einzuhalten und die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der ODA-
91 Quote sowie der internationalen Klimafinanzierung und Biodiversität zu erfüllen. Auch
92 international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen,
93 indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken. Wir bündeln die Ausgaben für
94 Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären
95 Hilfe, um eine globale Transformation entlang den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten
96 Nationen und den Pariser Klimazielen zu finanzieren. Deutschlands Beitrag soll die ODA-Quote
97 erfüllen und bis 2025 8 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitstellen.

98 **Klimaaußenpolitik**

99 Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme Klimaaußenpolitik.
100 Sie ist klimapolitisch notwendig, kann nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikten
101 vorbeugen und Frieden sichern. Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa,
102 seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Sie bedeutet zum einen,
103 dass wir Europäer*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken
104 helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Andererseits werden wir so endlich
105 unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir Elektrifizierung und
106 Technologietransfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den massiven
107 Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen. Nur so können wir es
108 schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden Fonds für
109 Klimaanpassung und Klimaschutz („Adaptation and Mitigation“) und setzen uns dafür ein, dass
110 es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („Loss and Damage“) gibt. Daraus
111 können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen finanziert werden. Entwicklungs- und
112 Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden.

113 **Klima- und Umweltschutz schützt Menschenrechte**

114 Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt schützt
115 Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für verbindliche Mechanismen zum Schutz
116 von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender
117 Umweltveränderung ihre Heimat verlassen müssen. Regionale Ansätze, die den Betroffenen eine
118 selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen, unterstützen wir. Zugleich wollen wir
119 jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung beigetragen
120 haben. Die „Task Force on Displacement“ wollen wir strukturell stärken und setzen uns dafür
121 ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine sichere,
122 geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Initiativen zur
123 Stärkung des Rechtswegs und das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die
124 französische Initiative, das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und zu konsolidieren, greifen
125 wir auf und machen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das Recht auf saubere Umwelt in
126 einer Resolution der VN-Generalversammlung zu verbriefen.

127 **Armut weltweit bekämpfen**

128 Durch die Corona-Pandemie ist die Armut weltweit dramatisch angestiegen. Armutsbekämpfung
129 ist zentrales Ziel unseres internationalen Engagements. Darum setzen wir uns dafür ein, dass
130 Menschen weltweit sozial abgesichert werden und wollen – gemeinsam mit lokalen
131 Organisationen und Expert*innen – zum Aufbau und einer nachhaltigen Stärkung von sozialen
132 Sicherungssystemen beitragen. In einem ersten Schritt können Menschen in besonders von Armut
133 betroffenen Regionen durch finanzielle Direkthilfen („social cash transfers“) im Rahmen der
134 ODA-Mittel abgesichert werden. Grundsätzlich wollen wir, dass soziale Sicherungsprogramme
135 die vulnerabelsten Gruppen erreichen – und Geschlechtergerechtigkeit und sozialen
136 Zusammenhalt fördern.

137 **Wir stärken die multilaterale Zusammenarbeit**

138 **Vereinte Nationen reformieren**

139 Ohne die Vereinten Nationen ist die multilaterale Zusammenarbeit an der sozial-ökologischen
140 Transformation nicht zu meistern. Ihre Institutionen versorgen überall auf der Welt
141 Millionen von Geflüchteten, stellen Bildung, Nahrung und Gesundheit zur Verfügung. Sie
142 vermitteln in unzähligen Kriegen und Konflikten und sind der Rahmen, in dem die beiden
143 wichtigsten multilateralen Abkommen der vergangenen Jahre ausgehandelt worden sind: die
144 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaschutzabkommen. Das Engagement
145 Deutschlands und der EU für die Vereinten Nationen werden wir finanziell, personell und
146 diplomatisch substanziell verstärken, besser koordinieren und internationale Vereinbarungen
147 konsequent in nationale und europäische Politik umsetzen. So schaffen wir die
148 Voraussetzungen für notwendige Reformen des VN-Systems. Der Sicherheitsrat und andere Organe
149 der Vereinten Nationen sollten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst werden.
150 Dabei geht es um eine gerechtere Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat. Das Konzept
151 der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß. Wir zielen darauf, dass das Vetorecht langfristig
152 abgeschafft wird. Als Zwischenschritt sollte im Falle von schwersten Verbrechen gegen die
153 Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat mit einer Begründung und einem Alternativvorschlag
154 versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen
155 anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle über
156 friedens erzwingende Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

157 **Resilienz gegen Epidemien erhöhen – WHO stärken**

158 Zum Schutz vor neuen und zur Bekämpfung der alten Krankheiten setzen wir auf verstärkte
159 internationale Zusammenarbeit und Solidarität unter dem Dach der zu reformierenden
160 Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Wir wollen die
161 WHO in ihrer Ausstattung mit deutlich höheren Beiträgen und einem klaren Mandat als
162 koordinierende Organisation der globalen Gesundheit stärken. In der Gruppe der G20 werden
163 wir uns dafür einsetzen, ihr einen formellen Sitz einzuräumen. Medikamente und Impfstoffe
164 müssen in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, das Patentrecht muss entsprechend
165 flexibel sein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den
166 Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien, Impfstoffen und Arzneimitteln nicht
167 versperren.

168 **50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen**

169 Wir wollen dem Multilateralismus neue Impulse für mehr Zusammenarbeit geben. Transformation
170 gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen
171 gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen der
172 stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für Deutschland und Europa eine 50-
173 Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen, für die Entsendung
174 in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen durchsetzen. Um das zu
175 ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren für das Personal in
176 internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien sowie im gehobenen
177 und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es braucht vergleichbare Kriterien,
178 Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die Gleichstellungspläne der Ministerien,
179 vergleichbar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen Regierung.

180 **Wir arbeiten an guten Beziehungen in einer multipolaren** 181 **Welt**

182 **Für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik**

183 Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung übernehmen. Die EU-
184 Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Deshalb
185 treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration des westlichen Balkans
186 und eine Aufnahme der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien auf Grundlage der
187 Kopenhagener Kriterien ein. In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern wie
188 Armenien, Georgien, der Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
189 Menschenrechte. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien
190 in den östlichen Nachbarländern, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen und
191 über die Östliche Partnerschaft der EU Justizreformen vorantreiben. Den EU-assozierten
192 Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten. Im
193 Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale für die
194 Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen stellt: Terrorismus,
195 autoritäre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierter
196 Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen. Derweil hat
197 zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame Haus der EU
198 verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die Grundlage für
199 einen Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu verhindern,
200 dass europäische Standards ausgehöhlt werden. Der Frieden auf der irischen Insel ohne harte
201 Grenze hat weiter Priorität.

202 **USA**

203 Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik,
204 jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren gemeinsamen Werten
205 und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten transatlantischen
206 Agenda der EU schlagen wir vor, einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite
207 Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, zu geben. Wir setzen auch bei
208 Digitalisierung, der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der
209 Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA. Wir wollen uns gemeinsam für den
210 weltweiten Menschenrechtsschutz und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen. Das schließt
211 eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten wie China und Russland mit ein.
212 Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung nicht
213 wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst mehr
214 außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für die
215 Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens.
216 Wir wollen die transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den jeweiligen
217 föderalen und lokalen, und damit nachhaltige, diverse gesellschaftliche Netzwerke knüpfen.

218 **China**

219 China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein
220 Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet und zunehmend
221 auch in Hongkong. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir
222 streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur
223 Bekämpfung der Klimakrise an. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von
224 Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an Europas
225 „Ein-China-Politik“ und betonen, dass Chinas Vereinigung nicht gegen den Willen der
226 Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir
227 nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche
228 Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen
229 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und die Zwangsarbeit beendet. Das
230 europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in
231 Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es
232 Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt. Wir werden an einer engen europäischen und

233 transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen
234 5G-Ausbau und Schutz kritischer Infrastruktur.

235 **Russland**

236 Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt und untergräbt immer
237 offensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft.
238 Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die
239 der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte,
240 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den Austausch mit ihr
241 intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen
242 Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens gegen die Ukraine gegen Russland verhängt
243 wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und die
244 Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen
245 aus dem Minsker Abkommen umsetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist nicht nur klima-
246 und energiepolitisch, sondern auch geostrategisch schädlich – insbesondere für die Situation
247 der Ukraine – und muss daher gestoppt werden.

248 **Türkei**

249 Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
250 Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen,
251 fordern eine Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem politischen
252 Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive Außenpolitik
253 der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer multilateralen
254 Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren – das gilt es auch in der NATO zu
255 thematisieren. Die Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt kann es erst geben,
256 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Der
257 bestehende EU-Türkei-Deal untergräbt internationales Asylrecht, ist gescheitert und muss
258 daher beendet werden. Dafür braucht es ein neues, völkerrechts- und rechtsstaatskonformes
259 Abkommen, das aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, die notwendige finanzielle und
260 logistische Unterstützung vor Ort garantiert und eine verbindliche Kontingenzusage zur
261 Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter in die EU enthält. Wir lehnen es
262 entschieden ab, dass Menschen in Deutschland mit familiären Bindungen in die Türkei von der
263 türkischen Regierung politisch und religiös instrumentalisiert werden, unter anderem durch
264 in Deutschland tätige Vereine und Staatsmedien.

265 **Israel und Palästina**

266 Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber Israel. Die Existenz und die
267 Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für
268 all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Die Fortsetzung der engen Beziehungen sowie
269 Frieden und Stabilität im Nahen Osten sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen- und
270 Sicherheitspolitik. Die zunehmende Bedrohung Israels in seiner Nachbarschaft verurteilen
271 wir. Die Sicherheitslage in der Region ist fragil und darf nicht weiter eskaliert werden.
272 Einseitige Maßnahmen wie eine Annexion von besetzten Gebieten oder der fortschreitende
273 völkerrechtswidrige Siedlungsbau laufen dem Ziel einer friedlichen und politischen Lösung
274 des Konflikts entgegen. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit
275 zwei souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staaten für Israelis und
276 Palästinenser*innen. Die angekündigten Wahlen in den palästinensischen Gebieten sind ein
277 positives Zeichen. Die Chance der politischen und wirtschaftlichen Abkommen Israels mit
278 arabischen Staaten wollen wir nutzen, um einen multilateralen Friedensprozess wieder
279 aufleben zu lassen und einen langfristigen Frieden in der Region zu schaffen. Europa soll
280 sich hierfür eng mit der neuen US-Regierung koordinieren.

281 **Nachbarschaft und Partnerschaft mit Afrika**

282 Die afrikanischen Staaten und die Europäische Union sind regional wie historisch eng
 283 verbunden und teilen gemeinsame Interessen. Die afrikanischen Gesellschaften sind divers und
 284 vielfältig mit über 3.000 Sprachen in 54 Staaten. In den Beziehungen mit den afrikanischen
 285 Staaten setzen wir uns – auf Basis einer gemeinsamen, globalen Verantwortung für Frieden,
 286 nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit – für eine in der Bundesregierung und der EU
 287 abgestimmte und differenzierte Politik ein. Die Zukunft liegt in einer Afrikapolitik, die
 288 sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimacht und gleichzeitig die europäische
 289 Verantwortung gegenüber dem Kontinent ernst nimmt. Die Fortsetzung einer einseitigen
 290 Politik, die in weiten Teilen auf Fluchtabwehr, unfairen Handelsbeziehungen und der
 291 Ausbeutung von Rohstoffen fußt, lehnen wir ab. Anstatt für sich ewig konterkarierende
 292 Ansätze machen wir uns für eine gemeinsame und kohärente EU-Afrika-Strategie stark, die
 293 Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung ebenso ins Zentrum rückt wie die globale
 294 sozial-ökologische Transformation und zivile Krisenprävention. Der Afrikanischen Union
 295 stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063 und der regionalen Entwicklungsagenden nach
 296 Kräften zur Seite.

297 **Wir verteidigen die Menschenrechte**

298 **Menschenrechtsverteidiger*innen schützen**

299 Menschenrechtsverteidiger*innen sind Held*innen. Sie verteidigen überall auf der Welt oft
 300 unter Lebensgefahr für sich und ihre Familien die Einhaltung der Menschenrechte an
 301 vorderster Front. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und aktiven
 302 Unterstützung – auf allen Ebenen. An den besonders betroffenen deutschen
 303 Auslandsvertretungen sollten deshalb Menschenrechtsreferent*innen als extra Anlaufstelle
 304 etabliert und sollte eine ressortübergreifende systematische Berichterstattung über die
 305 Menschenrechtslage im Land eingeführt werden. Für Menschenrechtsverteidiger*innen, die nicht
 306 in ihrem Land bleiben können, weil sie dort akut gefährdet sind, wollen wir schneller und
 307 häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen und die neu eingerichtete Elisabeth-
 308 Selbert-Initiative zu ihrer temporären Aufnahme ausbauen. Auf internationaler Ebene setzen
 309 wir uns für den Ausbau von Förderungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen
 310 und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, wie
 311 beispielsweise Sonderberichtersteller*innen, ein.

312 **Kriegsverbrecher*innen zur Rechenschaft ziehen**

313 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen nicht ungestraft
 314 bleiben – als Zeichen der Gerechtigkeit an die Opfer, als Signal der Abschreckung, als
 315 Voraussetzung für Frieden und Versöhnung. Das deutsche Völkerstrafrecht bietet die
 316 Möglichkeit der Verurteilung auch hier in Deutschland. Dazu werden wir die Kapazitäten beim
 317 Bundeskriminalamt und der Generalbundesanwaltschaft ausbauen. Die Ermittlungen in Fällen
 318 sexualisierter Gewalt sollten verbessert und die Strafprozessordnung sollte dort reformiert
 319 werden, wo sie den Besonderheiten von Völkerstrafrechtsverfahren noch nicht Rechnung trägt.
 320 International setzen wir uns für die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und des
 321 Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von schwersten
 322 Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein – politisch wie finanziell. Gerade Kinder und
 323 Jugendliche, die sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, Entführungen, Rekrutierung
 324 als Kindersoldat*innen erlebt haben, leiden unter schweren Traumata. Wird dieses Leid nicht
 325 aufgearbeitet, beeinträchtigt es das Leben dieser Menschen und ihrer Familien sowie den
 326 gesellschaftlichen Zusammenhalt über Generationen. Die individuelle Traumabearbeitung wollen
 327 wir durch mehr qualifiziertes Personal und sichere Traumazentren vor Ort auch mit unseren
 328 internationalen Partnern und in Deutschland deutlich ausbauen.

329 **Keine Überwachungstechnologie für Diktaturen**

330 Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen Medien werden
331 Menschenrechtsverletzungen, die ansonsten unentdeckt geblieben wären, für alle sichtbar. Und
332 ohne Satellitenbilder ließe sich etwa die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften in
333 Kriegsgebieten gar nicht erst nachvollziehen. Zugleich sind es oft europäische
334 Überwachungstools, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame Aktivist*innen
335 zu verfolgen. Wir zielen auf ein europäisches Moratorium für die Ausfuhr, den Verkauf und
336 die Weitergabe von Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende
337 Schutzklauseln wollen wir in der deutschen wie europäischen Exportkontrolle verankern. Wir
338 fördern die Entkriminalisierung verschlüsselter Kommunikation und stärken die Multi-
339 Stakeholder-Governance des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer
340 internationalen Zusammenarbeit setzen wir uns für den Zugang aller zu digitaler Technologie
341 ein. Den freien Zugang zu Informationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu
342 fördern und zu schützen. Durch die Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere
343 digitale Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit.

344 **Für Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen weltweit**

345 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne Geschlechtergerechtigkeit
346 kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. In vielen der ärmsten oder
347 konfliktgebeutelten Länder sind Frauen und Mädchen besonders von Armut, Hunger und Gewalt
348 betroffen. Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit ein, für
349 ein selbstbestimmtes Leben. Bildung und Gesundheit sind dafür die Schlüssel. Wir engagieren
350 uns dafür, Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger Bildung zu
351 sichern sowie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Es braucht innovative
352 Bildungsangebote wie kompakte nachholende Grundbildung für Frauen oder Berufsbildung in
353 Krisen- und Post-Konfliktkontexten. Unsere internationale Zusammenarbeit werden wir darum
354 finanziell und konzeptionell auf diese Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der
355 Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe sowie reproduktive Gesundheit und das
356 Recht auf Bildung in allen Projekten verankern.

357 **Menschenrechtskonventionen umsetzen, Institutionen stärken**

358 Um Menschenrechte tatsächlich und rechtlich durchsetzen zu können, müssen internationale
359 Menschenrechtskonventionen ratifiziert und Menschenrechtsinstitutionen gestärkt werden. Es
360 gilt insbesondere die ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker, das
361 Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen
362 zu ratifizieren. Das ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Auf europäischer
363 Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für
364 Menschenrechte ein. Das Instrument der gezielten EU-Sanktionen gegen
365 Menschenrechtsverbrecher*innen befürworten wir. Die Beauftragte der Bundesregierung für
366 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter
367 und das Deutsche Institut für Menschenrechte wollen wir besser ausstatten, damit sie ihre
368 Aufgaben planbar erfüllen können. Menschenrechte und Demokratieförderung sind Grundpfeiler
369 unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

370 **Rechte von Minderheiten schützen**

371 Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in einer
372 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler
373 Ebene zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten den
374 durch die Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht um, ohne
375 dass einheitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz
376 lückenhaft. Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien

377 zum Schutz von LSBTIQ* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen neuen
378 Fokus setzen und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es große
379 Unterschiede: Es existieren keine gemeinsamen EU-Mindeststandards, kein einheitlicher
380 Rechtsrahmen, der den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das wollen wir
381 ändern. In der EU werden wir uns für die Verabschiedung der 5.
382 Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen, damit international anerkannte Menschenrechte in
383 der EU eine Rechtsgrundlage erhalten und die VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit
384 Behinderungen auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan gegen
385 Rassismus treiben wir national und international voran.

386 **Wir schützen Geflüchtete**

387 **Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Europa umsetzen**

388 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht
389 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und zügig
390 durchzuführen, zusammenbringt. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist. Zustände wie
391 in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten einen
392 Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer gemeinsamen und
393 humanen Flüchtlingspolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir mit folgendem Plan: In
394 gemeinschaftlichen von den europäischen Partnern geführten Einrichtungen innerhalb der EU an
395 den rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten EU-Außengrenzen sollen die Geflüchteten
396 registriert werden und einen ersten Sicherheitscheck durchlaufen. So wissen wir, wer zu uns
397 kommt, und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die Menschen, die nach
398 Europa kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und menschenwürdig
399 untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer Bindungen
400 oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen den Aufnahme-Mitgliedstaat.
401 Der zugrunde liegende Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von
402 Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe aus
403 einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle
404 Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend
405 ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten.
406 Das Asylverfahren findet im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Die Kommission stellt sicher,
407 dass die gemeinsamen Regeln und Mindeststandards eingehalten werden. Wir werden mit
408 handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die derzeitige katastrophale Situation
409 an den Außengrenzen zu beenden. Geschlossene Lager, Transitzonen oder europäische Außenlager
410 in Drittstaaten lehnen wir ab.

411 **Familien zusammenführen**

412 Niemand sollte für das völkerrechtlich verbrieftete Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene
413 Leben oder das der Familie riskieren müssen. Genau das ist aber bittere Realität: Immer noch
414 reichen die Möglichkeiten für sichere Zugangswege bei weitem nicht aus und Geflüchtete sind
415 deshalb gezwungen, auf lebensgefährliche Routen durch die Wüste oder über das Meer
416 auszuweichen. Wir wollen sichere und geordnete Zugangswege schaffen – und so verhindern,
417 dass Schlepper aus der Not und dem Leid der Geflüchteten Profit schlagen können. Dabei sind
418 wir dem besonderen Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-Kinderrechtskonvention und
419 Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet und treten dafür ein, die Einschränkungen
420 beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien gehören zusammen und das Kindeswohl hat
421 oberste Priorität. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre
422 Kernfamilien ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten
423 gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An deutschen
424 und europäischen Botschaften braucht es mehr Personal und die Möglichkeit, digital Anträge
425 zu stellen, um die Wartezeiten für Visa von Familienangehörigen zu verkürzen. Auch mit

426 humanitären Visa möchten wir Schutzbedürftigen die Möglichkeit geben, sicher nach Europa zu
427 kommen und hier um Asyl zu ersuchen.

428 **Sichere Zugangswege durch humanitäre Aufnahmepartnerschaft**

429 Im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR werden durch die Vereinten Nationen
430 anerkannte, besonders schutzbedürftige Geflüchtete solidarisch und geordnet auf die
431 Aufnahmeländer verteilt, statt sie ihrem Schicksal auf gefährlichen Fluchtrouten zu
432 überlassen. Das rettet Leben, nimmt Schleppern die Geschäftsgrundlage und folgt einem
433 bewährten, planbaren Verfahren. Im Globalen Pakt für Flüchtlinge ist die Weltgemeinschaft
434 übereingekommen, das Resettlement zu verstärken. Doch faktisch sinkt die Zahl der
435 Aufnahmeplätze seit Jahren. Wir schlagen vor, zusammen mit der neuen US-Administration und
436 Kanada sowie anderen in einer globalen humanitären Partnerschaft die Aufnahme besonders
437 schutzbedürftiger Geflüchteter aus dem Resettlement-Programm deutlich auszubauen. So stärken
438 wir die Vereinten Nationen, schaffen Planbarkeit auf allen Seiten, gehen mit gutem Beispiel
439 voran und regen andere Staaten an, dem internationalen Bündnis beizutreten. Das individuelle
440 Asylrecht bleibt durch das Resettlement unangetastet.

441 **Landesaufnahmeprogramme ermöglichen**

442 Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr Geflüchtete als
443 von der Bundesregierung zugesagt bei sich aufzunehmen. Dass diese weiteren Aufnahmeplätze
444 dringend gebraucht werden, ist angesichts der elenden Zustände in den Lagern an den EU-
445 Außengrenzen, etwa auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen Grenze,
446 offensichtlich. Wir wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der der Bund und die Länder
447 kooperativ zusammenarbeiten und die die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und Ländern nicht
448 mehr ignoriert. Länder und Kommunen sollen mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten
449 erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme Geflüchteter geht. Mit einer Änderung der
450 Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern von Einvernehmen in
451 Benehmen wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den Königsteiner
452 Schlüssel hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten entscheiden können.
453 Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen Aufgaben erfüllen.

454 **Menschenrechte einhalten, Außengrenzen sichern**

455 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte
456 Außengrenzen. Eine Außengrenze muss aber auch legale Zugangswege haben. Dass tausende
457 Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen nicht
458 ausreichend sichere Zugangswege ermöglichen und auch die Rettung aus Seenot verweigern, ist
459 eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch
460 koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen
461 Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen vorangehen, die die
462 Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen: Gerettete müssen zum nächsten
463 sicheren Hafen gebracht werden. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher
464 Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche
465 Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. Wir wollen, dass die Seenotrettung explizit ins
466 Aufgabenprofil von Frontex aufgenommen wird, und setzen auf eine europäische Grenzkontrolle,
467 die den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat und wichtige
468 grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt, ohne sie zur Fluchtabwehr zu missbrauchen. Das moderne
469 Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und europarechtlich verbrieft
470 Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall. Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt
471 uneingeschränkt. Ihre Aushöhlung führt weder zu mehr Sicherheit noch zu mehr europäischer
472 Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingspolitik. Völkerrechtswidrige Pushbacks, von nationalen
473 Grenzpolizeien oder Frontex begangen, müssen geahndet werden. Das entsprechende Monitoring
474 durch die EU-Grundrechteagentur wollen wir ausbauen. Es bedarf einer engen parlamentarischen

475 Kontrolle von Frontex-Einsätzen sowie einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor
476 Ort.

477 **Aufnahme- und Transitländer unterstützen**

478 Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist Bestandteil
479 unserer globalen Verantwortung. Wir wollen die finanzielle und logistische Unterstützung von
480 Erstaufnahme- und Transitländern wie der Türkei, dem Libanon, dem Sudan, Pakistan oder
481 Uganda sowie der dort tätigen Hilfsorganisationen ausbauen. Die deutsche und europäische
482 Zusammenarbeit mit Drittstaaten muss stets so erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte sowie
483 internationale Asylstandards eingehalten werden. „Migrationspartnerschaften“ mit repressiven
484 Regimen lehnen wir ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küstenwache. Statt
485 „sichere Herkunftsländer“ zu definieren, brauchen wir für Rückführungen
486 menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen. Wir wollen denjenigen Ländern, die ihren
487 Staatsbürger*innen nach einer Rückkehr Sicherheit garantieren, im Gegenzug über
488 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine geordnete
489 Migration eröffnen. Rückübernahmeabkommen dürfen aber nicht zur Bedingung in anderen
490 Politikbereichen, etwa entwicklungspolitischer oder rechtsstaatlicher Unterstützung, gemacht
491 werden und nicht für Drittstaatsangehörige gelten.

492 **Fluchtursachen strukturell angehen**

493 Wir wollen verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat
494 unfreiwillig verlassen müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von Vertreibung
495 und unsere dahingehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Denn viele politische
496 Entscheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte Auswirkungen auf
497 die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen. Wir machen uns stark für zivile
498 Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische
499 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete sowie an Autokraten beenden. Wir setzen uns für
500 ein gerechtes Handelssystem ein, das auch den Interessen des globalen Südens dient. Wir
501 treiben die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft voran. Uns ist bewusst:
502 Nicht alle Ursachen von Vertreibung können wir beeinflussen. Viele Menschen fliehen, weil
503 sie verfolgt oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Umso entscheidender ist
504 konsequentes Handeln überall dort, wo auch unser Wirtschaften und Konsumieren andernorts zu
505 Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führen.

506 **Wir streiten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

507 **Globale Krisenprävention**

508 Die Corona-Krise führt in vielen Entwicklungsländern zu Kapitalflucht und Währungskrisen und
509 offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt langfristig der Aufbau
510 eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel mehr
511 Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür werden wir uns für eine deutliche
512 Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. Deutschland und Europa könnten vorgehen
513 und nicht genutzte Sonderziehungsrechte Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, wie
514 Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte Entwicklungsländern auch bei der Einführung und
515 Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen
516 Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von
517 Entwicklungsländern verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.

518 **Entwicklung ermöglichen, Schulden streichen**

519 Viele Entwicklungsländer sind überschuldet. Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent seines
520 Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus. Das derzeitige
521 Schuldenmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir brauchen

522 einen echten Schuldenerlass. Dafür muss ein international transparentes und unabhängiges
523 Staateninsolvenzverfahren für die Länder geschaffen werden, die nicht in ihrer eigenen
524 Währung verschuldet sind. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an
525 einem Insolvenzverfahren teilzunehmen. So können wir den Zustand beenden, dass einzelne
526 Gläubiger eine Entschuldung blockieren, und verhindern, dass einzelne private Gläubiger wie
527 Geierfonds auf Kosten anderer profitieren. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten
528 Staaten im globalen Süden auch ermöglichen, ihre Gesundheitssysteme zu verbessern, sie für
529 alle zugänglich zu machen sowie Ansätze zum Schutz von Wasser-, Sanitärversorgung und
530 Hygiene voranzutreiben. Schuldenerlasse und -umwandlungen soll es für Maßnahmen im
531 Gesundheitsbereich sowie im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-
532 Krise geben. Zudem werden wir uns für ein langfristiges globales Corona-Hilfspaket für
533 strukturschwache Länder, Krisenregionen sowie Flüchtlingslager engagieren.

534 **Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten**

535 Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich dafür sind
536 nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant*innen, die fette Profite
537 machen, wenn Menschen hungern. Wir werden uns in der EU für striktere Regulierungen
538 einsetzen, um Nahrungsmittelspekulation zu unterbinden. Dafür braucht es strenge
539 Berichtspflichten für Händler*innen. Konsequente Preis- und Positionslimits müssen an allen
540 europäischen Börsen eingeführt werden. Ziel ist es, dass Derivate nur noch zur Absicherung
541 bestehender Risiken und nicht mehr spekulativ eingesetzt werden können.

542 **Wir treten ein für Frieden und Sicherheit**

543 **Vorausschauend für den Frieden**

544 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt
545 deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Wir ergänzen den
546 traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die
547 Bedürfnisse von Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die
548 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken. Die personellen und
549 finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention sollten gezielt erhöht und langfristig
550 planbarer werden. Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve an EU-
551 Mediator*innen und Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation
552 aufbauen. Die Bereiche Polizei, Justiz und Friedensförderung wollen wir mit 1.000
553 Fachkräften ausstatten. Wir setzen uns dafür ein, die Deutsche Stiftung Friedensforschung,
554 den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen Hochschule der Polizei und andere
555 wissenschaftliche Einrichtungen zu stärken und die Bedeutung von Friedensarbeit
556 gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer zu machen. Die finanzielle Förderung des Zivilen
557 Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den kontinuierlichen Ausbau
558 bedarfsgerecht fördern. Darüber hinaus ist ein ressortgemeinsamer Fonds „Krisenprävention,
559 Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ nötig, der angemessen ausgestattet sein muss. Es
560 gilt Instrumente der Krisenfrüherkennung und Analysekapazitäten zu stärken, um auch die
561 langfristigen Folgen der Pandemie abwenden zu können.

562 **Internationale Politik feministisch gestalten**

563 Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik feministisch. Frauen,
564 Mädchen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Kriegen, Konflikten und
565 Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als Gestalter*innen in der
566 internationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität und Sicherheit. Es geht
567 darum, die Perspektiven von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu stärken, zu
568 schützen und bei allen bi- oder multilateralen Verhandlungen immer mindestens
569 gleichberechtigt einzubeziehen. Dazu braucht es auch Genderanalysen für einzelne

570 Länderkontexte in regelmäßigen Abständen und bedarfsgerechte Strategien und Genderbudgeting.
 571 Es gilt die Umsetzung der VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ voranzutreiben,
 572 sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven Rechte
 573 von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen in der
 574 Prävention, bei der Transformation von Konflikten und in Stabilisierungsprozessen in den
 575 Fokus zu nehmen.

576 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken**

577 Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten Angriffe auf
 578 Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wollen wir die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
 579 stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft vor allem in Krisenzeiten, stärkt
 580 demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Auch die Aufarbeitung der
 581 Verbrechen des Nationalsozialismus werden wir durch internationale Kultur- und
 582 Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen Austausch stärken. Die Verantwortung für
 583 die koloniale Vergangenheit Deutschlands wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen
 584 Geschichtsbuchkommissionen mit ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten.
 585 Kulturmittlerorganisationen, wie etwa Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im Ausland
 586 sollen finanziell besser ausgestattet und digital fit gemacht werden, die Programme für
 587 verfolgte Künstler*innen und Wissenschaftler*innen sowie Maßnahmen gegen
 588 Desinformationskampagnen wollen wir verstärken.

589 **Europarat und OSZE stärken**

590 Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit die
 591 Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden kann, wollen
 592 wir die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie den
 593 Europarat und die OSZE stärken und weiterentwickeln, um alle europäischen Staaten
 594 einzubinden. Nur so können wir tatsächlich ein effektives und starkes System kollektiver
 595 Sicherheit in ganz Europa schaffen. Es bleibt unser Ziel, die östlichen Nachbarn Europas auf
 596 der Basis gemeinsamer Werte für eine solche Perspektive zu gewinnen, was gerade angesichts
 597 der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und
 598 die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt, nötig ist.

599 **Neuer Schub für Abrüstung**

600 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Unser Anspruch ist
 601 noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung des
 602 Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist
 603 eine neue Vertragsinitiative nötig. Wir wollen den transatlantischen Neustart nach der US-
 604 Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA
 605 über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. Eine Welt ohne Atomwaffen gibt es
 606 nur über Zwischenschritte: internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von
 607 Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschatz und eine breite öffentliche Debatte
 608 über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. Dazu gehören ein Deutschland frei
 609 von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotvertrag. Wir wissen,
 610 dass dafür zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren europäischen
 611 Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer
 612 polnischen und baltischen Bündnispartner.

613 **Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen**

614 Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in
 615 Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten wollen wir eine
 616 gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln und
 617 Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten müssen an

618 die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien geknüpft
619 werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen und ein
620 Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame
621 Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben.
622 Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren
623 und private Militärfirmen verbieten.

624 **Autonome tödliche Waffensysteme international ächten**

625 Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den Menschen bei
626 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung dar. Im
627 Sinne von Frieden und Stabilität wollen wir Autonomie in Waffensystemen international
628 verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche Grundsätze
629 verstoßen, ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale Waffen wie Angriffs- und
630 Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU eine globale Führungsrolle
631 einnehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, wollen wir
632 weiterentwickelte, international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

633 **Sicherheit im Cyber-Raum schaffen**

634 Digitalisierung und neue Technologien verändern die moderne Kriegsführung. Wir wollen den
635 Einsatz von militärischen Cyberfähigkeiten durch die Bundeswehr ausnahmslos der
636 parlamentarischen Kontrolle des Deutschen Bundestages unterstellen. Es braucht Leitlinien
637 für das Vorgehen der Bundeswehr im Cyberraum. Gleichzeitig muss die Bundeswehr
638 kontinuierlich an der Stärkung ihres Eigenschutzes arbeiten, ohne ihr defensives
639 Selbstverständnis aufzugeben. Es braucht dringend eine internationale Initiative, um
640 Rüstungskontrolle zu regulieren, und vertrauensbildende Maßnahmen für den Cyberraum. Wir
641 setzen uns für weltweit anerkannte Regeln im Cyberraum sowie eine Selbstverpflichtung ein,
642 zivile Infrastruktur nicht militärisch anzugreifen. Auch sollte die europäische
643 Zusammenarbeit im Bereich Cyberabwehr ausgebaut werden, wozu Deutschland einen Beitrag
644 leisten sollte.

645 **Internationale Schutzverantwortung wahrnehmen**

646 Es ist wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie zu
647 bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Uns leitet das Konzept der Responsibility to
648 Prepare, Protect and Rebuild der Vereinten Nationen, das die Staatengemeinschaft
649 verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die
650 Menschlichkeit und Völkermord zu schützen. Die Staaten sind gleichermaßen verpflichtet, ihre
651 Instrumente für Prävention, Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau kriegszerstörter
652 Gesellschaften auszubauen. Wir bekennen uns zu internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen
653 der Vereinten Nationen, die zu Stabilität, Sicherheit und Frieden beitragen. Die Anwendung
654 militärischer Gewalt als Ultima Ratio kann in manchen Situationen nötig sein, um Völkermord
655 zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu schaffen.
656 Ein Militäreinsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und
657 militärische Fähigkeiten und unabhängige (Zwischen-)Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der
658 Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – das heißt
659 nicht in verfassungswidrige Koalitionen der Willigen – und in ein politisches Gesamtkonzept
660 einzubetten, basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Bei Eingriffen in die
661 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein
662 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um
663 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor
664 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie
665 Handeln.

666 **Moderne Bundeswehr**

667 Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und strategisch
668 bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren. Wir wollen
669 die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell sicher
670 ausstatten. Dass Soldat*innen mit nicht ausreichender Schutzausrüstung in Einsätze gehen,
671 ist nicht hinnehmbar. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen können und
672 genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können. Die
673 Gesamtverantwortung für den Einsatz muss begründet, Informationen über alle Operationen im
674 Einsatz der Verbündeten müssen vollständig zugänglich sein. Die Bundeswehr soll die Vielfalt
675 unserer Gesellschaft abbilden. Menschenfeindliche Ideologien und rechtsextremistische
676 Strukturen in der Bundeswehr werden wir konsequent verfolgen und zerschlagen. Neben der
677 umfassenden Aufklärung ist die Prävention entscheidend. Präventive Maßnahmen wie
678 verantwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße politische Bildung sind überfällig.
679 Den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.

680 **NATO strategisch neu ausrichten**

681 Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz
682 bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine
683 klare strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU
684 unverzichtbarer Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als
685 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Wir brauchen
686 eine strategische Neuaufstellung der NATO, eine gemeinsame Bedrohungsanalyse und darauf
687 aufbauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Das
688 willkürliche NATO-2-Prozent-Ziel, das vor fast 20 Jahren verabschiedet wurde, gibt darauf
689 keine Antwort und wir lehnen es deshalb ab. Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein,
690 die nicht abstrakt und statisch ist, sondern von den Aufgaben ausgeht, und werden mit den
691 NATO-Partnern darüber das Gespräch suchen. Durch eine stärkere militärische Zusammenarbeit
692 und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie Großbritannien
693 und Norwegen wollen wir erreichen, dass strategische Interessen auf Grundlage von
694 europäischen Werten wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam
695 entwickelt und geschlossen und überzeugender vertreten werden.

696 **Die EU-Sicherheitsunion vorantreiben**

697 Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer Verantwortung
698 für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame Sicherheits- und
699 Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen eine
700 EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer
701 gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik. Anstatt immer mehr Geld in nationale,
702 militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der
703 Streitkräfte in der EU ausgebaut, sollten militärische Fähigkeiten gebündelt und allgemein
704 anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür ist eine geeignete Ausstattung, der
705 Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-
706 Kommandostruktur nötig. Die Umwidmung ziviler Gelder aus dem EU-Haushalt für militärische
707 Zwecke lehnen wir ab.

PB.R-01 Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-R Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

- 1 Liebe Wählerinnen und Wähler,
- 2 wir haben Ihnen in diesem Programm beschrieben, welche Richtung wir mit einer neuen Politik
3 einschlagen wollen und welche Projekte nach unserer Überzeugung in eine bessere Zukunft
4 führen. Wenn wir in Zeiten des Umbruchs und der epochalen Aufgaben das Beste ermöglichen
5 wollen, muss sich aber nicht nur der Inhalt von Politik ändern, sondern auch die Art und
6 Weise, wie wir Politik machen, wie eine Regierung das Land führt.
- 7 In demokratischen Gesellschaften begründet sich Führung durch die Kraft der Überzeugung. Ja,
8 man kann mit politischen Mehrheiten „durchregieren“ und nach vier Jahren schauen, ob Sie mit
9 den politischen Entscheidungen einverstanden waren oder nicht. Dieses einfache Prinzip vom
10 Gewinnen und Verlieren im Vierjahresrhythmus allein hat sich aber als zu schwach erwiesen,
11 um die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stemmen. Demokratische
12 Gesellschaften können mehr, indem sie sich vernetzen, voneinander lernen und ihre Kräfte
13 bündeln. Das Ende der jetzigen politischen Ära kann zugleich der Beginn eines neuen
14 politischen Selbstverständnisses und Miteinanders sein.
- 15 Wir sind als Politiker*innen dem Gemeinwohl verpflichtet und damit beauftragt, Ihnen, den
16 Menschen in diesem Land, zu dienen. Wir brauchen die lebendige, kontroverse Diskussion und
17 die Bereitschaft, Zustände und Konzepte zu hinterfragen und zu lernen, sonst geht es nicht
18 voran. Wer dagegen mit Unterstellungen arbeitet, bewusst Missverständnisse provoziert,
19 erstickt Debatten. Wir aber wollen sie ermöglichen.
- 20 Wir wissen, dass Sie sich genauso ernsthafte Gedanken über unsere Zukunft als Gesellschaft
21 machen wie wir. Und deshalb sagen wir: Ja, unsere Vorhaben sind ambitioniert, weil weniger
22 den Herausforderungen nicht gerecht würde. Und nein, wir können nicht versprechen, dass
23 jedes einzelne Projekt genau so Wirklichkeit wird. Wir können nicht versprechen, dass
24 niemand durch Klimaschutz belastet wird. Wir können nicht versprechen, dass nach Corona
25 jedes unserer Projekte noch finanzierbar ist. Niemand kennt alle Bedingungen der Zukunft.
26 Aber: Sie kennen jetzt unsere Vorschläge und Ziele, unsere Ansichten und unsere Haltung. Was
27 wir Ihnen versprechen: Wir haben uns seit vielen Jahren vorbereitet, und wir werden alles
28 daransetzen, so viel zu erreichen, wie wir irgend möglich machen können – für Sie, für die
29 Gesellschaft, fürs Land.
- 30 Die großen Transformationsaufgaben, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft fordern mehr denn
31 je den Willen zur Kooperation, zum Zusammenführen, zum Kompromiss, der mehr ist als die
32 Summe seiner Teile. Die großen Aufgaben unserer Zeit werden nicht gelingen, wenn eine
33 Regierung denkt, alles allein zu schaffen. Sie können nur gelingen, wenn viele sich
34 verantwortlich fühlen, wenn so viele wie möglich sich als Teil des Teams begreifen. Wir
35 wollen Verantwortung übernehmen, aber wir wissen, dass wir Ihre Unterstützung brauchen
36 werden. Wir bitten Sie, sich einzubringen, einzumischen und laden Sie ein, mit uns
37 voranzugehen. Mit gebündelter Kraft können wir gemeinsam vieles schaffen.

38 Wir möchten dafür das Verhältnis von Regierung, Parlament und Bürger*innen neu begründen:
39 starke Parlamente und Abgeordnete, neue Formen der Beteiligung, etwa über Bürger*innenräte,
40 die frühe Einbeziehung von Bürger*innen bei Planungsprozessen, die transparente Einbeziehung
41 der demokratischen Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Fakten. Regieren heißt nicht
42 Allwissenheit, Opposition heißt nicht aus Prinzip dagegen. Oft erkennen die Menschen, die
43 ein Gesetz direkt betrifft, als Erste seine unbeabsichtigten Wirkungen. Wir wollen zuhören
44 und einbeziehen, damit unsere Politik eine bessere wird.

45 Dazu gehört auch ein neuer Stil in der Zusammenarbeit innerhalb einer Regierung. Als Partei
46 haben wir Teamgeist und Kooperation in den letzten Jahren erfolgreich erprobt und gelebt.
47 Diese Idee wollen wir nun einbringen – angefangen damit, dass die volle Gleichberechtigung
48 von Frauen selbstverständlich ist. Wir wollen eine Koalition führen, die versucht, das Beste
49 aus Gegensätzen zu machen, anstatt sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner
50 zufriedenzugeben. Die anerkennt, dass ein Koalitionspartner Wertvolles an den Tisch bringt
51 und ebenso recht haben kann. Eine Koalition, die diejenigen einbezieht, die nicht im
52 Koalitionsausschuss sitzen. Nicht alle Menschen fühlen sich von uns vertreten, das wissen
53 wir. Umso wichtiger ist es, auch auf diejenigen zuzugehen, die uns nicht wählen oder wählen
54 werden.

55 Die Corona-Krise hat gezeigt, wie viel unser Staat leistet – und wo es mangelt. Ungleichheit
56 ist gewachsen, aber ein dichtes soziales Netz hat bisher verhindert, dass sich die Corona-
57 Pandemie zu einer tiefgreifenden sozialen Krise entwickelt. Ärzt*innen, Pfleger*innen und
58 Krankenhäuser haben Enormes geleistet. Aber die Pandemie hat auch gezeigt, wo unser Staat an
59 seine Grenzen gerät. Faxgeräte, besetzte Hotlines, Behördenrennerei und Planungen, die wegen
60 Personalmangels eine gefühlte Ewigkeit nicht umgesetzt werden, mahnen uns, dass sich etwas
61 ändern muss.

62 Auch dazu haben wir Ihnen in unserem Programm Vorschläge gemacht. Wir wollen unsere
63 Verwaltung modernisieren, sie kreativer, digitaler und innovativer machen und besser
64 ausstatten. Wir wollen Mut machen, zu experimentieren und eine positive Fehlerkultur zu
65 entwickeln. Unsere Staatlichkeit soll bunter und feministischer werden. Wir wollen
66 Spielräume für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen schaffen, mehr Kooperation zwischen
67 Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen und die Nachfragemacht des Staates für Innovation und
68 Nachhaltigkeit nutzen. Wir planen den Aufbau neuer Behörden und Verwaltungsstrukturen, weil
69 wir einen starken und effizienten Staat wollen, der zu den Aufgaben passt. Dazu gehört dann
70 auch, dass wir überprüfen, was es nicht mehr braucht, was zugemacht werden kann, was besser
71 werden muss.

72 Das wollen wir nach der Wahl anpacken, gemeinsam mit Ihnen und den anderen demokratischen
73 Parteien, ohne Scheuklappen und Dogmatismus. Ein Zurück in die Gräben von mehr oder weniger
74 Staat, mehr oder weniger Regulierung, mehr oder weniger Föderalismus, das ist der Aufgabe
75 nicht angemessen. Für die großen Aufgaben des kommenden Jahrzehnts gilt es mehr zu wagen.
76 Und zu machen.

77 Jetzt liegt es bei Ihnen. In Wahlen entscheidet eine Gesellschaft darüber, wer sie sein
78 will. Wahlen sind ein Moment der Freiheit. Nutzen Sie ihn – für die Freiheit.

PB.R-02 Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen – Kernpunkte grüner Regierungspolitik

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: PB-R Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

1 ***Globalalternative zum Schlusskapitel PB.R-01: Die Antragsteller*innen beantragen, den Antrag***
2 ***am Ende des Wahlprogramms anstelle des PB.R-01 „Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft“***
3 ***einzuführen.***

4 -----

5 **Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbarer "Grüner Handschrift" im Koalitionsvertrag:**
6 **Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**

7 Die Große Koalition produziert Armut und Chaos. Fortschritte hinsichtlich der großen klima-,
8 friedens- und sozialpolitischen Herausforderungen, sowie der Verteidigung unserer
9 freiheitlichen Demokratie sind kaum erkennbar. Wir wollen das beenden. Deshalb und nur
10 deshalb wollen wir Deutschland regieren. In einer Koalition sind Kompromisse unvermeidlich.
11 Deshalb wollen wir unseren Wähler*innen diejenigen Ziele klar benennen, die wir für eine
12 Koalition nicht aufgeben werden.

13 Das betrifft vor allem die beiden großen Bedrohungen unserer Zeit: Den Klimawandel und die
14 zuletzt stark gestiegene nukleare Bedrohung. Eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis wird
15 es mit uns nicht geben! Sollten sich mögliche Koalitionspartner hinsichtlich der von uns
16 formulierten zehn Punkte nicht kompromissbereit zeigen, werden wir unsere Anstrengungen
17 verstärken, mit starker Oppositionsarbeit für künftige Wahlen für Mehrheiten für unsere
18 Werte und Ziele zu werben.

19 **1. Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten**

20 Die Corona Pandemie ist Mahnung und Warnung zugleich. Die weltweite, schon lang andauernde
21 und immer weiter beschleunigte Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt unseres Planeten sind
22 mitverantwortlich für den Ausbruch der Pandemie. Wenn wir daraus nicht lernen, sind künftige
23 Pandemien geradezu vorprogrammiert. Pflanzen, Tiere und ihre Lebensräume zu schützen und die
24 Klimaänderung zu bekämpfen ist eine Menschheitsaufgabe. Alle Erkenntnisse zeigen, dass der
25 Klimawandel bereits die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen gefährdet oder schon
26 vernichtet. Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und
27 Aber. Spätestens im Jahr 2030 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Wir
28 beschleunigen die Energiewende und schaffen die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren
29 Energien ab. Den Übergang zur klimaneutralen Industrie werden wir in Zusammenarbeit mit den
30 Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertretungen und der Industrie, sozialverträglich für
31 die Menschen gestalten, deren Arbeitsplätze betroffen sein werden.

32 Als Mitglied der Europäischen Union werden wir uns ebenso für diesen Übergang zur
33 klimaneutralen Industrie einsetzen wie international. Der Umbau wird nur gelingen, wenn die
34 Menschheit endlich Globalisierung und internationale Kooperation als Chance zur ökologischen
35 und sozialverträglichen Umgestaltung unseres Wirtschaftens nutzt.

36 Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO2 und andere klimaschädliche Gase
37 ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke, zuerst die Braunkohle-Kraftwerke, schalten wir

38 umgehend ab. Die EU-Klimaschutzziele 2030 beschreiben allerdings nur die Untergrenze des
39 unbedingt Nötigen. Auch für die 40 Zement-herstellende Unternehmen, die den Bedarf der
40 Bauindustrie decken, gelten bisher keinerlei klimawirksame Auflagen. Wir werden uns dafür
41 einsetzen, dass auch hier verbindliche, umweltschützende Grenzwerte eingeführt werden.

42 **2. Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten**

43 Auch wenn in Deutschland 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, bleibt bis zum
44 endgültigen Atomausstieg noch viel zu tun. Die Terrorgefahr muss für alle Atomanlagen, vor
45 allem für die noch lange benötigten Zwischenlager ernst genommen und in wirkungsvolle
46 Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Wir bekennen uns zum verabredeten Vorgehen der Suche
47 sicherer Lager für den Atommüll. Entscheidend für den Lagerstandort sind höchste
48 Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen Bedingungen und Rückholbarkeit. Die
49 Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit größtmöglicher Transparenz und
50 Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen.

51 Die Produktion von Brennstäben in Lingen und Gronau werden wir umgehend beenden. Hier wird
52 der Rohstoff für Reaktoren in Dutzenden anderen Ländern erzeugt, denen damit im schlimmsten
53 Fall auch Zugang zu Atomwaffen gewährt wird. Einer „Modernisierung“ der zivilen Nutzung der
54 Atomenergie erteilen wir eine klare Absage. Am Beispiel der „small nuclear reactors“ zeigt
55 sich, dass dieses Konzept weder ein Beitrag zur sicheren, klimaneutralen Energieversorgung
56 ist, noch den radioaktiven Abfall auf Null reduziert. Vielmehr wird ein weiteres
57 unkontrollierbares Einfallstor zur Proliferation (*unkontrollierte Verbreitung von Techniken
58 und waffenfähigem Material*) geöffnet.

59 Wir werden mit der umgehenden Unterzeichnung und Ratifizierung des
60 Atomwaffenverbotsvertrages und damit dem Ende der Nuklearen Teilhabe Deutschlands, dafür
61 eintreten, dass eine vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Die letzten Atomwaffen
62 in Büchel werden wir umgehend abgeben. Den aufkeimenden Diskussionen um eine europäische
63 Atomkraft erteilen wir kompromisslos eine vollständige Absage.

64 **3. Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen**

65 Die wirtschaftlichen Folgen der Corona Pandemie werden eine künftige Regierung im Jahr 2022
66 mit aller Härte einholen und treffen. Auch wenn soziale Folgen durch Kurzarbeitergeld,
67 diverse Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, aber besonders große
68 Industriebetriebe der Reisebranche, Automobilindustrie, des Handels u. a., zunächst
69 gemildert wurden, stehen alle Zeichen auf schwere wirtschaftliche Verwerfungen. Bereits
70 jetzt kündigen von Steuerzahler*innen und Sozialabgaben-Zahler*innen geförderte Unternehmen
71 Massenentlassungen bei gleichzeitiger Dividendenausschüttung an. Als vollkommen unzureichend
72 haben sich die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen der Kultur, Künstler,
73 Musiker, Freiberufler und so weiter, erwiesen. Fatal zeigen sich bereits in der Corona Krise
74 die katastrophalen Folgen der Privatisierung und Kapitalisierung des Gesundheitswesens:
75 Profitmaximierung führte zu Personalabbau, schlechten Löhnen und einer rein marktgetriebenen
76 Verringerung der Zahl der Krankenhäuser.

77 Die zu erwartenden wirtschaftlichen Umbrüche werden für eine neue Regierung unmittelbar nach
78 den Wahlen eine ungeheure Herausforderung sein. Maßnahmen zur Ertüchtigung unserer
79 Sozialsysteme, des Bildungs- und Gesundheitswesens sind unumgänglich. Dabei müssen alle
80 Entwürfe auf den Prüfstand. Dazu gehört auch die Prüfung einer Abkehr vom bisherigen
81 Sozialstaatsverständnis. Eine künftige Regierung unter unserer Beteiligung muss die soziale
82 Ungleichheit in Deutschland verringern. Sie muss sich der Diskussion für neue Modelle (z.B.
83 ein Grundeinkommen für Künstler*innen) öffnen, Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren
84 Wohnraumes ergreifen. Sie muss eine Umverteilung der Steuern und Soziallasten nach sozialen

85 Gesichtspunkten in Angriff nehmen, ohne dabei Energieverschwendung und Autoverkehr zu
86 subventionieren. Und sie muss die kontinuierliche Bevorzugung der hohen privaten Einkommen
87 beenden. Maßnahmen in den Sozialsystemen, die dazu dienen, Menschen in irgendeiner Form zu
88 schikanieren, unter Zwang zu irgendwelchen Maßnahmen oder Tätigkeiten zu bewegen, lehnen wir
89 ab und sofern solche bereits angewendet werden, wird eine künftige Regierung unter unserer
90 Beteiligung sie als eine der ersten Amtshandlungen beseitigen.

91 **4. Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

92 Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner und ein guter Nachbar.
93 Deshalb werden wir uns am aktuellen Wettrüsten nicht mehr beteiligen. Wir werden stattdessen
94 die Rüstungskosten weiter reduzieren und die freiwerdenden Gelder in zivile Präventions- und
95 Krisen-Interventionsmaßnahmen investieren.

96 Deutschland trägt seit Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in Krisenregionen
97 zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen
98 Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite
99 machen und Konflikte dort anheizen.

100 Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. CETA und
101 TTIP sind keine fairen Handelsabkommen und daher abzulehnen. Wir wollen die Überfischung
102 durch internationale Fangflotten beenden helfen. Vorrang für uns haben regionale
103 Wirtschaftsstrukturen der durch die rücksichtslose Überfischung betroffenen Küsten Afrikas
104 und anderswo. Den Übergang für die betroffenen Menschen möchten wir in Zusammenarbeit mit
105 den Arbeitnehmer*innen-Vertretungen und Arbeitsgeber*innen sozialverträglich gestalten. Wir
106 werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern.
107 Der Kampf gegen die Klimaveränderung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Kein Mensch
108 flüchtet freiwillig aus seiner Heimat. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die
109 Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen

110 **5. Integration zum Erfolg führen**

111 Gemeinsam mit den europäischen Partner*innen werden wir in der künftigen Regierung, den
112 humanitären Schutz und die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern. Der Tod in der Sahara, im
113 Mittelmeer und Atlantik muss ein Ende haben. Allen Maßnahmen, die eine „Festung Europa“
114 fördern, erteilen wir eine Absage. Mit uns gibt es weder eine Grundgesetzänderung für eine
115 Obergrenze beim Asylrecht noch Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und
116 Krisengebiete. Wir lehnen das Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für uns
117 das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen
118 ihre Familien nachholen, das ist ein höchstes, humanitäres Gebot. Deutschland war schon
119 immer eine Einwanderungsgesellschaft. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird
120 ein fortschrittliches Einwanderungsgesetz schaffen, das auch außerhalb des Asylrechts,
121 gerechte Einwanderungsmöglichkeiten ermöglicht. Wir werden das Asylrecht zu Gunsten der
122 Asylsuchenden reformieren und uns in den internationalen Organisationen für eine humanitäre
123 Reform der Flüchtlingshilfe einsetzen.

124 **6. Europäische Union stärken - Europa zusammenführen**

125 Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der
126 deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr Solidarität
127 mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die ökologische
128 Modernisierung investieren und damit auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in anderen
129 Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend der europäischen Politik und die daraus
130 entstehenden Entscheidungen für Bürger*innen verstehbar machen. In den Parlamenten müssen
131 wir mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um der Enttäuschung weiter

132 Teile der Bevölkerung in Europa entgegenzuwirken. Wir fordern Investitionen in die soziale
133 und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen Jugendarbeitslosigkeit. Wir
134 werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, demokratiefeindliche, autoritär-
135 staatliche Tendenzen mit geeigneten Bildungsprogrammen entgegenzutreten. Wir werden uns
136 dafür einsetzen, die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes zu stärken und den Gedanken
137 der Entwicklung der Europäischen Union von der wirtschaftlichen zur politischen Union zu
138 fördern. Einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der EU sehen wir im anzustrebenden
139 Prozess zum Entwurf einer gemeinsamen, fortschrittlichen, politischen Verfassung der
140 Mitgliedsstaaten der EU. Wirtschaftlich wird sich eine künftige Regierung unter Grüner
141 Beteiligung für die Schließung von Steuerschlupflöchern, der Steuerkonkurrenz und gegen alle
142 Formen der Steuervermeidung einsetzen.

143 **7. Familien stärken, Kinder fördern, Ältere schützen**

144 Die Corona Pandemie hat einen fatalen gesellschaftlichen Rückfall bewirkt. Eine der
145 Maßnahmen war die Auslagerung der Arbeit in die Haushalte der Arbeitnehmer*innen. Dabei
146 blieb weder berücksichtigt, wer etwa steigende Energiekosten übernimmt, noch, wer am Ende
147 den „Preis“ für die enorme Mehrbelastung in den Familien trägt. Es sind aktuell einmal mehr
148 Frauen, denen einerseits die Belastungen aus Beruf und andererseits die Belastungen aus
149 Haushalt, Kinder, Küche aufgenötigt werden. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung
150 wird sich einer Fortsetzung dieses konservativen Rückschrittes mit geeigneten Maßnahmen
151 entgegenstellen. Alle Unterlassungen zur Zementierung dieses unhaltbaren Zustandes, werden
152 wir zurückweisen.

153 Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in die – durch Corona stark
154 geschwächte – Bildung und in bessere Kita-Qualität. Wir schaffen intakte und zeitgemäß gut
155 ausgestattete Schulen, die auf dem neuesten Stand fit gemacht werden, auch für künftige,
156 leider nicht auszuschließende Pandemien. Wir beseitigen endlich die Kinderarmut und
157 verbessern die Familienförderung.

158 **8. Mobilität neu definieren – Verkehr sinnvoll verringern, ÖPNV stärken, E-Mobilität zum** 159 **Durchbruch verhelfen**

160 Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten Zukunftsprobleme.
161 Zahlreiche Lösungsentwürfe, Studien und Planungen liegen in den Schubladen kompetenter
162 Wissenschaftler*innen, der Industrie und der Politik. Eine künftige Regierung unter Grüner
163 Beteiligung muss mit der Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verkehrsverringern beginnen,
164 bereits eingeleitete Entwicklungen unterstützen und für gesellschaftliche Akzeptanz werben.
165 Die aktuelle Pandemie hat einen starken Digitalisierungsschub ausgelöst, der den Umfang des
166 Berufsverkehrs teilweise erkennbar verringert hat. Hier wird eine im Umfang nicht
167 abschätzbare Verhaltensänderung erwartet. Die Bauwirtschaft wird betroffen sein, der Bedarf
168 an Dienstfahrzeugen dürfte sinken, während die Anforderungen an digitale Zusammenarbeit
169 steigen werden.

170 Sowohl der ÖPNV als auch das wirtschaftliche Transportwesen bedürfen einer existenziellen
171 Reform und Ertüchtigung. Der ÖPNV muss für die aktuelle und künftig zu erwartenden Pandemien
172 fit gemacht werden. Für das Transportwesen müssen kombinierte Fernverkehrssysteme (Bahn) und
173 umweltschonende LKW gefördert werden. Deutsche Blockaden, wie die Zugänge zu den
174 Alpenquerungen per Bahn, müssen umgehend beendet werden. Kleinteiliges Denken und sinnfreier
175 Streit über „Antriebsarten“ sollte beendet werden und an dessen Stelle pragmatisch nach
176 Sinn, Zweck und Ziel von Transport gefragt werden.

177 Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir neue Modelle, bessere Übergangsmöglichkeiten
178 vom Rad zum Bus und Zug, regelmäßige Anbindung aller Ortschaften mit angepassten Systemen
179 (Ruf- und Sammelbuslinie usw.).

180 **9. Freiheit bewahren, Sicherheit stärken, Gefahren vorbeugen**

181 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus ist eine der Bedrohungen
182 unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte sich in unserem Land viel zu lange ohne wirksame
183 Abwehr ausbreiten. Berichte aus der Mitte der Dienste und der Einrichtungen die zur
184 Sicherheit unserer Bürger*innen und dem Schutz der Gesellschaft und ihrer Verfassung dienen,
185 erregen Besorgnis. Sie weisen kaum zu übersehende Defizite hinsichtlich des Verständnisses
186 von Demokratie, Freiheit, Menschenrecht, Asylrecht, bürgerliche Rechte, Meinungsfreiheit,
187 Datenschutz usw., auf. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird sich
188 unverzüglich der Überprüfung und ggf., der Reform der Ausbildung in Polizei, Bundeswehr,
189 Anwalt- und Richter*innenschaft annehmen. Rechtsradikales, rassistisches, antisemitisches
190 und menschenverachtendes Gedankengut bis hin zu Mordaufrufen (NSU 2.0, KSK, Mordlisten)
191 haben keinen Platz in den Einrichtungen unseres Rechtsstaates und müssen als Verbrechen
192 geahndet werden. Vertreter*innen solchen Gedankengutes müssen aus dem Dienst entlassen und
193 strafrechtlich verfolgt werden.

194 Polizei, Bundeswehr und andere Dienste, die Gerichte und andere Einrichtungen des
195 demokratischen Rechtsstaates müssen prioritär wieder in die Lage versetzt werden, ihren
196 Aufgaben nachzukommen. Eine Grüne Beteiligung in der Regierung erfordert den
197 Personalnotstand, die digitale Unterversorgung und die materiellen Mängel in den der
198 Sicherheit dienenden Einrichtungen zu beseitigen. Dazu gehören in besonderem Maße die
199 Prüfung, Modernisierung und Stärkung der Ausbildungseinrichtungen.

200 **10. Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

201 Der größte Teil der Landwirtschaft ist von der chemischen Industrie abhängig. Eine Regierung
202 unter Grüner Beteiligung wird Maßnahmen ergreifen, die Rechte der ökologisch orientierten
203 Landwirtschaft gegenüber den Interessen der chemischen Industrie zu stärken.

204 Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die das Klima schützt, statt ihm zu
205 schaden, die unser Grundwasser und unsere Böden schützt, statt sie zu verschmutzen, die den
206 Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, statt Bienen- und Vogelsterben zu
207 verursachen. Das Ziel ist, Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft umzustellen –
208 ohne Massentierhaltung, Ackergifte, Gentechnik und Hormonverabreichung und mit guten und
209 sicheren Arbeitsplätzen. Wir wollen alle Subventionen und Ausnahmen für die
210 Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns für ein neues Tierschutzrecht ein,
211 um die industrielle Massentierhaltung durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Mit den
212 Interessenvertretungen der betroffenen Berufsgruppen wird die Regierung sozialverträgliche
213 Übergangsregelungen vereinbaren.

214 **Unser verbindliches Angebot**

215 Diese zehn Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen. Sie zeigen die unverzichtbaren
216 Mindestanforderungen an eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung, ob nun als
217 Mehrheitspartei oder als „zweite*r“ Partner*in einer möglichen Koalition. Es ist
218 unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von
219 Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Dabei wird es mit den Parteien
220 CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE oder möglicherweise einer neu in den Bundestag einziehenden
221 demokratischen Partei zu Koalitionsgesprächen kommen. Wir erwarten von unseren Abgeordneten,
222 diese 10 Punkte als essenzielle Mindestforderungen der Grünen Partei zu verhandeln, wenn sie
223 sich an einer Regierung beteiligen soll. Je stärker die Grünen im nächsten Deutschen
224 Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden wir haben, um diese
225 Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es nicht. Sollte es
226 erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren Mitgliedern in
227 einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen.

228 Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte
229 lebenswerte, dem Klima- und Umweltschutz, dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtete
230 Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den Politikwechsel auf den Weg bringen.

Begründung

Wir, die Antragsteller*innen, halten es für unerlässlich, den Wähler*innen transparent und offen vor der Wahl zu sagen, was sie im Zuge von Koalitionsverhandlungen, als essenzielle Grüne Agenda unserer in den Bundestag entsandten Abgeordneten bei einer Regierungskoalition, erwarten dürfen. Ex-Kanzler Schröder sprach einmal von der „nötigen Beifreiheit“, die es für Koalitionsverhandlungen brauche. Diese wollen wir mit dem 10-Punkte für grünes Regieren nicht einschränken. Dennoch gibt es in jeder Verhandlung eine rote Linie. Unsere Partei ist kein „Geheimbund“. Es ist kein Nachteil, das Gegenüber bei Verhandlungen frühzeitig von den Grenzen des Machbaren in Kenntnis zu setzen. Im Gegenteil. Das spart Zeit und die Verhandlungspartner*innen können sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Der 10-Punkte Plan ist die Zusammenfassung unseres Grundsatzprogrammes und spiegelt die im Entwurf des Wahlprogrammes entwickelten Ziele für die Regierungsarbeit der kommenden vier Jahre, sollten wir GRÜNE an einer Regierung beteiligt sein.

Wenn an der einen und anderen Stelle im Zuge der Programm-Debatte des Parteitages einzelne Punkte nach Beschlusslage modifiziert werden müssen, spricht das nicht gegen den 10 Punkte Plan als Anhang. Die Antragsteller*innen sind, für sich daraus ergebende, notwendige Änderungen natürlich aufgeschlossen.

weitere Antragsteller*innen

Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Andreas Müller (KV Essen); Christopher Graf (KV Goslar); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Kerstin Dehne (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Martin Schmidt (KV Chemnitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Verena Fuchslocher (KV Mannheim); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land)